

BERLINER ZUSTÄNDE 2018

Berlin Neukölln

Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus,
Rassismus und Antisemitismus

RASSISMUS
ALS
TATMOTIV?

WIRD
GENUG
ERMITTELT?

RESPEKT
FÜR DIE
OPFER?

Hrsg.:
apabiz & MBR
August 2019

Die Bilder im Innenteil stammen aus dem Comic

Bruchlinien. Drei Episoden zum NSU von Anne König (Text) und Paula Bulling (Zeichnungen).

Warum saß Susann Eminger, die engste Freundin von Beate Zschäpe, in München nicht mit auf der Anklagebank? Schließlich hatte sie mit offiziellen Papieren ausgeholfen, Beate Zschäpe eine Identität im Untergrund zu verschaffen. Warum gab es nicht ein einziges erfolgreiches Disziplinarverfahren in den hohen Führungsebenen von Polizei und Verfassungsschutz, die bei den Ermittlungen gegen den NSU versagten und die Aufklärung des Falls zum Teil durch die Vernichtung von Akten behinderten? Wieso blieben die Stimmen der migrantischen Communities in der deutschen Öffentlichkeit über Jahre ungehört? Warum konnte der Münchener NSU-Prozess das Versprechen von Aufklärung und Gerechtigkeit nicht halten?

Die drei Episoden im Comic *Bruchlinien* gehen diesen Fragen nach. Die Zeichnungen, die Fakt und Imagination verschränken, zeigen drei Akteurinnen, die gewollt oder ungewollt eine Rolle in der Geschichte des NSU einnehmen: Susann Eminger, aktive Unterstützerin des Trios; Frau N., Verwaltungsbeamte im Kölner Bundesamt für Verfassungsschutz, und Gamze Kubaşık, Tochter von Mehmet Kubaşık, der am 4. April 2006 in Dortmund ermordet wurde.

Die drei Comic-Kurzgeschichten werden im Buch ergänzt durch Interviews, die während der Recherche entstanden: Mit Gamze Kubaşıks Anwalt Sebastian Scharmer; dem Überlebenden des Kölner Nagelbombenanschlags Arif Sağdıç; den Journalisten Christian Fuchs und Toralf Staud; der Sprecherin der Initiative 6. April Ayşe Güleş und mit der Ombudsfrau der Hinterbliebenen Barbara John.

Bruchlinien erscheint voraussichtlich im September 2019 bei Spector Books.

Wir als Redaktion haben uns zur Illustration der „Berliner Zustände 2018“ bewusst für diesen Comic entschieden. Denn bis heute ist der NSU-Komplex nicht aufgeklärt. Die Fragen nach einem Unterstützungsnetzwerk, behördlichen Verstrickungen und institutionellem Rassismus konnten nie hinreichend geklärt werden. Vor allem aber bleibt die Frage: Warum mussten gerade diese zehn Menschen sterben?

Während sich in anderen Bundesländern parlamentarische Untersuchungsausschüsse an der Aufklärung versuchten und hier durchaus wichtige Arbeit leisteten, ist in Berlin trotz Forderungen aus der Zivilgesellschaft nichts Vergleichbares geschehen. Dabei gibt es offenkundige Spuren in die Stadt. Auch hier wurden potentielle Anschlagssziele ausgespäht, auch hier gab es V-Leute aus dem NSU-Umfeld und auch hier gibt es bis heute eine militante Neonaziszene.

BERLINER ZUSTÄNDE 2018

**Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus,
Rassismus und Antisemitismus**

6 Vorwort

Zustände in den Sicherheitsbehörden
Anna Luczak, Anwältin

10 Berliner Zustände 2018

Frank Metzger und Kilian Behrens, apabiz
Bianca Klose und Simon Brost, MBR

14 Der Schwarze Atlantik ist der Himmel, unter dem wir uns verbinden

Vorstellung von EACH ONE, einer Beratungsstelle
von und für Schwarze Menschen
Céline Barry, Each One Teach One (EOTO) e.V.

20 Trauriger Rekord

Rassistische, antisemitische und rechte Gewalt
in Berlin
Sabine Seyb, ReachOut

36 Rassismus gegen Kinder und Jugendliche

Eine Analyse aus psychologischer Sicht
Stephanie Cuff-Schöttle, OPRA

44 Verweigerung von Schutz und Bleibeperspektiven

Zu behördlichen Problematiken für
Geflüchtete in Berlin
Manuel Armbruster, KuB e.V.

54 Auf dem Weg zur autoritären Formierung

Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft
Judith Heinmüller und Hamid Mohseni, MBR

62 Die Kunst bleibt frei!

Interview mit DIE VIELEN

70 Jugendsozialarbeit im Visier

Rechtspopulistische Angriffe und
Einschüchterungsversuche
Marcel Dieckmann, Licht-Blicke

78 Erfolge gilt es zu verteidigen

Interview mit der Deutschen Aidshilfe

86 Bis wohin und nicht weiter?

Zum behördlichen Umgang mit extrem
rechten Demonstrationen
Frank Metzger, apabiz

94 Chronik 2018

Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer
Angriffe in Berlin
ReachOut

114 Adressen

115 Literatur

118 Impressum

VORWORT

Zustände in den Sicherheitsbehörden

6

Anna Luczak, Anwältin

Betroffene einer Anschlagsserie mit eindeutig rechtem Motiv und Hinterbliebene des Opfers eines Mordes, bei dem ein rechtes Motiv nahe liegend ist, sind alarmiert. Sie bemängeln seit Jahren, dass die Taten unaufgeklärt bleiben, dass Tatverdächtige nicht dingfest gemacht und ausgespähete Personen nicht im Vorhinein gewarnt werden. Durch die Medien wird aufgedeckt, dass tatsächlich Hinweise des Verfassungsschutzes auf eine konkrete Ausspähung verspätet weitergeleitet werden und von Seiten der Polizei nicht umgehend zu Präventionsmaßnahmen gegriffen wird.

Es handelt sich um ein aktuelles Geschehen in Berlin, eine Anschlagsserie in Neukölln seit 2016 und den mittlerweile seit sieben Jahren unaufgeklärten Mord an Burak Bektaş sowie den Mordversuch an zwei seiner Freunde.

Die Parallelen zum NSU-Komplex liegen auf der Hand. Es ist inzwischen durch vielzählige Äußerungen der Hinterbliebenen der Mordopfer und der Betroffenen der Sprengstoffanschläge des NSU, die Beweisaufnahme im NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht München und die Arbeit von mehreren Untersuchungsausschüssen in Bund und Ländern klar geworden, dass Morde und Anschläge des NSU hätten verhindert werden können. Wären alle vorliegenden Erkenntnisse zwischen Verfassungsschutzbehörden und Polizeibehörden ausgetauscht worden und hätten die Polizeibehörden die Erkenntnisse der Verfassungsschutzbehörden und die Hinweise von Hinterbliebenen ernst genommen, hätte das Netzwerk des NSU nicht über einen Zeitraum von mehr als einem Jahrzehnt aus der Illegalität heraus systematisch Morde planen und begehen können.

Auch für Berlin wäre es dringend notwendig gewesen, einen Untersuchungsausschuss einzusetzen. Denn im NSU-Komplex gibt es auch etliche Spuren nach Berlin und Hinweise auf Fehlverhalten in den dortigen „Sicherheitsbehörden“, Polizei und Verfassungsschutz.

Den Aufklärungsbemühungen seit der Selbstenttarnung des NSU im November 2011 zum Trotz gibt es weiterhin kein klares Bild, das erklärt, warum Verfassungsschutz- und Polizei-Behörden entweder nichts von der Existenz und den Planungen des NSU wussten oder trotz ihrer möglichen Kenntnis nichts taten. Weiterhin leben Betroffene und Hinterbliebene mit der Frage, was die Ursachen waren: Struktureller Rassismus, heimliche Sympathie oder sogar aktive Unterstützung?

Von Seiten der Sicherheitsbehörden wurde bald nach der Selbstenttarnung des NSU versucht zu erklären, dass es sich um einzelne Fehlleistungen von einzelnen Beamten und unbeabsichtigte Versäumnisse gehandelt habe. Die Betroffenen blieben misstrauisch und Gründe für das Misstrauen kamen im Rahmen der Aufklärungsbemühungen immer wieder ans Licht. Heute, acht Jahre später, ist offensichtlich, dass institutioneller Rassismus in den Behörden und Verstrickungen von staatlichen Behörden und V-Personen aus den Nazi-Strukturen („Collusion“) die Taten mit möglich gemacht haben.

Grund zum Misstrauen gegenüber Sicherheitsbehörden haben auch die Betroffenen in Berlin. Und zwar nicht nur Gründe, die sich aus bundesweiter Presseberichterstattung ergeben, unter anderem zur Serie von Drohbriefen, die mit „NSU 2.0“ unterzeichnet an die NSU-Nebenklage-Anwältin Seda Başay-Yıldız geschickt wurden und ganz offenbar auf ein rechtsextrems Netzwerk innerhalb der hessischen Polizei zurückgehen, und zum „Uniter“-Netzwerk, in dem Bundeswehrosoldaten und SEK-Polizist*innen Pläne für einen Putsch an einem so genannten „Tag X“ geschmiedet haben. Sondern die Betroffenen in Berlin haben Grund, konkret den Zuständen der Sicherheitsbehörden in Berlin zu misstrauen. Innerhalb weniger Monate kam ans Licht, dass innerhalb der Berliner Polizei ein Beamter andere Beamte*innen, unter anderem seinen Vorgesetzten, mit Nazi-Formeln grüßt, ohne dass dieser unmittelbar Disziplinarmaßnahmen einleitet, und dass ein anderer Polizeibeamter dienstliche Kenntnisse nutzt, als er einen Drohbrief an Personen schreibt, die er der linken Szene zurechnet. In diesem Drohbrief fanden sich Informationen, die der inzwischen verurteilte Täter nicht bereits zur Zeit seiner Tätigkeit für die Abteilung „Staatsschutz“ der Berliner Polizei erlangt haben konnte, die aber wegen ihrer Detailliertheit daher stammen mussten.

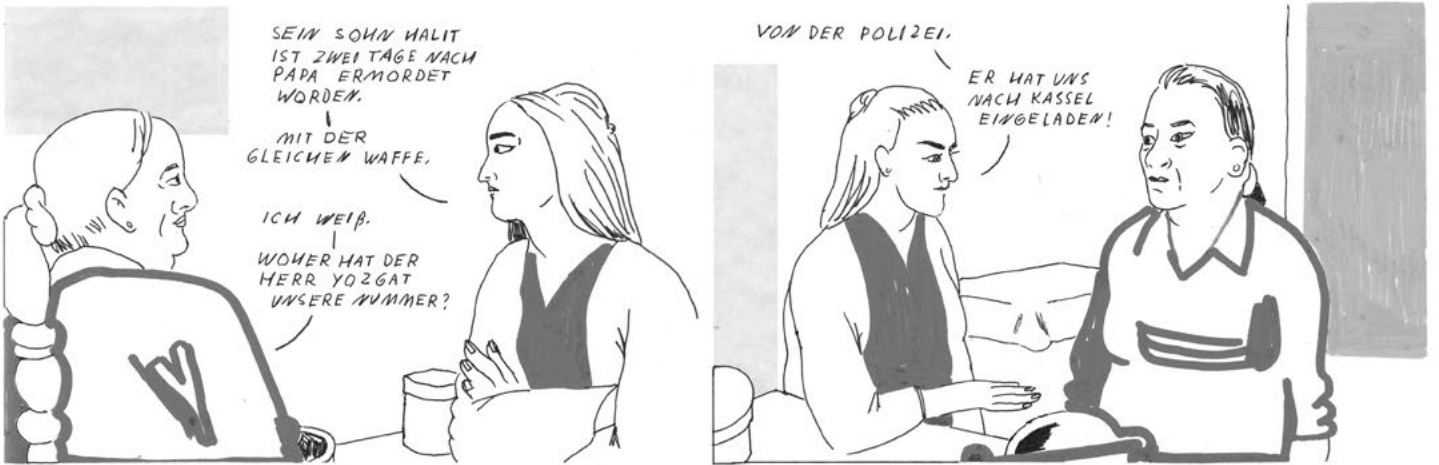
Weiter wurde öffentlich, dass der Verfassungsschutz Berlin zwei Wochen vor dem Anschlag auf das direkt vor dem Wohnhaus seiner Eltern geparkte Fahrzeug des Linken-Kommunalpolitikers Ferat Kocak diesbezügliche Planungen mitgehört, allerdings erst am Tag vor dem Anschlag der Polizei einen Hinweis dazu gegeben hatte. Und dann kam durch journalistische Recherche noch heraus, dass kurz nach dem Anschlag auf Ferat Kocaks Auto Beamte des Verfassungsschutzes, die einen der beiden Verdächtigen im Fall der Brandanschläge observierten, mitteilten, dass sie gesehen hätten, wie dieser sich in einer rechten Szene-Kneipe mit mehreren Personen traf – unter anderem einem Observations-Beamten des LKA. Und dass er mit diesem Polizisten in dessen Auto wegfuhr.

Die Berliner Sicherheitsbehörden behaupten – wie die Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern es bis heute in Bezug auf den NSU-Komplex tun –, dass es sich um einzelne Verfehlungen von einzelnen Beamten und um unbeabsichtigte

Versäumnisse handelte. Die Betroffenen fordern inzwischen die Abgabe der Ermittlungen zur Anschlagsserie in Neukölln an den Generalbundesanwalt und einen Untersuchungsausschuss.

Die Erfahrungen aus dem NSU-Komplex zeigen, dass alleiniges Vertrauen auf die Arbeit von Justiz und Politik unangebracht ist. Parlamentarische Untersuchungsausschüsse zum NSU haben nur da Erkenntnisse erbracht, wo sie ohne Rücksicht auf frühere politisch Verantwortliche und mit allen Mitteln gegen die Abschottungsbemühungen der Sicherheitsbehörden agierten. Die Empfehlungen der Untersuchungsausschüsse wurden oftmals nur oberflächlich umgesetzt, teilweise sogar in ihr Gegenteil verkehrt, indem zum Beispiel dem Bundesamt für Verfassungsschutz weitere Kompetenzen übertragen wurden. Die Justiz handelte ebenfalls oft erst auf Anträge und Anzeigen von Seiten von Betroffenen-Vertreter*innen hin und stellte sich deren Aufklärungsbemühungen oft sogar entgegen.

Für den Fall Neukölln gilt es Schlussfolgerungen aus dem NSU-Komplex zu ziehen: Um retrospektiv aufzudecken, welche staatlichen Strukturen Nazi-Strukturen stärken und deren Taten ermöglichen, und um präventiv solche Strukturen aufzulösen, braucht es Unterstützung aus der Zivilgesellschaft wie beispielweise den Projekten und Initiativen, die auf den folgenden Seiten ihre Sicht der Dinge und ihre Analysen zu den Missständen dieser „Berliner Zustände 2018“ darstellen und Perspektiven daraus ableiten. Auch um juristische Arbeit machen und auf diesem Wege zur Aufklärung beitragen zu können, brauchen wir diese unabhängige Öffentlichkeit. Denn nur wenn der öffentliche Diskurs drängt, nur durch antifaschistisches und antirassistisches Engagement, Recherchen und journalistische Arbeit kann es gelingen, dass sich nicht wiederholt, was den NSU-Komplex auszeichnet: Unbehelligtes Agieren von Nazi-Strukturen, unterlassene Aufklärung und unterlassene Verhinderung durch die Sicherheitsbehörden, Zurückweisung der Verantwortung von Seiten des Staates, Ignoranz gegenüber dem Wissen der Betroffenen von Nazi-Gewalt und institutionellem Rassismus als Hauptzeug*innen des Geschehenen und Geschehenden. Nur mit einem gemeinsamen und einem sich aufeinander beziehenden Engagement auf den verschiedenen Ebenen kann dem wirkungsvoll etwas entgegen gesetzt werden.



BERLINER ZUSTÄNDE 2018

10

Einleitung der Redaktion

*Frank Metzger und Kilian Behrens (apabiz)
Bianca Klose und Simon Brost (MBR)*

Seit dem Erscheinen der vergangenen Druckausgabe der „Berliner Zustände“ ist wieder ein Jahr vergangen. Die Themen aber haben keineswegs an Relevanz verloren. Im Gegenteil: In den Perspektiven, die die Engagierten und Projekte in ihren Texten formulieren, spiegeln sich nach wie vor in beklemmender Aktualität die Herausforderungen wider, die eine weiterhin nach rechts rückende politische Großwetterlage an die demokratische Zivilgesellschaft stellt. Diese Rahmenbedingungen gehen auch an den herausgebenden Projekten nicht spurlos vorbei. Dennoch ist eine Ausgabe gelungen, die eine Bandbreite abbildet und so vielfältig ist wie diese Stadt. Aber: Wer zu Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in dieser Stadt arbeitet, läuft Gefahr, in das Visier von Rechtspopulist*innen und Neonazis zu geraten. Während der Redaktionsarbeit für diese Ausgabe geriet die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) selbst in den Fokus. Im März dieses Jahres drangen Rechtsextreme in das Wohnhaus eines Mitarbeiters ein und hinterließen dort eine gesprühte Morddrohung. Ein Fall, der sich einreihet in eine Serie von neonazistischen Angriffen auf Engagierte, die seit nun mehr fast drei Jahren andauert.

Das Ausbleiben von Ermittlungserfolgen bezüglich dieser Straftaten sorgt dafür, dass die Betroffenen das Vertrauen in die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden

verlieren, stellt die Opferberatung ReachOut in ihrem Text fest. Darüber hinaus hat ihr unabhängiges Monitoring ergeben, dass Berlin im Jahr 2018 statistisch gesehen den Platz des Bundeslandes mit den meisten registrierten rechten Angriffen belegt. Das Hauptmotiv blieb Rassismus. Stark angestiegen sind insbesondere antisemitische Angriffe. Diese Angriffe erfolgen dort, wo sich extreme Rechte versammeln. Nachdem ihre Straßenmobilisierung zuletzt an Schwung verloren hatte, zog im August 2018 inzwischen zum zweiten Mal in Folge ein „Rudolf-Heß-Marsch“ durch die Stadt. Wiederholt wurden im Vorfeld Forderungen nach einem Verbot laut, denen der Innensenator nicht folgte. Anders als bei einem weiteren Aufmarsch ausgerechnet am symbolischen Datum des 80. Jahrestages der antisemitischen Novemberpogrome. Die Entscheidung hatte vor Gericht allerdings keinen Bestand. Inwieweit Versammlungsverbote aus zivilgesellschaftlicher Perspektive ein erstrebenswerter politischer Umgang mit neonazistischen Aufmärschen sein können, diskutiert das Antifaschistische Pressearchiv und Bildungszentrum Berlin (apabiz) in seinem Artikel.

Unter denen, die sich aktiv auf der Straße gegen extrem rechte Aufmärsche wie dem am 9. November stellten, waren regelmäßig zahlreiche Künstler*innen aus den vielfältigen Kulturinstitutionen der Stadt. „Wir hatten das Bedürfnis, uns auch außerhalb unserer künstlerischen Arbeit politisch zu positionieren“, erläutern „Die Vielen“ im Interview mit den Berliner Zuständen. Der Verein hat eine Erklärung initiiert, in der bundesweit zahlreiche Kulturschaffende und Einrichtungen gemeinsam die Freiheit der Kunst gegenüber Anfeindungen von rechts betonen. In der Agitation (extrem) rechter Parteien werden nicht nur Positionen gegen Minderheiten in Stellung gebracht, sondern zugleich wird versucht, verschiedene marginalisierte Gruppen gegeneinander auszuspielen. Ein Spiel, das die Deutsche Aidshilfe in ihrer Präventionsarbeit nicht mitspielen will. Vielfalt gegen rechte Einfalt stark zu machen, ist das Ziel, erklärt ihr Pressesprecher im Interview.

Träger*in und Unterstützer*in politischer Artikulation und Handlungsfähigkeit marginalisierter Gruppen zu sein, ist auch der Anspruch demokratischer Jugendarbeit. Doch genau in diesem Zusammenhang nimmt die Diffamierung von und der Rechtfertigungsdruck auf Fachkräfte zu, beschreibt Marcel Dieckmann von der Fach- und Netzwerkstelle „Lichtblicke“. Ein immer bedeutenderes Instrument extrem rechter Akteur*innen sei der Vorwurf an Fachkräfte der Sozialen Arbeit an staatlich finanzierten Jugendeinrichtungen, das sogenannte Neutralitätsgebot zu missachten beziehungsweise bewusst zu umgehen. Doch die Anfeindungen gegen demokratisch Engagierte aus den unterschiedlichsten Bereichen der Zivilgesellschaft gehen längst darüber hinaus, weiß die MBR zu berichten – die betroffenen Projekte, Vereine und Institutionen sollen nicht nur ihre Kritik an der gesellschaftlichen Rechtsentwicklung einstellen, vielmehr wird ihre Existenz grundlegend in Frage gestellt. Durch parlamentarische Initiativen zur Kürzung oder Streichung von Fördermitteln werden ihre finanziellen Grundlagen angegriffen. Die öffentliche Diffamierung und Diskreditierung ihrer Arbeit zielt zudem darauf ab, Zweifel an dem gesellschaftlichen Stellenwert von Demokratiearbeit zu streuen und den politischen Rückhalt in Berlin zu schwächen. Das Engagement beispielsweise von rassistiskritischen Projekten soll pauschal ins Unrecht gesetzt werden.

Für die Belange geflüchteter Menschen im Asylverfahren setzt sich etwa die Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant*innen e.V. (KuB) ein. Dabei geht es vielfach darum, die Beratungsnehmenden bei der Wahrnehmung und dem Einfordern ihrer fundamentalen Rechte zu unterstützen. Eine psychologi-

sche Beratungsstelle für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt ist das Projekt OPRA. Ziel der Arbeit ist es, der Entwicklung und Aufrechterhaltung psychischer Langzeitfolgen aufgrund derartiger Gewalttaten entgegenzuwirken. Eine besondere Herausforderung ist die Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die in Berlin zunehmend von rassistischer Gewalt betroffen sind. Schwarzen Menschen, die in Deutschland auf vielfältigen, intersektionalen Ebenen strukturell diskriminiert werden, Zugang zu Unterstützungsangeboten zur Bewältigung der Hürden, Benachteiligungen und Ausschlüsse zu verschaffen, sowie Wissen zu Anti-Schwarzem Rassismus anhand ihrer Erfahrungen sichtbar zu machen, ist das Ziel von EACH ONE, einer Peer-to-Peer-Beratungsstelle in Berlin für Schwarze, Afrikanische und Afrodiasporische Menschen. Anhand konkreter Fallbeispiele schildern sie hier eindrücklich alltägliche Diskriminierungserfahrungen.

Die wertvolle Arbeit all dieser sehr unterschiedlichen Projekte für ein demokratisches und solidarisches Miteinander machen die „Berliner Zustände“ sichtbar. Eine unabhängige Plattform zur Herstellung einer kritischen Öffentlichkeit ist in Zeiten wie diesen wichtiger denn je. Wir möchten uns hiermit bei allen an dieser Ausgabe der „Berliner Zustände“ beteiligten Autor*innen und Projekten bedanken – nicht nur für ihre Beiträge, sondern auch und vor allem für ihr tägliches Engagement, den bedrohlichen Entwicklungen etwas entgegenzusetzen. Das macht nicht nur Mut, sondern schafft auch Solidarität und gibt Kraft, die wir brauchen. Erste wichtige Signale waren die zahlreichen Proteste gegen den sogenannten Rechtsruck. Allein in Berlin gingen bei Großdemonstrationen wie #Seebrücke, #Unteilbar und Reclaim Club-Culture bis zu mehrere hunderttausend Menschen gegen Rassismus und Ausgrenzung und für eine offene Gesellschaft und Solidarität auf die Straße. Aber wie dieser Schattenbericht zeigt: Es gibt noch viel zu tun!



IN IHRER NACHBARSCHAFT WIRD ERZÄHLT, DASS SIE IN DIE TÜRKEI REISEN, UM DROGEN ZU BESORGEN.



DAS IST NICHT WAHR!

AUCH BEI IHREN VERWANDTEN IN DER TÜRKEI WURDE DER VERDACHT BESTÄTIGT.



KANNTEN SIE DEN VERSTORBENEN?

MEHMET KUBAŞIK, ER DEALTE MIT DROGEN.



SIND SIE SICHER, DASS ES MEIN VATER IST, DER DA GETÖTET WURDE?

MEHMET KUBAŞIK, DAS IST DOCH IHR VATER?



JA, ABER WAS SIE ÜBER IHN ERZÄHLEN, DAS PASST NICHT ZU IHM?

WIR HABEN BEWEISE.

WUSSTEN SIE, DASS IHR VATER EIN VERHÄLTNIS MIT EINER ANDEREN FRAU HATTE?



DAS GLAUBE ICH NICHT.



ABER KÖNNTE ES NICHT SEIN, DASS MEIN VATER VON RECHTSEXTREMEN ERMORDET WURDE?

DAFÜR GIBT ES KEINE ANZEICHEN.

DIE ERMITTLUNGEN ÜBERLASSEN SIE BESSER UNS, FRAU KUBAŞIK.

DER SCHWARZE ATLANTIK IST DER HIMMEL, UNTER DEM WIR UNS VERBINDEN

14

**Vorstellung von EACH ONE,
einer Beratungsstelle von und
für Schwarze Menschen**

Céline Barry, Each One Teach One (EOTO) e.V.

Anti-Schwarzer Rassismus ist tief in der Gesellschaft verwurzelt. Institutionen nehmen hier oftmals ein Komplizenschaftliches Verhältnis ein. Dringend bedarf es der öffentlichen Sensibilisierung und der Etablierung umfassender, effektiver Maßnahmen des Diskriminierungsschutzes für Schwarze Menschen und People of Color.

EACH ONE ist eine neue Beratungsstelle in Berlin von und für Schwarze, Afrikanische und Afrodiasporische Menschen in Fällen rassistischer und damit verwobener Diskriminierung. Die EACH-ONE-Beratung ist bei Each One Teach One (EOTO) e.V. angesiedelt, einem Verein von und für Schwarze, Afrikanische und Afrodiasporische Menschen mit dem Ziel der Zusammenkunft in einem geschützten Raum und des Aufbaus eines heilenden, kreativen Ortes des Empowerment. Die Beratung findet somit an einem besonderen Ort statt, der sich als Schwarz Atlantisch bezeichnen lässt.

15

Wenn Schwarze sprechen, beginnt die Erde zu beben

Schwarz Atlantisch verweist in Anlehnung an Paul Gilroys Werk *The Black Atlantic* (1993) darauf, dass Schwarze im Zuge der Versklavung und Kolonisierung durch europäische Akteure während des transatlantischen Handels durch das Überqueren der Meere, die Afrika, Amerika und Europa trennen, Schwarze Kulturen und Identitäten entwickelten. Der Atlantik ist somit ein Raum, in dem Schwarze ihre Kulturen des Überlebens und der Zusammenkunft jenseits sprachlicher, religiöser, vergeschlechtlichter Differenzen im dynamischen Austausch herstellen.

Transatlantische Erfahrung ist ein integraler Bestandteil der Schwarzen Erfahrung und Geschichte. Das heißt, dass Schwarze, wo auch immer sie sich befinden, den Atlantik in sich tragen – als kleine Welle, kleines Element eines größeren Ganzen, die die Unendlichkeit und die Tiefe Schwarzer Erfahrung, die stets dynamisch ist, in sich spiegelt.

Der Atlantik ist der Himmel, unter dem sich Schwarze verbinden. Unter diesem Himmel findet die EACH-ONE-Beratung statt. In ihr fließen vielfältige Routen und Verortungen Schwarzer Menschen zusammen. Sie kommen aus den unterschiedlichsten Orten der Welt, den Diasporas in Amerika und anderen Siedlerkolonien, Asien, aus Afrikanischen Ländern oder sind aus Familien, die bereits seit zwei, drei oder mehr Generationen in Deutschland bzw. Europa leben. Ihre Erzählungen geben uns Einsicht in die Muster und Strukturen einer von Anti-Schwarzem Rassismus, intersektionaler Diskriminierung und institutionalisierten Ausschlussprozessen und Grenzregimen geprägten Gesellschaft. Wie Gilroy betont, ist die Schwarze Erfahrung integraler Bestandteil der Moderne, der westlichen Gesellschaft, die in westlichen nationalstaatlichen Kontexten jedoch ausgeblendet wird. Schwarze Erzählungen ernst zu nehmen verändert den Blick auf Gesellschaft und Institutionen. Denn die Geschichten, die Schwarze über Berlin und Deutschland, Europa und die neokoloniale Welt erzählen, offenbaren die Abgründe eines von Kolonialität geprägten Gesellschaftssystems. Sie bringen die Erde zum Beben ...

Berliner Zustände aus der Sicht von Schwarzen

Die folgenden Berichte erzählen von Berliner Zuständen. Sie verweisen auf die tiefe Verwurzelung von Anti-Schwarzem-Rassismus im Hier und Jetzt und darauf, wie Institutionen und Gesellschaft dabei oftmals in einem komplizenschaftlichen Verhältnis zueinander stehen. Sie verbildlichen die Dringlichkeit der öffentlichen Sensibilisierung für Anti-Schwarzen-Rassismus und, vor allem, der Etablierung umfassender, effektiver Maßnahmen des Diskriminierungsschutzes für Schwarze Menschen und People of Color im Allgemeinen.

16

Kwame (31) ist aus Ghana nach Berlin gezogen, um mit seiner Partnerin, einer deutschen Frau, und ihrer gemeinsamen Tochter Akua (5) zu leben. Nach langer Suche nach einer Wohnung im Stadtzentrum Berlin, zieht die Familie nach Köpenick. Die nahe Natur und der weitläufige Wohnraum seien, so die Frau, eine ideale Umgebung. Leider rechnete sie nicht mit der offen rassistischen Feindseligkeit gegenüber Schwarzen Menschen, die Berliner Randbezirke auf besondere Weise prägt und im Zusammentreffen mit Nachbar*innen, Mitarbeiter*innen des öffentlichen Transports, Polizist*innen wie auch Erzieher*innen in der Kita zutage tritt.

Verheerender Weise bietet auch der familiäre Rahmen keinen geschützten Raum. Eheliche Konflikte bringen die Mutter dazu, Kwame über das Jugendamt das Umgangsrecht zu entziehen. Die dortige Sozialarbeiterin positioniert sich, wie allzu oft, prompt aufseiten der Mutter, deren Version der Geschichte sie im Vergleich zu der des Vaters – den sie als „temperamentvoll“ (ein klassisches kriminalisierendes Stereotyp gegen Schwarze und andere People of Color) beurteilt – den Vorzug gibt. Vor Gericht spricht sie sich zulasten des Vaters aus. Kwame verliert sein Recht, Akua frei betreuen zu können. Es werden feste Tage vereinbart, an denen er sie von der Kita nach Hause bringen und Zeit mit ihr verbringen kann. Als Kwame Akua eines Tages auf Wunsch der Mutter an einem nicht vom Gericht festgesetzten Nachmittag abholen will, entsteht ein Streit mit dem Erzieher, der dem Schwarzen Vater ohnehin bereits feindselig gegenübergetreten war. Die Situation eskaliert, Kwame wird gewaltsam festgehalten. Dieses unverhältnismäßige Verhalten macht den Vater wütend und er spricht den Rassismus an, der der Eskalation zugrunde liegt. Ihm wird daraufhin mit einer Anzeige gedroht.

Der ganze Vorfall ereignet sich im Beisein der Tochter, die nicht das erste Mal Zeugin der Gewalt gegen ihren Vater wird. Akua beginnt Fragen darüber zu stellen, was es bedeute „Schwarz“ zu sein. Anhaltende, oft abfällige Bemerkungen über ihr Anderssein in der Kita belasten sie. Sie verweigert immer öfter, in die Kita zu gehen. Der besorgte Vater setzt sich dafür ein, dass Akua in eine andere Kita kommt, und stellt den Kontakt zu anderen Schwarzen Kindern her, in deren Kreis sie „sein kann, wie sie ist“. EACH ONE unterstützt die beiden dabei.

Für stark diskriminierte Gruppen kommt eine Diskriminierung selten allein, sondern es ergeben sich Diskriminierungsketten, die verhängnisvoll sein können. Es sind unzählige Fälle dokumentiert, in denen Schwarze Menschen rassistische Angriffe erleiden und daraufhin selbst auf die Anklagebank geraten, sie Zeit, Nerven und Geld aufbringen müssen, um sich vor Gericht zu verteidigen. Aufgrund ihrer geringen „Macht zur Beschwerde“ (Johanna Mohrfeldt und Sebastian Friedrich) haben sie in solchen Verfahren (insbesondere bei Fällen, in denen die Polizei involviert ist) wenig Aussicht auf ein Urteil, das sie für nicht schuldig erklärt. Und nicht selten ergeben sich dadurch Probleme mit Aufenthaltstiteln, Arbeitgeber*innen oder Vermieter*innen.

Mamadou (31) ist mit zwei Freunden, Kalil und Ibou, des Nachts in Friedrichshain unterwegs. Sie sehen, dass am Ende der Straße Trubel herrscht, Polizei- und Krankenwagen mit Blaulicht im Einsatz. Sie erkennen ihren Freund Saliou (25), der verletzt im Krankenwagen sitzt. Sie gehen zu ihm, um ihn zu fragen, was los sei. Es habe einen Konflikt mit einem weißen Mann gegeben, zwei weitere Schwarze Männer seien vor der Polizei weggelaufen. Plötzlich werden Mamadou Handschellen angelegt. Ihm wird vorgeworfen, den weißen Mann angegriffen zu haben. Der weiße Mann hatte ihn vage identifiziert: „So jemand wie er ...“

Diese Verwechslung hat schwere Folgen: Es kommt zu einem Strafprozess gegen Mamadou. Niemand im Gericht geht der Verwechslung sachlich auf den Grund. Auch nicht Mamadous eigener Strafverteidiger, dem gegenüber er seine Unschuld betont hatte. Es wird ein „Deal“^{*} vereinbart, in dem er wegen Körperverletzung zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe mit Bewährung verurteilt wird. Dies wirkt sich wiederum auf Mamadous aufenthaltsrechtliches Verfahren aus, denn er muss nun das Ende der Bewährung abwarten, um einen Antrag auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis zu stellen – was ihn und seine kleine Familie (Mélissa, 28, und Meï, 4) in eine anhaltende prekäre Lage versetzt, da Arbeits- und Wohnungssuche ohne festen Status erschwert sind.

Auch die folgende Diskriminierungskette begann mit einem rassistischen Vorfall und endete mit einer Gefängnisstrafe, die weitere Diskriminierungen nach sich zog.

Sarafina (39) wird, wie so oft, auf der Straße von weißen Männern rassistisch belästigt. Sie gerät in Wut. Versehentlich trifft sie beim Gestikulieren ein Kind, was die Anwesenden als Angriff deuten. Die Polizei wird herbeigerufen und die Frau wird wegen „auffälligem Verhalten“ festgenommen und abgeführt. Im darauffolgenden Prozess lassen tonlose Kameraaufnahmen und missgünstige Zeug*innenaussagen die Situation als eindeutig erscheinen: Das Kind sei angegriffen worden. Sarafina versucht sich zu erklären, was ihr unter Vorwurf der Uneinsichtigkeit als weiterer Strafgrund aufgebürdet wird. Die Hintergründe des Vorfalls bleiben unberücksichtigt, was mitunter damit zu tun hat, dass nicht für eine adäquate Übersetzung gesorgt wurde und die Kammer Sarafina die Verteidigung durch ihren regulären Anwalt verweigerte und einen Verteidiger beordnete, mit dem sie im Vorfeld nicht kommuniziert hatte. Das Gericht gibt Sarafina die Wahl zwischen drei Monaten Gefangenschaft oder zwei Jahren in einer geschlossenen Gefängnis Klinik. Sie entscheidet sich für die Haftstrafe.

Im Frauengefängnis ist Sarafina die einzige Schwarze Frau. Sie wird vom Personal kontinuierlich schikaniert und belästigt. Sie telefoniert täglich mit ihrer Tochter Iminathi (19), die in Berlin lebt, und erzählt ihr von den Vorfällen. Iminathi setzt sich für ihre Mutter ein, jedoch werden ihre Beschwerden abgewehrt: Es wird mit Unverständnis reagiert, falsche Angaben gemacht, bei ungemütlichen Nachfragen wird der Hörer aufgelegt. Unterdessen nimmt die Schikane hinter den Gefängnistoren nicht ab, sondern zu.

Ohne Neuanhörung wird Sarafinas Strafe nach zwei Monaten unter Anführung von Formfehlern auf ein Jahr erhöht. In Zusammenarbeit mit Sarafinas regulärem Anwalt und EACH ONE organisiert die Tochter eine Anhörung, um dem Gericht die Perspektive der Mutter, die bis dahin nicht angemessen Platz gefunden hatte, nahezubringen. Sie nutzt die Gelegenheit, um auf die Schikane im Gefängnis zu sprechen zu kommen: Wie kann es an einem Ort, an dem es überall Kameras gibt, passieren, dass Inhaftierte von Männern belästigt werden, kein Essen erhalten oder des Nachts in abgeschiedene Teile des Gefängnisses verlegt werden? Der Gefängnisleiter gibt an, dass nicht überall Kameras angebracht seien. Dies erscheint Iminathi als fragwürdig, zumal die Anhörung nach diesen ungemütlichen Fragen schnell ein Ende findet und ihre Mutter, der eingangs noch ein Jahr Haft bevorstand, zum nächsten Tag auf Bewährung freigelassen wird. Iminathi nimmt ihre Mutter bei sich auf und unterstützt sie dabei, wieder ins Leben zu finden. Die Vorfälle im Gefängnis bleiben bislang unaufgeklärt. Die Zeit wird zeigen, ob es uns gelingt, effektive Beschwerdewege in der Institution Gefängnis aufzubauen.

* Im Gegenzug zu einem Geständnis stellt das Gericht bei einem Deal eine vermeintlich mildere Strafe in Aussicht. Dies sehen Strafverteidiger*innen manchmal als Lösung für ihre Klient*innen, härteren Strafen zu entkommen – u.U. auch, wenn sie unschuldig sind, jedoch keine Aussichten auf einen Freispruch sehen.

»Und auch diese biographischen Ausschnitte spiegeln noch bei weitem nicht den Alltagsrassismus, der das Leben von Kwame, Akua, Mamadou und Sarafina kontinuierlich prägt. Sie zeigen aber gleichzeitig, mit wieviel Beständigkeit und Mut Schwarze Menschen innerhalb dieser Verhältnisse navigieren, sie in Frage stellen und sich sicherere Freiräume schaffen.«

Dies sind nur drei von vielen Beispielen, die die Schwere Anti-Schwarzer Berliner Zustände aufzeigen. Und auch diese biographischen Ausschnitte spiegeln noch bei weitem nicht den Alltagsrassismus, der das Leben von Kwame, Akua, Mamadou und Sarafina kontinuierlich prägt. Sie zeigen aber gleichzeitig, mit wieviel Beständigkeit und Mut Schwarze Menschen innerhalb dieser Verhältnisse navigieren, sie in Frage stellen und sich sicherere Freiräume schaffen; das Aufeinander-Aufpassen in der Familie, in der Community ist ihre Stärke. Die EACH-ONE-Beratung ist als ein solcher Ort des Aufeinander-Aufpassens zu verstehen.

Gesellschaft Schwarz Atlantisch neu denken

Die geschilderten Beispiele zeigen, dass Antidiskriminierungsarbeit für Schwarze Menschen nach einem breit aufgestellten Unterstützungsnetzwerk ruft, das Peer-to-Peer-, Antidiskriminierungs-, Opfer-, Rechts- und psychologische Beratung sowie solidarische Aktion umfasst. Dieses muss indessen auch Schwarze Menschen an Orten erreichen, die gemeinhin aus dem Blickfeld geraten oder abgeschieden sind, z.B. Gefängnisse, Psychiatrien, Krankenhäuser, Behindertenwerkstätten, Schulen und Wohnheime.

Für EACH ONE bedeutet dies auch, darauf hinzuarbeiten, den Schwarzen Atlantik intersektional zu verbinden, jede einzelne Person, each one, in ihrer Verortung mitzudenken. So kann der Schwarze Atlantische Himmel, unter dem sich Schwarze bewegen, sichtbar gemacht und sein schützendes Potenzial ausgebreitet werden – durch das Zusammenkommen, die gemeinsame Aufarbeitung, zum Aufbau einer anderen Gesellschaft.

Gesamtgesellschaftlich bedeutet Schwarz Atlantisch zu denken, Schwarze, Afrikanische und Afrodiasporische Menschen als bildenden Teil der Berliner bzw. deutschen oder westlichen Gesellschaft zu verstehen. Schwarze Atlantische Erfahrung sichtbar zu machen, öffnet im Hinblick auf das Projekt des Antirassismus einen neuen Blick auf Migration, auf die rassifizierte Grenzen der Nation und Berlins sowie ihrer Geschichte, die für die Komplexität Schwarzer Erfahrung, Kultur und Politik konstitutiv ist. Die Frage, wem Berlin Hier und Jetzt gehört, beantwortet der Schwarze Atlantik mit der Vision einer grenzenlosen Stadt, die global, über die Meere verbunden ist.

EACH ONE ist eine bei Each One Teach One (EOTO) e.V. angesiedelte Beratungsstelle in Berlin für Schwarze, Afrikanische und Afrodiasporische Menschen in Fällen von Diskriminierung. Soziale Jugendberatung ergänzt die Antidiskriminierungsberatung, indem sie junge Schwarze in prekären Lebenslagen unterstützt. Der Aufbau des Beratungsprojekts ist im Kontext der UN-Dekade für Menschen Afrikanischer Herkunft (2015–2024) zu verstehen. Ihrem menschenrechtlichen Anspruch folgend hat EACH ONE zum Ziel, Schwarzen Menschen, die in Deutschland auf vielfältigen, intersektionalen Ebenen strukturell diskriminiert werden, Zugang zu Unterstützungsangeboten zur Bewältigung der Hürden, Benachteiligungen und Ausschlüsse zu verschaffen, sowie Wissen zu Anti-Schwarzem Rassismus anhand ihrer Erfahrungen sichtbar zu machen. Der Blick auf die Situation Schwarzer Menschen in Berlin wurde im Koalitionsvertrag explizit festgehalten und durch Projektförderungen wie die EACH ONEs durch die Berliner Landesantidiskriminierungsstelle (Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung) konkretisiert.

TRAURIGER REKORD

20

**Rassistische, antisemitische und
rechte Gewalt in Berlin**

Sabine Seyb, ReachOut

ReachOut, die Berliner Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt, dokumentiert für das Jahr 2018 insgesamt 309 Angriffe. Verletzt, bedroht und gejagt wurden mindestens 423 Personen, darunter 19 Kinder und 47 Jugendliche. Bei den meisten Angriffen handelt es sich um Körperverletzungen (157) und gefährliche Körperverletzungen (115). 2017 mussten wir 267 Angriffe verzeichnen und haben es somit mit einem besorgniserregenden Anstieg zu tun. Im Vergleich mit den Erkenntnissen fachspezifischer Beratungsstellen in anderen Bundesländern, die ein unabhängiges Monitoring betreiben, zeigt sich, dass es in Berlin statistisch die meisten Angriffe gibt. Gleichzeitig gerät die Arbeit der Berliner Ermittlungsbehörden in die Schlagzeilen, weil Ermittlungserfolge bezüglich der rechten, rassistischen Straftaten vor allem in Neukölln ausbleiben und Mitarbeiter*innen des LKA rechtsextreme Äußerungen zum Besten geben. Bedingungen, die wenig hilfreich sind, wenn es darum geht, das Vertrauen von Betroffenen in die Arbeit der Ermittlungsbehörden zu stärken.

21

Im statistischen Vergleich ist nur in Sachsen die Angriffssituation angespannter als in Berlin. Unsere Kolleg*innen der Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie e.V. (RAA Sachsen e.V.) verzeichnen 317 Angriffe für das Jahr 2018. Umgerechnet hält Berlin mit 8,6 Angriffen auf 100.000 Einwohner*innen den traurigen Rekord unter den ostdeutschen Bundesländern (Sachsen: 7,8 Angriffe pro 100.000 Einwohner*innen). Auch wenn mittlerweile in allen Bundesländern fachspezifische Beratungsstellen ihre Arbeit aufnehmen konnten, fehlen in den meisten westdeutschen Bundesländern (mit Ausnahme von Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen) nach wie vor die Ressourcen, um ein unabhängiges systematisches Monitoring zu betreiben. Deswegen sind bundesweite Vergleiche und Analysen nicht möglich.

Nach den Erkenntnissen von ReachOut ist Rassismus das häufigste Tatmotiv in Berlin. In 167 Fällen wurden Menschen aufgrund dieses Motivs bedroht und verletzt. Das bedeutet einen Anstieg rassistischer Gewalt um fast 20 Prozent im Vergleich zu 2017.

Extrem angestiegen sind auch die antisemitischen Gewalttaten von 13 auf 44. 63 Gewalttaten richteten sich gegen die sexuelle Orientierung bzw. Identität der Opfer. Die Attacken und Bedrohungen gegen politische Gegner*innen sind gesunken. Gegen sie richteten sich 23 Angriffe.

Die zwei Seiten einer Medaille: Politische Debatten und die Gewalt auf der Straße

Schon seit Jahren beobachten wir eine zunehmende Enttabuisierung nicht nur in den sozialen Medien und verbal, sondern auch bezüglich der Gewalt gegen ausgegrenzte und diskriminierte Bevölkerungsgruppen. Wir gehen davon aus, dass sich Äußerungen, Diskussionen und Maßnahmen von politischen Verantwortungsträger*innen und die Stimmung auf der Straße gegenseitig bedingen. Insbesondere durch rassistisch geprägte Debatten von Politiker*innen rechtspopulistischer, aber auch anderer Parteien, fühlen sich die Täter*innen ermutigt, zuzuschlagen. Signalisiert wird auf ganz unterschiedlichen Ebenen, mit unterschiedlichen Mitteln, wer zur Gesellschaft nicht dazu gehört bzw. nicht länger dazu gehören soll. Die Botschaften der Täter*innen auf der Straße und derjenigen, die Abschiebungen fordern bzw. veranlassen oder die Rettung von Geflüchteten auf dem Mittelmeer durch ehrenamtliche Helfer*innen kriminalisieren und beenden wollen, ist die gleiche: Es geht um Abschreckung und Vertreibung. Dabei wird auch das Sterben von Menschen in Kauf genommen.

Der Bürgermeister von Mitte, Stephan von Dassel (Bündnis 90/Die Grünen), geriet in die Schlagzeilen, weil er unerbittlich und brutal gegen Menschen, die auf der Straße leben, vorgehen ließ. Schon im Herbst 2017 gab er seine doch eher rechtspopulistischen Forderungen in den Medien zum Besten und verlangte die Abschiebung von „osteuropäischen“, angeblich „aggressiven“ Obdachlosen. Anfang dieses Jahres rechtfertigte er die brutale, entwürdigende Räumung einer Schlafstätte von Obdachlosen am Hauptbahnhof durch die Polizei. Eine dort lebende Frau wurde dabei misshandelt. Gleichzeitig erfuhren wir von acht Angriffen gegen obdachlose Personen im Jahr 2018. Wir befürchten, dass sich durch solche Maßnahmen und Bilder, die damit produziert werden, Täter*innen mit und ohne Polizeiuniform legitimiert fühlen, gewaltsam gegen Menschen, die auf der Straße leben, vorzugehen.

Ein Beispiel für einen Angriff gegen Obdachlose:

Am 8. Dezember 2018, gegen 8.15 Uhr versucht ein 28-jähriger Mann, der in Begleitung eines 21-Jährigen ist, in der Panoramastraße in Mitte die Decke eines 38-jährigen schlafenden Obdachlosen anzuzünden. Eine 31-jährige Zeugin greift ein, so dass der 38-Jährige unverletzt bleibt.

In aller Öffentlichkeit

139 und somit die meisten Angriffe wurden im öffentlichen Raum verübt. An Haltestellen, Bahnhöfen und in öffentlichen Verkehrsmitteln geschahen 62 Gewalttaten und Bedrohungen.

16 Angriffe fanden am Arbeitsplatz statt. Das ist keine hohe Zahl. Dennoch wird deutlich, wie existenziell diese Gewalttaten sein können. Wenn die Betroffenen

täglich den Ort aufsuchen müssen, an dem sie verletzt und gedemütigt wurden, ist ihnen das manchmal nicht möglich. Dann besteht die Gefahr, dass sie ihren Arbeitsplatz verlieren.

Zum Beispiel:

Am 10. Dezember wird ein 54-jähriger Mann, der gegen 21.20 Uhr die Treppe des U-Bahnhofs Frankfurter Allee in Friedrichshain reinigt, aus einer Gruppe heraus von einem 35-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Als der 54-Jährige auf die Treppe fällt, wird ihm von dem 35-Jährigen gegen den Kopf getreten. Zeug*innen greifen ein und alarmieren die Polizei.

Da die meisten Angriffe in Berlin tatsächlich im öffentlichen Raum, an Bahnhöfen und in Verkehrsmitteln verübt werden, gibt es meistens Menschen, deren Verhalten das Schlimmste verhindern könnte. Aus unserer Beratungsarbeit wissen wir, dass es für die Opfer einen großen Unterschied macht, ob unbeteiligte Passant*innen eingreifen und Hilfe holen. Dabei geht es nicht darum, sich selbst in Gefahr zu bringen. Aber: Die Täter*innen gehen davon aus, dass ihr brutales Vorgehen geduldet oder sogar befürwortet wird. Diese Gewissheit gilt es zu durchbrechen: Andere Passant*innen oder Fahrgäste direkt ansprechen, die Person, die bedroht wird, aus der Situation herausholen, ohne sich auf eine Auseinandersetzung mit dem Täter einzulassen, sich als Zeug*in zur Verfügung stellen und die Notrufnummer wählen. Das kann fast jede*r. Für die Betroffenen kann die Verarbeitung des Angriffs viel leichter gelingen, wenn sie erfahren könnten, dass ihnen Passant*innen zur Seite standen und sich solidarisch verhielten.

Mitten in der Stadt

Die meisten Angriffe wurden in den innerstädtischen Bezirken verübt. Dort sind die Treffpunkte, viele der angesagten Clubs, Partymöglichkeiten und große Umsteigebahnhöfe. Die Betroffenen gehen davon aus, dass sie sich frei und sicher bewegen können. Die Tatsache, dass ReachOut in den Berliner Randbezirken von weniger Angriffen erfährt, muss nicht bedeuten, dass es sich dort für diejenigen, die zu den Betroffenen zählen könnten, weniger gefährlich lebt. Möglicherweise bewegen sich Personen, die fürchten angegriffen zu werden, dort anders oder sogar seltener im öffentlichen Raum, weil sie sich eben nicht sicher fühlen. So würde sich beispielsweise ein schwules Paar in einem der Randbezirke weniger selbstverständlich zu erkennen geben als beispielsweise in einem Bezirk wie Mitte. Zudem gilt auch für die Randbezirke, dass wir nach wie vor von einer hohen Dunkelziffer bezüglich der tatsächlich verübten rechten, rassistischen und antisemitischen Angriffe ausgehen müssen.

Im Bezirk Mitte (mit den Stadtteilen Mitte: 35, Tiergarten: 13 und Wedding: 14) fanden insgesamt 62 und somit stadtweit die meisten Angriffe statt. Die häufigsten Tatmotive im Stadtteil Mitte waren Rassismus (13), Antisemitismus (10) und LGBTIQ*-Feindlichkeit (8).

In Neukölln verzeichnete ReachOut 43 (2017: 36) Angriffe.

Es waren dort hauptsächlich Taten, die sich gegen Menschen aufgrund ihrer sexuel-



len Orientierung bzw. Identität richteten sowie rassistisch motivierte Gewalt. Diese Angriffe wurden vorwiegend im Norden des Bezirks verübt. Also dort, wo sich viele Kneipen, Treffpunkte und Bahnhöfe in unmittelbarer Nähe befinden und ganz unterschiedliche Leute zwangsläufig aufeinander treffen.

Aber auch die Angriffe und Bedrohungen gegen politisch Engagierte setzten sich fort. Trotz der angespannten Lage im Bezirk weist die Polizei bis heute (Mitte Mai 2019) keinerlei Ermittlungserfolge vor. Auch zu Beginn dieses Jahres bricht die Serie von Morddrohungen und Angriffen vor allem in Neukölln nicht ab.

Weitere Angriffsschwerpunkte lagen in Friedrichshain und Treptow (je 20), Kreuzberg (19), und in Lichtenberg (15).

Jenseits der Zahlen – Skandale, Untätigkeit, die Ermittlungsbehörden und die Nazis

Wenn wir auf das Jahr 2018 zurückschauen, sehen wir nicht nur einen Anstieg der Angriffszahlen. Das Vorgehen der Ermittlungsbehörden ist immer wieder skandalös. Dabei hat deren Arbeit bisweilen direkte Auswirkungen auf Ratsuchende, die zu ReachOut kommen und sich fragen, inwiefern es überhaupt sinnvoll ist, Anzeige zu erstatten. Nach allem, was mittlerweile bekannt wurde, ist es vielleicht sogar eine zusätzliche Gefährdung, Informationen an die Polizei zu geben?

Zu den Ratsuchenden von ReachOut und OPRA (Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Gewalt) gehören immer häufiger auch junge Menschen, meistens jugendliche Geflüchtete. Sie fallen rassistischen Kontrollen durch die Polizei zum Opfer und leben oft in betreuten Wohngruppen. Auch deren Sozialarbeiter*innen kommen in die Beratung und wollen wissen, was sie den Jugendlichen empfehlen können.

Ein Beispiel für einen Polizeieinsatz in einer Jugendwohngruppe, zitiert aus der Stellungnahme des Kinder- und Jugendhilfe-Verbundes Berlin/Brandenburg: „Am frühen Morgen des 09. Mai 2018 verschaffte sich die Sicherungseinheit der Berliner Polizei auf Basis eines Durchsuchungsbeschlusses (angeordnet am 20.12.2017 zum Auffinden von Beweismitteln, insbesondere einer Geldbörse und eines Personalausweises) gewaltsam Zugang zu unserer sozialpädagogischen Jugendwohngruppe für unbegleitete minderjährige Geflüchtete. Dabei kam es zu unverhältnismäßigen und rechtswidrigen Handlungen, sowie zu Misshandlungen der Jugendlichen und jungen Erwachsenen. In Folge der Misshandlungen mussten zwei der Jugendlichen, zu deren Zimmern sich die Sicherungseinheit rechtswidrig Zutritt verschaffte, im Krankenhaus behandelt und einer von ihnen operiert und drei Nächte stationär aufgenommen werden. Außerdem kam es zu erheblichen Sachbeschädigungen in deren Folge die Jugendwohngruppe kurzzeitig unbewohnbar war. (...)“

Und das ist nur ein Beispiel. Mittlerweile sind viele Sozialarbeiter*innen sowohl der stationären als auch der ambulanten Jugendhilfe und deren Träger alarmiert, weil sie beobachten, dass sich Jugendliche, für die sie die Verantwortung tragen, sich aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes kaum noch ohne Gefahr und ohne demüti-

gende Kontrollen bis hin zu Misshandlungen erleben zu müssen, in der Öffentlichkeit bewegen können. Aber es sind nicht nur die Polizeieinsätze, die auf Racial Profiling zurückzuführen und mit schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen verbunden sind, die wir kritisieren.

Im Sommer 2018 wurde bekannt, dass ein Beamter des Berliner LKA Neujahrsgrüße an Kolleg*innen unter anderem mit 88 für den codierten Gruß „Heil Hitler“ verschickt hatte. Diese Straftat wurde lediglich mit einem Verweis gerügt, einer disziplinarischen Maßnahme, die keine weiteren Konsequenzen hat. Wie aber sollen Opfer extrem rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt Vertrauen in die Arbeitsweise einer solchen Behörde haben? Wie kann sichergestellt werden, dass die für sie zuständigen Sachbearbeiter*innen nicht mit neonazistischen und rassistischen Einstellungen sympathisieren?

Zu der bereits seit Jahren andauernden Serie von Brandanschlägen und Bedrohungen in Neukölln und bezüglich des Mordanschlags auf Burak Bektaş, bei dem er am 5. April 2012 in Neukölln erschossen wurde und zwei seiner Freunde schwer verletzt überlebten, gibt es noch immer keine Ermittlungserfolge. Dies gilt auch für Bedrohungen, die mit einem sehr ähnlichen Vorgehen in Wedding und Kreuzberg stattgefunden haben. Uns stellt sich die Frage: Was ist eigentlich los bei den Berliner Ermittlungsbehörden?

Woher hatten die Täter*innen die persönlichen Daten, um Aktivist*innen zu bedrohen? Einige gegen Rechts und Rassismus Aktive befürchteten schon, dass es in Berlin ähnliche extrem rechte Netzwerke innerhalb der Polizei geben könnte wie in Frankfurt am Main. Der Versuch, einige Fragen und Irritationen bezüglich der Situation in Neukölln im Rahmen einer kleinen Anfrage durch die Linken im Abgeordnetenhaus zu klären, lief ins Leere – Begründung: Man könne keine Auskünfte geben zur Arbeitsweise und den Methoden des Berliner Verfassungsschutzes. Oder auch: man wolle laufende Ermittlungen der Behörden nicht gefährden.

Mittlerweile sieht es so aus, als würden die schlimmsten Befürchtung hinsichtlich der Kontakte von Neonazis und Mitarbeiter*innen in den Ermittlungsbehörden bei Weitem übertroffen. Recherchen von rbb24 und Kontraste hatten ergeben, dass sich ein Mitarbeiter des LKA Berlin mit einem der dringend Verdächtigen bzgl. der seit Jahren verübten und nicht aufgeklärten Straftaten im Bereich des Rechtsextremismus und Rassismus in Neukölln getroffen haben soll. Diese Straftaten richten sich seit vielen Jahren gegen Personen und Projekte, die für ihr Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus bekannt sind. Treffpunkt war eine Kneipe im südlichen Neukölln.

Neben der Forderung nach einem Berliner Untersuchungsausschuss zum NSU unterstützt ReachOut in diesem Zusammenhang insbesondere die Forderungen der Initiative zur Aufklärung des Mordes an Burak Bektaş nach einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss zu der Frage, was seit Jahren innerhalb der Ermittlungsbehörden eine Aufklärung von rechten und rassistischen Anschlägen, Morddrohungen, Angriffen und dem Mord an Burak Bektaş verhindert. Nachdem nun auch noch dieser zuletzt genannte Skandal öffentlich wurde, sind sowohl juristische als auch parlamentarische Aufarbeitungen dringend erforderlich. Die politisch Verantwortlichen täten gut daran, ihrer politischen Verantwortung zumindest im Rahmen eines Untersuchungsausschusses gerecht zu werden.

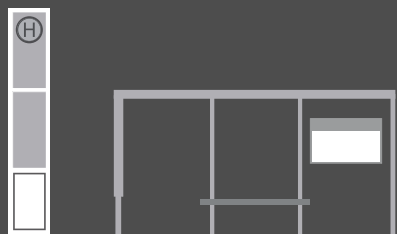
»Aus unserer Beratungsarbeit wissen wir, dass es für die Opfer einen großen Unterschied macht, ob unbeteiligte Passant*innen eingreifen, und Hilfe holen.

Dabei geht es nicht darum, sich selbst in Gefahr zu bringen. Aber: Die Täter*innen gehen davon aus, dass ihr brutales Vorgehen, geduldet oder sogar befürwortet wird. Diese Gewissheit gilt es zu durchbrechen.«

ReachOut ist eine Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin. Wir unterstützen und beraten auch Angehörige, Freund*innen der Opfer und Zeug*innen eines Angriffs. Die Situation und die Perspektive der Opfer rassistischer, rechter und antisemitischer Gewalt stehen im Zentrum der Arbeit. ReachOut bietet antirassistische, interkulturelle Bildungsprogramme an. ReachOut recherchiert rechtsextreme, rassistische und antisemitische Angriffe in Berlin und veröffentlicht dazu eine Chronik.

ANGRIFFSORTE 2018

62



**Öffentliche
Verkehrsmittel/
Bahnhöfe/
Haltestellen**



139

**Öffentlicher
Raum**

01

Behörden



04

**Andere/
unbekannt**

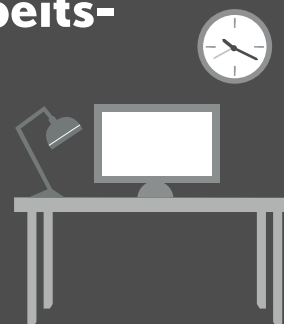
23

**Wohnung/
Wohnungsumfeld**



16

**am Arbeits-
platz**



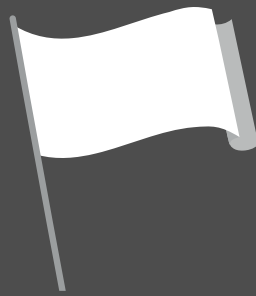
28

**Kneipe/
Laden/
Club/
Supermarkt**



01

**Räume politischer
Organisationen/
Parteien**

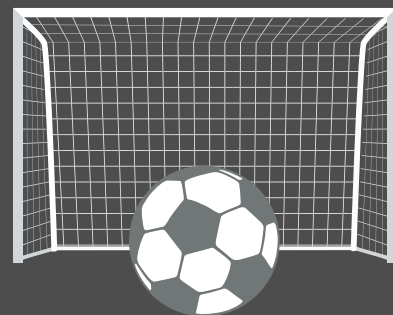
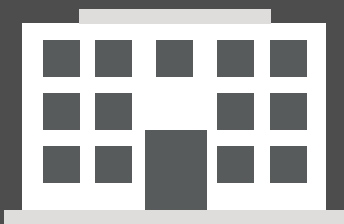


16

**Demonstration/
Umfeld**

12

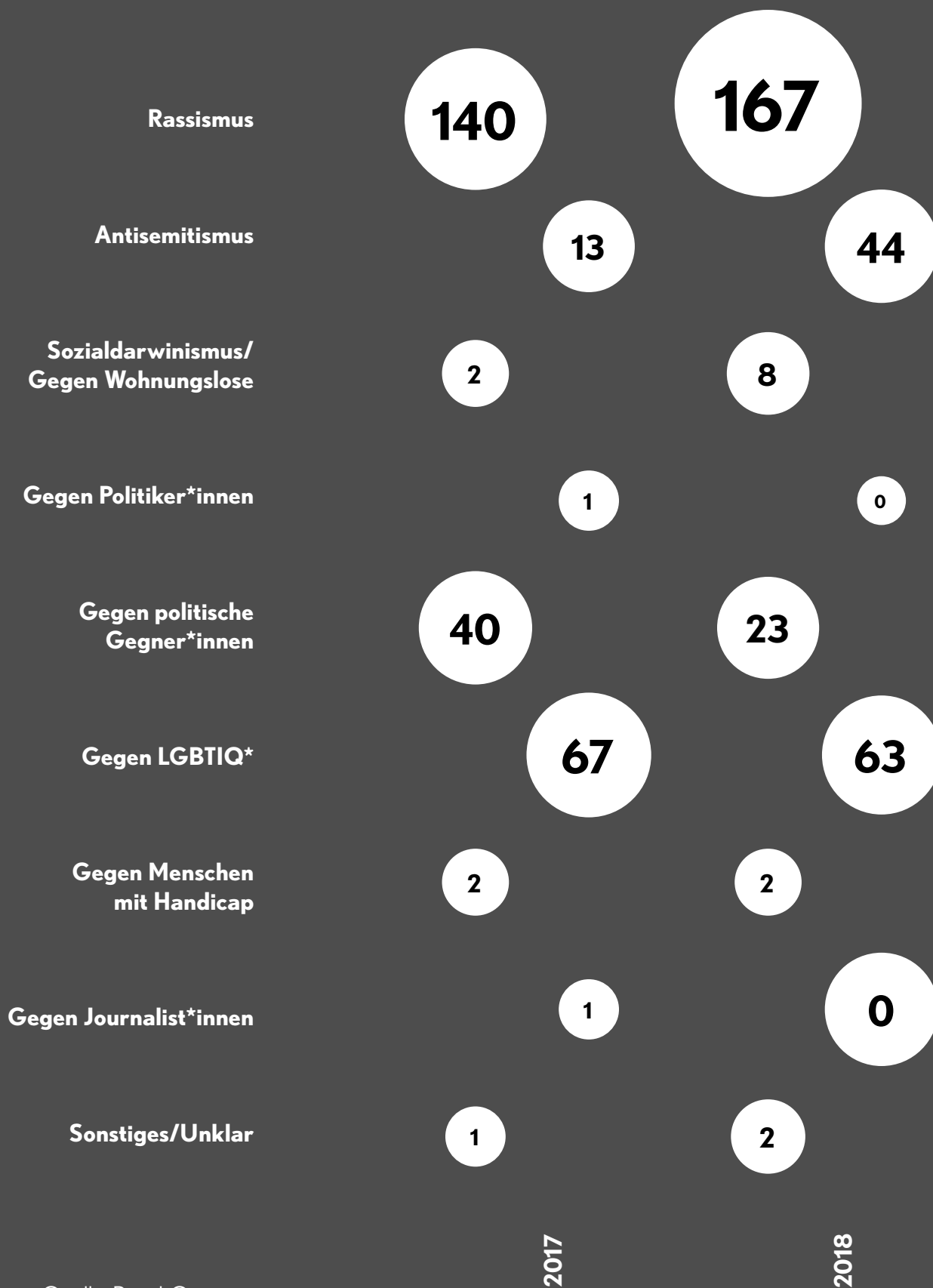
**Geflüchteten-
unterkunft/
Umfeld**



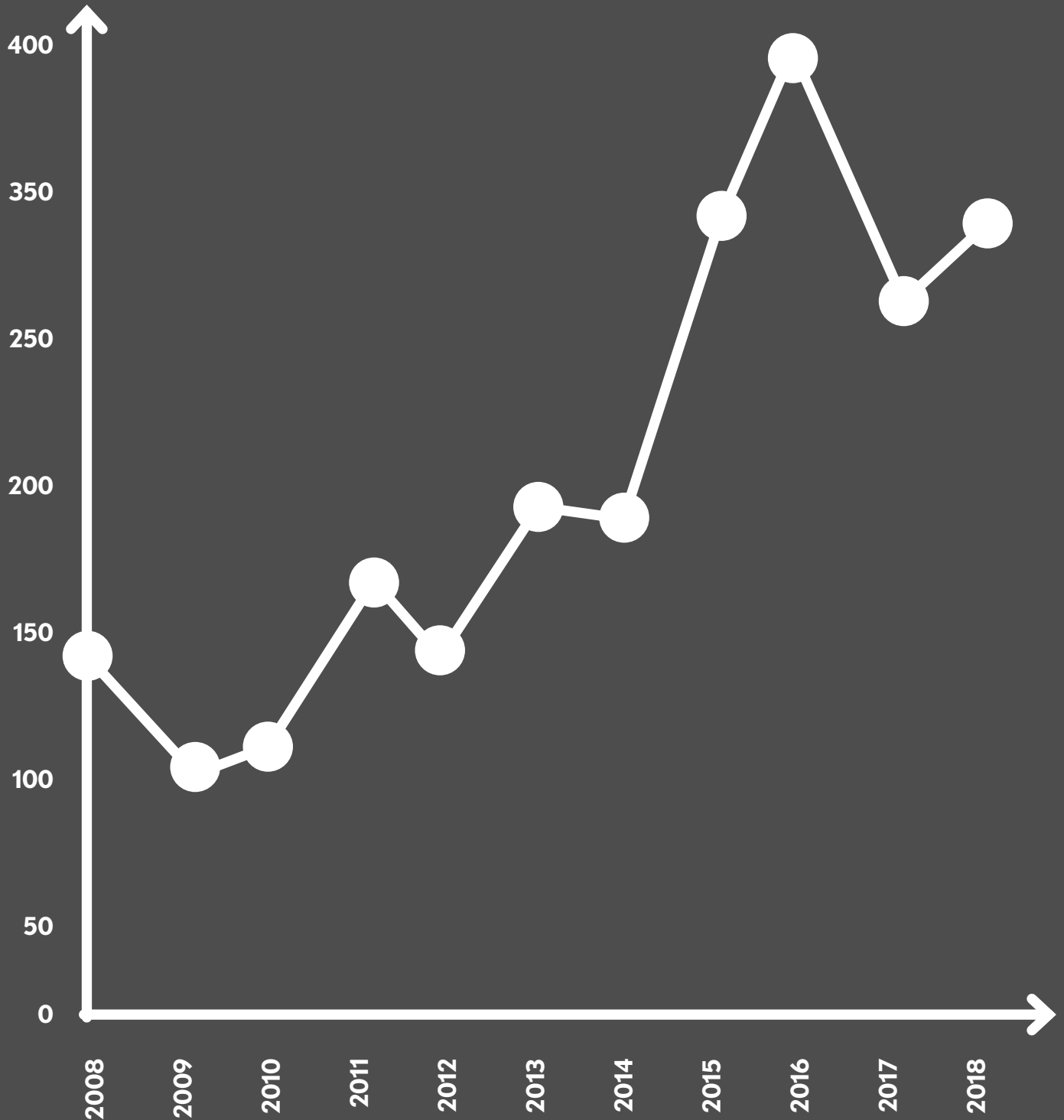
07

**Bildungsstätte/
Jugendeinrichtung/
Sport/Freizeit**

TATMOTIVE 2018

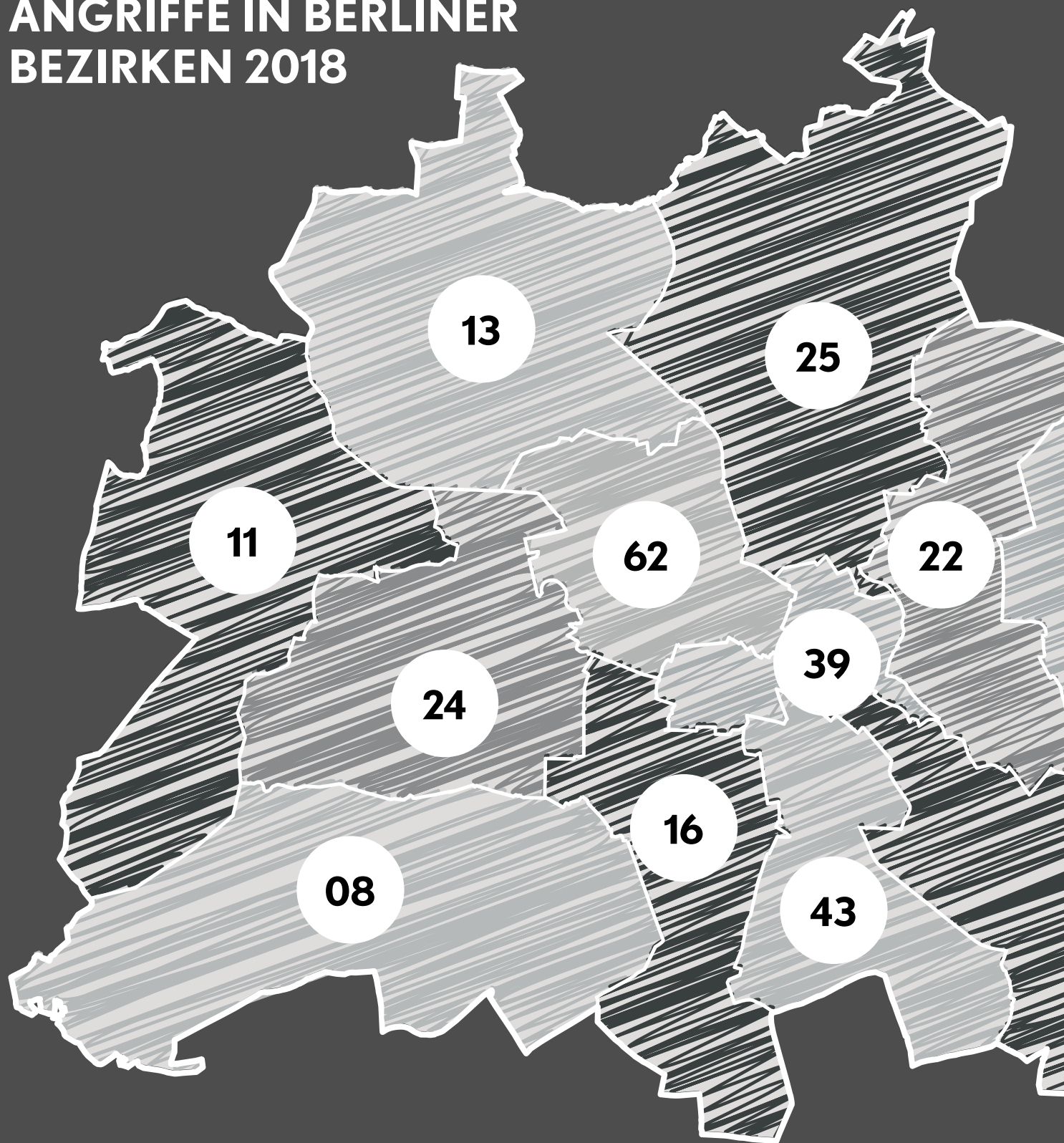


ENTWICKLUNG DER ANGRIFFSZAHLEN 2008-2018



Quelle: ReachOut

ANGRIFFE IN BERLINER BEZIRKEN 2018





24	Charlottenburg (18) - Wilmersdorf (6)
39	Friedrichshain (20) - Kreuzberg (19)
22	Hohenschönhausen (7) - Lichtenberg (15)
15	Marzahn (10) - Hellersdorf (5)
62	Mitte (35) - Wedding (14) - Tiergarten (13)
25	Pankow (6) - Prenzlauer Berg (12) - Weissensee (7)
43	Neukölln (43)
13	Reinickendorf (13)
16	Tempelhof (5) - Schöneberg (11)
30	Treptow (20) - Köpenick (10)
11	Spandau
8	Steglitz (6) - Zehlendorf (2)
//	Berlin nicht zugeordnet: Internet (1)

Strategie der Einschüchterung

Seit mehr als drei Jahren läuft eine Serie von rechtsextremen Angriffen. Drohungen wurden gezielt an bestimmte Hauswände und in Treppenhäuser gesprüht, Scheiben mit Steinen und Farbflaschen eingeworfen und Autos angezündet. Insgesamt 55 Angriffe hat die MBR seit Mai 2016 dokumentiert – überwiegend in Neukölln. Dabei kam es in 16 Fällen zu Brandanschlägen, davon 14 auf private PKW. Betroffen waren neben demokratischen Kommunalpolitiker*innen und Gewerbetreibenden vor allem Menschen, die sich außerhalb der Parlamente in verschiedenen Kontexten gegen Ideologien der Ungleichwertigkeit engagieren.

Bereits in den Jahren 2009 bis 2012 hatten Rechtsextreme aus dem Umfeld des militanten Neonazi-Netzwerks „Nationaler Widerstand Berlin (NW-Berlin)“ antifaschistische und alternative Einrichtungen im Bezirk attackiert. Den Angriffen ging eine öffentliche Feindmarkierung im Internet voraus. Sie sind Teil einer von Rechtsextremen seit Jahrzehnten praktizierten so genannten „Anti-Antifa-Arbeit“, die darin besteht, private Adressen von Menschen auszuspähen, die für politische Gegner*innen gehalten werden. Damit wird versucht ein Klima der Verunsicherung zu schaffen, das die Betroffenen von der Fortsetzung ihres Engagements abhalten soll. Wie bei den Fällen in den Jahren 2009 bis 2012 ist es den Strafverfolgungsbehörden bislang nicht gelungen, die aktuelle Serie aufzuklären, obwohl es Tatverdächtige gibt. Zur Angriffsserie in Neukölln fordern zivilgesellschaftlich Engagierte und Betroffene einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss, um die behördliche Arbeit überprüfen zu lassen. Die Forderung umfasst, dass auch die Ermittlungen im noch immer nicht aufgeklärten Mordfall Burak Bektaş aus dem Jahr 2012 untersucht werden sollen.



27.12.2016 Nord-Neukölln
Foto: MBR



03.05.2017 Britz
Foto: MBR



16.03.2019 Nord-Neukölln
Foto: MBR



01.02.2018 Rudow
Foto: Die Linke. Neukölln

RASSISMUS GEGEN KINDER UND JUGENDLICHE

36

**Eine Analyse aus psychologischer
Sicht**

Stephanie Cuff-Schöttle, OPRA

Kinder und Jugendliche, welche von der Mehrheitsgesellschaft der Gruppe der ndh (nicht deutsche Herkunftssprache) zugeordnet werden und als ‚nicht so wie wir‘ und/oder als ‚nicht deutsch‘ markiert werden, sind oftmals in den verschiedensten Kontexten von rassistisch oder antisemitisch motivierter Diskriminierung und Gewalt betroffen. Erwachsene Männer und Frauen scheuen nicht davor zurück, am helllichten Tag aus rassistischen oder antisemitischen Motiven gegen Kinder und Jugendliche gewaltsam vorzugehen. Gleichermaßen werden Kinder und Jugendliche oft Zeug*innen von Angriffen, die ihren Familienmitgliedern oder Freund*innen gelten, was von den Kindern und Jugendlichen als nicht weniger belastend erlebt wird.

Insbesondere deshalb, weil sich ein Großteil dieser Taten gegen Kinder und Jugendliche in ihren alltäglichen und als sicher empfundenen Räumen ereignen, wie beispielsweise auf Spielplätzen, an Bushaltestellen oder in Kaufhäusern. Rassistisch oder antisemitisch motiviertes Mobbing (beispielsweise ausgeschlossen werden, beschimpft werden, geschlagen werden) erleben die Kinder und Jugendlichen zudem häufig in den Institutionen, in denen sie sich täglich bewegen, wie in Schulen, im Hort und in Kitas. Insbesondere im Kontext von Schule und Kita werden rassistisch motivierte Diskriminierungen und Übergriffe unter Kindern und Jugendlichen jedoch oftmals nicht erkannt und als harmlose Streitereien bagatellisiert, so dass die Opfer oft über Jahre Anfeindungen, Erniedrigungen und Gewalt ausgesetzt sind und keine Hilfe erfahren.

Unabhängig davon, in welchen Kontexten Kinder und Jugendliche von rassistisch oder antisemitisch motivierten Diskriminierungen und Angriffen betroffen sind, so stellen sie für die Betroffenen meist einschneidende Erfahrungen dar, die ihr Grundvertrauen in die Umwelt, in die darin lebenden Menschen und in sich selbst meist grundlegend erschüttern.

Beispielsituationen aus der Chronik rechter, rassistischer und antisemitischer Angriffe auf Kinder und Jugendliche in Berlin 2018 (Quelle: Pressekonferenz 2019 ReachOut):

11. September 2018, Berlin-Neukölln

Gegen 0.40 Uhr wird im Kinder- und Jugendhilfezentrum im Girlitzweg in Buckow der Vorhang in dem Zimmer eines 15-jährigen geflüchteten Jugendlichen in Brand gesteckt. Einige Stunden vorher wurde der 15-Jährige rassistisch beleidigt und attackiert.

10. September 2018, Berlin-Neukölln

Ein 15-jähriger Jugendlicher, der in Begleitung von zwei Freunden ist, wird gegen 19.10 Uhr in der Rudower Straße in Buckow von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und ihm wird eine Bierflasche in den Rücken geworfen.

26. August 2018, Berlin-Treptow

Ein 34-jähriger Mann, der gegen 18.20 Uhr in Begleitung seiner Frau und drei Kindern im Alter von 3 bis 10 Jahren in der Florian-Geyer-Straße unterwegs ist, wird von einem unbekanntem Mann aus rassistischer Motivation beleidigt. Ein Zeuge greift ein, als der Unbekannte seinen Hund auf die Familie hetzt.

Folgen für die Betroffenen

Betrachtet man die Folgen solcher Erfahrungen, ist es sinnvoll, zunächst eine Unterscheidung zwischen einmaligen und über längere Zeit andauernden oder sich wiederholenden Erlebnissen zu treffen. Plötzliche Angriffe, wie Schläge durch einen fremden Erwachsenen auf dem Spielplatz beispielsweise, rufen meistens eine unmittelbare Erschütterung des Urvertrauens und der subjektiv erlebten Sicherheit hervor. Erleben die Betroffenen zudem, dass auch die sonst als ‚beschützend‘ erlebten Aufsichtspersonen sie nicht beschützen konnten oder, noch schlimmer, selbst auch Ziele des Angriffes wurden, reagieren Kinder und Jugendliche oftmals mit einer Reihe an Symptomen, die erst einmal als normale Reaktionen auf überwältigende Umstände interpretiert werden können. In Bedrohungssituationen reagiert der menschliche Organismus mit neuronaler Erregung und der Mobilisierung des Selbstschutzsystems, welches uns dazu befähigen soll zu kämpfen oder zu fliehen. Je nach Alter der Kinder und Jugendlichen reichen die zur Verarbeitung solch überwältigender Erlebnisse zur Verfügung stehenden Bewältigungsmechanismen nicht aus, so dass die in der Bedrohungssituation entstandene neuronale (Über-)Erregung und die damit einhergehenden körperlichen Reaktionen nicht ausreichend abgebaut werden können.

Der Überschuss an neuronaler Erregungsenergie kann sich, sofern er nicht durch spezifische und zielgerichtete Unterstützung z.B. durch Bezugspersonen abgebaut werden kann, zu traumatischem Stress auswachsen, welcher in einer Reihe von belastenden Symptomen und Verhaltensweisen Ausdruck finden kann. Wie sich eventuell entstandene Belastungen identifizieren und interpretieren lassen, unterscheidet sich dabei sehr im Hinblick auf das Alter der betroffenen Kinder und Jugendlichen. Äußert sich traumatischer Stress beispielsweise bei Klein- und Vorschulkindern in Hyperaktivität, Wutausbrüchen, Lethargie, Regression auf frühere Entwicklungsstufen oder im ständigen Nachspielen des traumatischen Ereignisses, lässt sich hingegen bei Jugendlichen beobachten, dass sie nach solch einschneidenden Erlebnissen oftmals eine verminderte Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit zeigen, unter depressiven oder psychosomatischen Symptome leiden und vermehrt zu Verhaltensweisen wie Rückzug, Suchtmittelmissbrauch oder Aggression neigen.

Die Auswirkungen länger andauernder und sich wiederholender Erlebnisse, wie es beispielsweise beim rassistischen und antisemitischen Mobbing in der Schule der Fall ist, lassen sich oft nicht leicht erkennen, da die Kinder und Jugendlichen oftmals Scham empfinden oder glauben, das Verhalten ihnen gegenüber sei gerechtfertigt. Erfahren sie zudem, dass sie sich vertrauensvoll an Aufsichtspersonen gewandt haben, diese aber ihre Schilderungen anders interpretieren oder bagatellisieren, finden viele Kinder und Jugendliche nicht den Mut, sich mit ihren Erfahrungen erneut an jemanden zu wenden. Im Beratungssetting berichteten die Betroffenen beispielsweise davon, dass sogar manchmal eine Opferumkehr stattgefunden habe, indem gegen sie der Vorwurf erhoben worden sei, durch ihre Verhaltensweisen selbst solche Handlungen provoziert zu haben. Dabei verstärkt besonders die nicht erfahrene Unterstützung die Gefühle der Existenzbedrohung, welche durch Gefühle der Hilflosigkeit, des Entsetzens und oftmals auch der (Todes-)Angst begleitet werden. Schulunlust, Schulangst, aggressives Verhalten und depressive Symptome wurden als Folgen solcher Situationen durch die Betroffenen oder durch die Eltern der Betroffenen beschrieben.

»Unabhängig davon in welchen Kontexten Kinder und Jugendliche von rassistisch oder antisemitisch motivierten Diskriminierungen und Angriffen betroffen sind, so stellen sie für die Betroffenen meist einschneidende Erfahrungen dar, die ihr Grundvertrauen in die Umwelt, in die darin lebenden Menschen und in sich selbst meist grundlegend erschüttern.«

... VVD DESHALB MACHT 6:7 ?



DEIN VATER WAR
EIN DROGENDEALER !



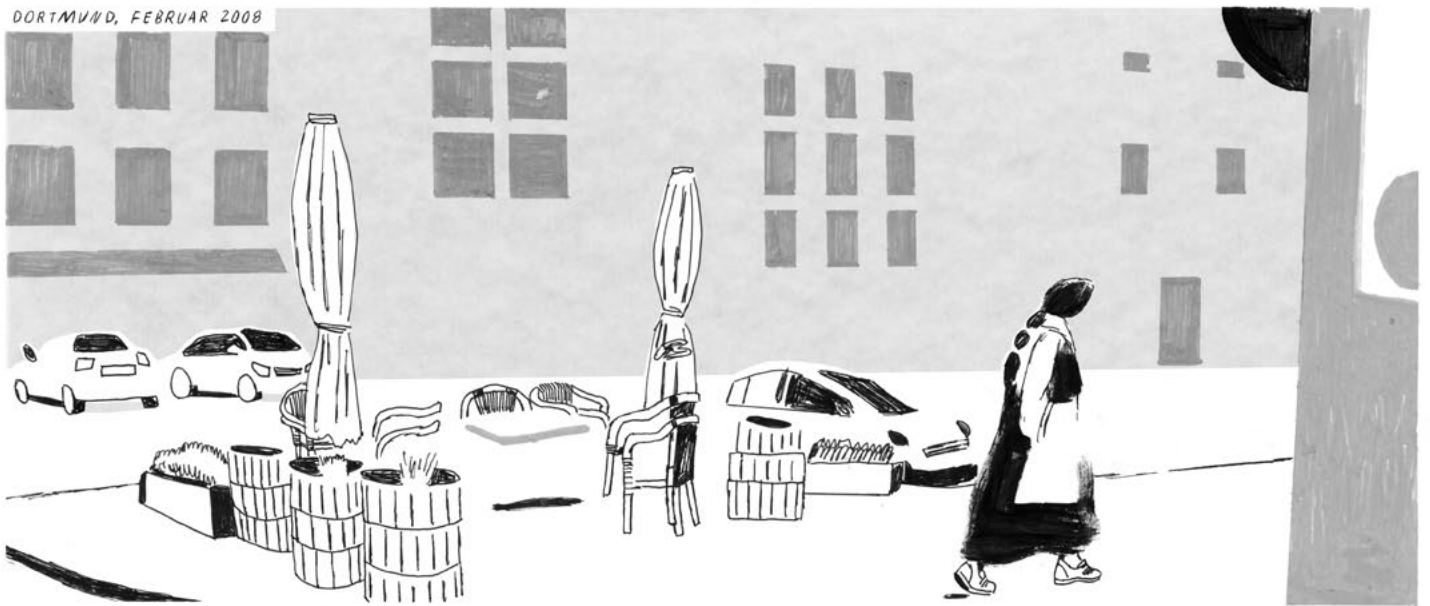
SAG MAL,
SPINNST DU ?!
ENTSCHULDIGE DICH !

NEIN.



WARUM NICHT ?





Was kann betroffenen Kindern und Jugendlichen helfen?

Zunächst ist es wichtig anzuerkennen, dass die betroffenen Kinder und Jugendlichen Erfahrungen machen mussten, die nicht akzeptabel sind und die transparent und ihren Motiven nach beim Namen genannt werden müssen. Im Rahmen der Psychoedukation, in welcher den Angehörigen und den Betroffenen erklärt wird, wie der psychische Apparat auf belastende Ereignisse reagiert, ist es besonders wichtig zu betonen und anzuerkennen, dass ihr nach so einschneidenden Erfahrungen gezeigtes Verhalten und die Palette ihrer Gefühlsreaktionen eine normale Reaktion auf ein oder mehrere unnormale Ereignisse darstellt. Eine grundlegende Voraussetzung für eine alters- und bedürfnisorientierte Beratung ist es zu eruieren, wie sich Belastungen bei dem betreffenden Kind oder dem/der Jugendlichen überhaupt äußern. Dabei sind vor allem die Verhaltensbeobachtungen nahestehender Personen von Bedeutung, aber je nach Alter und Ausdrucksmöglichkeiten können und sollten die Kinder und Jugendlichen selbst Raum finden, ihre Gefühle zu beschreiben. Wie eine bedürfnisorientierte Unterstützung der Kinder und Jugendlichen konkret ausgestaltet werden kann, ist sehr vom Alter und der kognitiven Entwicklung abhängig. Vereinfacht gesagt geht es aber vornehmlich darum, mittels Informationsvermittlung und konkreter Interventionen wieder Ruhe ins System zu bringen. Das neuronale Erregungslevel muss runterfahren, das heißt, Körper und Psyche müssen das Vertrauen darin zurückgewinnen, dass der/die Betroffene wieder in Sicherheit ist. Eltern können ihre Kinder unterstützen, indem sie die seit dem Ereignis auftretenden Verhaltensveränderungen erst einmal annehmen und den Blick darauf richten, dem Kind oder Jugendlichen Sicherheit zu vermitteln. Neben körperlicher Zuwendung, erklärenden und stärkenden Gesprächen, auch mittels altersangemessener Literatur zu den Themen Identität, Rassismus, Mobbing etc., kann das auch bedeuten, das Kind dazu zu ermutigen, gemeinsam eine Beratungsstelle wie beispielsweise KiDs („Kinder vor Diskriminierung schützen!“), OPRA, EOTO und/oder ReachOut aufzusuchen. Mittlerweile gibt es auch durch verschiedene Träger explizit für betroffene Kinder und Jugendliche entwickelte Workshops, in welchen sich (potentiell) betroffene Kinder und Jugendliche miteinander vernetzen und unter Anleitung gemeinsam Handlungsoptionen ausarbeiten. So hat ReachOut beispielsweise, gemeinsam mit KiDs und OPRA, schon seit 2017 eine Reihe an Workshops für betroffene Kinder- und Jugendliche und im Anschluss für deren Eltern konzipiert, welche durch die Teilnehmer*innen als sehr unterstützend erlebt wurden. Durch eine starke Vernetzung in den sozialen Medien gibt es mittlerweile auch eine Reihe an Onlinegruppen, in welchen sich Betroffene und deren Angehörige austauschen und stärken.

Fanden die Erlebnisse im institutionellen Kontext wie etwa Schule, Kita oder Verein statt, ist es für die Betroffenen essentiell, auch bezüglich der rassistischen oder antisemitischen Diskriminierungen, die sie erleben mussten, ernst genommen werden. Ein Sicherheits- bzw. Schutzkonzept, das sich daraus ableitet, müssen die Betroffenen nachvollziehen und verstehen können. Es geht darum, ihr Gefühl von Sicherheit zurückzubekommen. Insbesondere einem einfühlsamen Umgang der Lehrkräfte als primäre Bindungspersonen im schulischen Alltag kommt eine besondere Funktion

zu. Solidarität und Anerkennung durch die Lehrkräfte und ein altersgerechtes Einbeziehen und Mitwirken der Betroffenen als auch der Gruppe (Klasse, Verein), in welcher solche Erfahrungen gemacht wurden, ist für die Betroffenen oftmals ein wichtiger Faktor, um das Gefühl der Hilflosigkeit zu schmälern und das Gefühl der Selbstwirksamkeit zu erhöhen.

Eine der Fragen, die uns als Beratungsstelle immer wieder gestellt wird, ist, was das Wichtigste sei im Umgang mit Betroffenen. Die Antwort fällt meist simpel aus, auch wenn dahinter eine riesige Dimension zu stecken scheint: Wenn man sich den Betroffenen mit einem offenen Ohr zuwendet und sich nicht automatisch durch Schuldgefühle und Ängste in eine Abwehrhaltung begibt, ist schon sehr viel geholfen und erreicht!

Das Projekt OPRA (Psychologische Beratung für Opfer rechter, rassistischer & antisemitischer Gewalt) berät als psychologische Opferberatungsstelle seit dem Jahre 2003 unter der Trägerschaft von ARIBA e. V. Opfer von rassistisch, rechts und antisemitisch motivierten Straftaten, sowie deren Angehörige. Ziel ist es, eine niedrigschwellige, psychologisch fundierte, kurz- und mittelfristige als auch traumazentrierte Opferberatung für die genannten Opfergruppen anzubieten. Es geht darum, der Entwicklung und Aufrechterhaltung psychischer Langzeitfolgen aufgrund derartiger Gewalttaten entgegenzuwirken.

VERWEIGERUNG VON SCHUTZ UND BLEIBE- PERSPEKTIVEN

44

**Zu behördlichen Problematiken
für Geflüchtete in Berlin**

Manuel Armbruster, KuB e.V.

Die aufenthaltsrechtliche Situation von Geflüchteten 2018 ist durch eine Vielzahl von Gesetzesänderungen und Diskursen beeinflusst, die bereits ab Herbst 2015 auf den kurzen „Sommer der Migration“ folgten.* Nach einer kurzen Phase, in der das bisherige Grenz- und Migrationsregime in Europa zusammenbrach und neue Solidaritäten sichtbar wurden, gewannen sehr schnell antimigrantisch geprägte Politiken sowie rassistische Mobilisierung (wieder) die Vorherrschaft. Dies schlug sich in einer Vielzahl von Asylrechtsverschärfungen und neuen Maßnahmen zur Abschottung Europas nieder. Der Zugang nach Europa und zu fairen Asylverfahren wurde systematisch erschwert und ein angebliches Vollzugsdefizit bei Abschiebungen bestimmt bis heute die Debatte.

Im vorliegenden Artikel werden eine Auswahl verschiedener asyl- und aufenthaltsrechtlicher Problematiken sowie Fälle von Behördenversagen und -willkür beleuchtet, mit denen sich Betroffene an die Rechtsberatung der KuB gewandt haben und in denen sich aktuelle Entwicklungen, insbesondere Gesetzesänderungen und politische Diskurse, widerspiegeln. Hierdurch werden antimigrantisch geprägte Politiken und der strukturelle Rassismus bestehender Gesetze sowie des Behördenhandelns sichtbar gemacht.

Defizite im Asylverfahren

Ob eine Person entsprechend den geltenden Gesetzen ein Recht auf Asyl, Flüchtlingsschutz oder einen anderen Schutzstatus erhält, wird in der Regel durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Asylverfahren geklärt. Der Weg zu dieser Entscheidung führt in Berlin über das sogenannte Ankunftszentrum, wo die Erstregistrierung und Antragstellung sowie die eigentliche Anhörung stattfinden. Das Konzept der Ankunftszentren sieht vor, dass alle relevanten Behörden unter einem Dach vereint sind und die Unterbringung direkt in dem Ankunftszentrum erfolgt, so dass das Asylverfahren möglichst in wenigen Tagen durchgeführt und abgeschlossen werden kann. Problematisch am Konzept der Ankunftszentren sind die damit einhergehenden Schnellverfahren und die Unterbringung in einer Massenunterkunft.

Derartige Massenunterkünfte, unabhängig davon, ob sie Ankunftszentrum, AnKER-Zentrum (Ankunfts-, Entscheidungs- und Rückführungszentrum) oder Erstaufnahmeeinrichtung heißen, sind generell durch Enge, mangelnde Privatsphäre, Kontrolle und die Bevormundung durch das Sachleistungsprinzip gekennzeichnet. Diese Praxis resultiert nicht aus einer besonderen Notsituation oder einem Sachzwang, sondern wurde durch den Gesetzgeber mit dem Ziel der Abschreckung und Kontrolle bereits in den 1980ern und 1990ern gesetzlich festgeschrieben. Das Berliner Ankunftszentrum, wie es bis Dezember 2018 betrieben wurde, blieb jedoch noch hinter dem bundesweiten Standard zurück.

Untergebracht wurden die Schutzsuchenden in einem Hangar des ehemaligen Tempelhofer Flughafens. In der 20 Meter hohen Flugzeughallen wurden die Men-

* Unter den Begriff „Geflüchtete“ zählen hier alle Personen, die aus verschiedenen Gründen gezwungen sind, ihr Herkunftsland zu verlassen, und in Deutschland Asyl oder einen sonstigen humanitären Aufenthaltstitel beantragt haben. Hierzu zählen Menschen im Asylverfahren, anerkannte Schutzberechtigte, aber auch Personen, die nach einer Ablehnung ihres Asylantrages nur geduldet sind. Der Begriff „Flüchtling“ wird hier ausschließlich für einen bestimmten Rechtsstatus verwendet. Weiterführende Erklärungen zu den verschiedenen Begrifflichkeiten und Regelungen des Asyl- und Aufenthaltsrechts sind in dem „Ratgeber für Geflüchtete in Berlin“ des Berliner Flüchtlingsrates zu finden. Online abrufbar unter: www.fluechtlingsrat-berlin.de/recht_und_rat/ratgeber-fuer-gefuechteste-in-berlin/

schen in 25m² großen Schlafparzellen mit je 6 Doppelstockbetten untergebracht. Die aus Messestellwänden errichteten, nach oben offenen Parzellen hatten anstelle einer Tür nur einen Stoffvorhang. In den Hangars herrschte ein dauerhaft hoher Lärmpegel. Zwar wurden Sanitäreanlagen nachgerüstet, die Zustände blieben aber weiterhin prekär. Security-Personal war Tag und Nacht überall präsent. Am Zugang zum Hangar fand eine Durchsuchung statt. Während die Asylsuchenden unter derartigen Bedingungen im Hangar übernachteten mussten, fand für die meisten das alles entscheidende Asylinterview beim BAMF statt. Nach vielfachem Protest wurde der Hangar als Unterkunft endlich geschlossen. Seither wurde die frühere Kaserne in der Schmidt-Knobelsdorf-Straße in Spandau für die Unterbringung genutzt. Ende April 2019 folgte ein erneuter Umzug der Unterkunft auf das Gelände der ehemaligen Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik in Wittenau.

Aufgrund gravierender Mängel in der Organisation des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF) und fehlendem Personaleinsatz im Bereich der Registrierung, kam es im Laufe des Jahres 2018 mehrfach zu Verzögerungen, so dass Asylsuchende gezwungen waren, anstatt der vorgesehenen zwei bis drei Tage, über mehrere Wochen im Hangar zu verbleiben. In dieser Zeit wurde der Zugang zu Krankenbehandlung und Sozialleistungen verwehrt, und an die Bewohner*innen des völlig überbelegten Hangars wurden keine ausreichend warmen Bettdecken ausgegeben. Trotz stabiler Zugangszahlen an Asylsuchenden von etwa 700 Personen monatlich, herrschten über mehrere Monate Zustände, die an das LAGeSo-Chaos im Jahr 2015 erinnerten.

Nahm man bis zur Einführung des Ankunftsentrums 2016 noch eine Verfahrensdauer von bis zu zwei Jahren bis zur Erstscheidung in Kauf, so soll seither innerhalb von wenigen Tagen angehört und entschieden werden. Dies führt dazu, dass Asylsuchende vielfach bereits am zweiten oder dritten Tag ihrer Ankunft durch das BAMF zu ihren Fluchtgründen befragt werden. Den Betroffenen bleibt in diesen Schnellverfahren keine Zeit anzukommen und zur Ruhe zu finden oder sich zu orientieren, geschweige denn unabhängige Beratungsstellen, Anwält*innen oder medizinische Fachdienste aufzusuchen. Dies wäre jedoch dringend erforderlich, um die Fluchtgründe in der Anhörung adäquat vortragen zu können und einen besonderen Schutzbedarf geltend zu machen. Da dies nicht erfolgt, werden wesentliche rechtsstaatliche Verfahrensgarantien missachtet und es kommt zu fehlerhaften Entscheidungen des BAMF. Die deutliche Verkürzung der Verfahrensdauer des Asylverfahrens auf wenige Monate bleibt zudem eine Augenwischerei, da diese mit einer Verlagerung des Asylverfahren auf die Gerichte einhergeht, wenn Betroffene sich gegen die fehlerhaften Bescheide des BAMF wehren. Dies führt dazu, dass viele Asylsuchende auch weiterhin mehrere Jahre abwarten müssen, bis über ihren Asylantrag verbindlich entschieden wurde.

Neben der Beschneidung der Verfahrensrechte ist es vor allem die politische (Neu-)Bewertung der Verfolgung- und Bedrohungslage in einigen Herkunftsländern durch das BAMF, die dazu führte, dass die Gesamtschutzquote 2018 gegenüber dem Vorjahr erneut gesunken ist, wobei noch immer in 50,2 % aller inhaltlich geprüften Asylverfahren ein Schutzstatus durch das BAMF zugesprochen wurde. Hinzu kommen Gerichtsurteile, die rund ein Drittel aller inhaltlich geprüften Entscheidungen korrigierten. Dies stellt eine beachtliche Fehlerquote dar, die in Anbetracht dessen, dass es bei vielen Schutzersuchen um Leben und Tod gehen kann, nicht hinnehmbar ist. In der gesellschaftlichen und politischen Debatte findet dies jedoch erschre-

ckend wenig Beachtung. Vielmehr wurde der Diskurs bestimmt von angeblichen Vollzugsdefiziten bei der Abschiebung von Ausreisepflichtigen und durch die Dif-famierung von Unterstützer*innen, Beratungsstellen, Ärzt*innen, Anwält*innen als Teil einer „Anti-Abschiebe-Industrie“ (Alexander Dobrindt, CSU). Die Nutzung des grundlegenden rechtsstaatlichen Prinzips auf Rechtsschutz (Art. 19 Abs. 4 Grundgesetz) wird von einem wichtigen Politiker einer Regierungspartei in Frage gestellt und in eine Sabotage des Rechtsstaates umgedeutet. Dies zeigt beispielhaft die deutliche Verschiebung des politischen Diskurses nach rechts. Rechtsstaatlichkeit und zivilgesellschaftliche Solidarität werden im Sinne einer antimigrantisch geprägten Politik delegitimiert und kriminalisiert.

Am Beispiel von Geflüchteten aus Afghanistan

Wie wichtig rechtlicher Beistand und zivilgesellschaftlicher Widerstand gegen anti-migrantische (Regierungs-)Politiken ist, zeigt sich besonders deutlich am Umgang mit Asylsuchenden aus Afghanistan. Obwohl sich die Sicherheitslage in Afghanistan nicht gebessert und in einigen Provinzen gar verschlechtert hat, sank die Schutzquote von 78 % im Jahr 2015 auf 52 % im Jahr 2016 und bewegt sich seither um diesen Wert. Diese Praxis des BAMF wird jedoch keineswegs von allen geteilt. Laut Pro Asyl wurden 58 % der ablehnenden Bescheide von Afghan*innen im Jahr 2018 von den Gerichten korrigiert und die Betroffenen erhielten einen Schutzstatus.

Die veränderte Anerkennungspraxis durch das BAMF folgt einer politischen Neubewertung der Lage durch das dem BAMF übergeordnete Bundesinnenministerium. Dieses hat weniger die tatsächliche Sicherheitslage vor Ort im Blick, sondern vielmehr eine reine Abschreckungsstrategie. Durch Ablehnungen, verlängerte Asylverfahren, Unsicherheit und punktuelle Abschiebungen sollen sogenannte pull-Faktoren reduziert und schutzsuchende Afghan*innen vor einer Flucht nach Deutschland abgeschreckt und bereits hier lebende zur „freiwilligen Ausreise“ bewegt werden. Indem der Klageweg beschritten werden muss, verlängert sich das Asylverfahren für die Betroffenen um teils mehrere Jahre.

Durch den prekären Status unterliegen die Betroffenen verschiedenen Restriktionen, und diverse Förderinstrumente der sozialen Teilhabe bleiben ihnen verwehrt. Hinzu kommt die Angst vor einer möglicherweise drohenden Abschiebung. Das Land Berlin hat zwar aufgrund der besonderen Gefahrenlage in Afghanistan de facto einen Abschiebestopp verhängt. Dies bietet der überwiegenden Mehrzahl an Geflüchteten ohne Schutzstatus zumindest temporär einen Schutz vor Abschiebung, zugleich hängen die Betroffenen jedoch über Jahre in dem prekären Status der Duldung fest. Der Abschiebestopp gilt jedoch nicht für Straftäter*innen und sogenannte „Gefährder*innen“. Aus menschenrechtlichen Gesichtspunkten ist dies äußerst fragwürdig. Weit häufiger kommt es durch das Land Berlin zu Rückführungen von Afghan*innen in ein anderes europäisches Land im Rahmen der Dublin III-Verordnung. Gemäß dieser europäischen Verordnung ist der Vertragsstaat für die Durchführung des Asylverfahrens verantwortlich, der die Einreise nach Europa nicht verhindert bzw. diese zugelassen hat. Dies betrifft sowohl Schutzsuchende, die bei

»Durch den prekären Status unterliegen die Betroffenen verschiedenen Restriktionen, und diverse Förderinstrumente der sozialen Teilhabe bleiben ihnen verwehrt. Hinzu kommt die Angst vor einer möglicherweise drohenden Abschiebung.«

KASSEL, 6. MAI 2006



Kein 10. Opfer

Wie viele müssen noch sterben,
damit die Täter gefasst werden?

YALNIZ DEĞİLSİNİZ

Toleranz ist nicht legitimiert

der Durchreise durch einen anderen europäischen Staat aufgegriffen und registriert wurden, als auch Personen, deren Asylantrag in dem anderen Staat abgelehnt wurde. Dem zweiten Personenkreis droht somit eine sogenannte Kettenabschiebung nach Afghanistan über den „zuständigen“ Mitgliedsstaat. Eine inhaltliche Prüfung der Asylgründe durch das BAMF findet nicht statt, da das Asylverfahren in dem anderen Mitgliedsstaat nicht in Frage gestellt wird, obwohl die Anerkennungsquoten von Geflüchteten aus Afghanistan je nach Mitgliedsstaat enorm variieren: Die Spanne reicht von 24 % in Bulgarien bis 98,4 % in Italien. Auch bezüglich der Durchführung von Abschiebungen nach Afghanistan zeigt sich europaweit ein uneinheitliches Bild.

Abschiebung vs. Bleiberecht

Entgegen der vielbeschworenen „Willkommenskultur“ im „Sommer der Migration“ wird von den Protagonist*innen einer antimigrantischen Politik eine „neue Abschiebekultur“ gefordert und in einer nicht abreißen wollenden Flut von Gesetzesverschärfungen niedergeschrieben. Um zu skandalisieren und hiermit Mehrheiten zu mobilisieren, wird in der Argumentation auf ein angebliches Vollzugsdefizit bei Abschiebungen abgestellt, indem die Zahl der abgelehnten Asylsuchenden oder wahlweise die der vollziehbar Ausreisepflichtigen der Zahl an Abschiebungen gegenübergestellt wird. Dies verkennt jedoch, dass es bei einer Vielzahl der Personen, die statistisch als vollziehbar ausreisepflichtig erfasst werden, verschiedenste Gründe vorliegen, die einer Abschiebung entgegenstehen. Dies können individuelle Gründe sein, wie etwa eine bevorstehende Geburt, die Aufnahme einer Ausbildung oder wie am Beispiel Afghanistans die bedrohliche humanitäre Lage. Viele der 12.605 ausreisepflichtigen Personen in Berlin sind bereits seit vielen Jahren geduldet und fest in der Stadt verankert. Trotz einer Vielzahl gesetzlicher Restriktionen wird die Mehrheit dieser Personen über kurz oder lang aus humanitären oder familiären Gründen ein Aufenthaltsrecht erlangen oder durch die Ausbildungsduldung einen sogenannten Spurwechsel hin zu einem Aufenthalt zum Zwecke der Beschäftigung erreichen. So haben beispielsweise annähernd so viele ehemals Ausreisepflichtige eine Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen außerhalb des Asylverfahrens erhalten, wie derzeit ausreisepflichtig sind, nämlich 11.600 Personen. Nichtsdestotrotz werden aus Berlin regelmäßig Personen abgeschoben. Im Jahr 2018 waren laut Auskunft der Senatsverwaltung für Inneres und Sport insgesamt 1.182 Personen betroffen. Hiervon sind 819 Personen in ihren Herkunftsstaat zurückgeführt und 347 Person im Rahmen der Dublin-III-Verordnung in einen anderen Mitgliedsstaat der EU überstellt worden.

Vielen ist ein Bleiberecht und damit eine gesicherte Aufenthaltsperspektive aufgrund der bundesgesetzlichen Regelungen, aber auch aufgrund der Behördenpraxis der Berliner Ausländerbehörde, auf längere Zeit verwehrt. Gemäß der bestehenden Regelung haben Familien nach sechs Jahren und Alleinstehende sogar erst nach acht Jahren unter bestimmten Voraussetzungen die Möglichkeit ein Bleiberecht zu erlangen. Dieser Zeitraum ist viel zu lang bemessen angesichts der verschiedenen rechtlichen und sozialen Ausschlüsse, die mit dem prekären Status der Duldung verbunden sind. Der Zugang zu Sprachkursen ist nicht vorgesehen und der Zugang zum Arbeitsmarkt ist nur eingeschränkt erlaubt oder je nach Personengruppe sogar völlig verwehrt. Dies führt zu der paradoxen Situation, dass für

ein Bleiberecht einerseits eine „nachhaltige Integration“ vorausgesetzt wird, aber die Personen zugleich einer staatlich erzwungenen Desintegration und Entrechtung unterliegen. Somit besteht die Praxis der Kettenduldung weiter fort, so dass die Betroffenen über viele Jahre mit dem unsicheren Status der Duldung, der jeweils nur für ein paar Monate verlängert wird, leben müssen.

Die seit Dezember 2016 regierende rot-rot-grüne Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, eine noch bleiberechtsfreundlichere Auslegung und Anwendung des Aufenthaltsrechts umzusetzen, so dass langjährig geduldete Personen vermehrt eine Bleibeperspektive in Berlin erhalten. Hierzu wurden vielversprechende Prozesse unter Beteiligung der Zivilgesellschaft angestoßen, die bislang jedoch noch keine verbindlich niedergeschriebenen Regelungen oder in der Praxis merklich wirkenden Fortschritte nach sich gezogen haben. Das so entstandene und im Dezember 2018 veröffentlichte Gesamtkonzept Partizipation und Integration des Berliner Senats bleibt zum Themenfeld Bleiberecht vage und vieles, was von der Zivilgesellschaft, wie etwa dem Flüchtlingsrat, dem Migrationsrat oder der KuB eingebracht wurde, findet sich nicht wieder.

Noch immer erfolgt durch Mitarbeitende der Ausländerbehörden in der Regel keine Aufklärung über Möglichkeiten der Aufenthaltsverfestigung, so dass gesetzliche Regelungen trotz Vorliegen der Voraussetzungen nicht genutzt werden können. Ohne Interventionen von Unterstützer*innen, Beratungsstellen oder Anwälte*innen werden Betroffenen oft ihre Rechte verwehrt oder die Titelerteilung zumindest verzögert und erschwert.

Die bundespolitische Fokussierung auf Abschiebung und die Einstufung bestimmter Länder als „sichere Herkunftsstaaten“ hat außerdem zur Folge, dass Personen abgeschoben werden, die nur noch wenige Monate vor sich hatten, bis sie von der Bleiberechtsregelung profitiert hätten. Da die Abschiebung letztlich durch die Ausländerbehörde festgesetzt wird, hätte das Land Berlin einen Ansatzpunkt, langjährig Geduldeten eine Bleibeperspektive zu eröffnen. Dies könnte zudem durch eine großzügigere Anwendung des Härtefallverfahrens erreicht werden. Derartige Fälle scheitern bislang aber auch im Rahmen der Härtefallkommission am Votum des Innensensors.

In Anbetracht einer Vielzahl bundesgesetzlicher Regelungen, die 2019 vom Gesetzgeber erlassen werden sollen, werden sich die oben beschriebenen Problematiken für viele Geflüchtete noch weiter verschärfen. Das Land Berlin könnte im Rahmen der gegebenen Spielräume den Zugang zu unabhängiger Beratung vor der Asylantragstellung sicherstellen und Bleibeperspektiven stärken. Die Bilanz der bisherigen Umsetzung lässt jedoch Zweifel aufkommen, ob die rot-rot-grüne Landesregierung ihre im Koalitionsvertrag niedergelegten Grundsätze entschieden und wirksam vertritt.

Die Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KuB) ist ein selbstorganisiertes Projekt in Berlin Kreuzberg, das bereits seit über 35 Jahren rechtliche Beratung, Deutschkurse sowie weitere kostenlose Unterstützungsangebote anbietet. Die Angebote richten sich an alle sogenannten Drittstaatsangehörige. Der Fokus liegt hierbei vor allem auf Menschen mit Fluchterfahrungen und in prekären aufenthaltsrechtlichen Lagen. Die KuB vertritt den Standpunkt, dass allen Menschen ein sicherer Aufenthaltsstatus sowie politische, soziale und ökonomische Gleichberechtigung zustehen.



KENNST DU MICH?



NEIN.

ABER ICH KENNE DICH.

DEINEM VATER IST GENAU DASSELBE PASSIERT WIE MEINEM.



WIE LANGE IST ER SCHON TOT?

SEIT SECHS JAHREN.



ABER DEINER KÖNNTE NOCH AM LEBEN SEIN.





AUF DEM WEG ZUR AUTORI- TÄREN FORMIERUNG

54

**Angriffe auf die demokratische
Zivilgesellschaft**

Judith Heinmüller und Hamid Mohseni (MBR)

Rechtspopulist_innen wie die „Alternative für Deutschland“ (AfD) beklagen sich immer häufiger, zivilgesellschaftliche Akteur_innen seien politisch nicht „neutral“.* In der Regel geht dies einher mit der Forderung, dass diese Akteur_innen sich „neutral“ zu verhalten haben, womit letztendlich ein Abrücken von bestimmten Positionen gemeint ist – insbesondere von solchen, die sich kritisch mit Rechtspopulismus und Rechtsextremismus im Allgemeinen und mit der AfD im Besonderen auseinandersetzen. Das kurzfristige Ziel dieser Forderung ist, die betroffenen Akteur_innen in ihrem Engagement zu verunsichern und dazu zu bewegen, klare Positionierungen zurückzunehmen oder von vornherein zu vermeiden. So sollen politische Gegner_innen eingeschüchtert und eine offensive Parteinahme für eine plurale Gesellschaft zurückgedrängt werden.

Doch die Anfeindungen gegen demokratisch Engagierte gehen längst darüber hinaus – die betroffenen Projekte, Vereine und Institutionen sollen nicht nur ihre Kritik einstellen, vielmehr wird ihre Existenz grundlegend infrage gestellt. Parlamentarische Initiativen zur Kürzung oder Streichung von Fördermitteln richten sich gegen ihre finanzielle Absicherung, begleitet von einer öffentlichen Diffamierung und Diskreditierung ihrer Arbeit mit dem Ziel, Zweifel am gesellschaftlichen Stellenwert ihrer Arbeit zu streuen und den politischen Rückhalt bis hin zu den Fördermittelgeber_innen zu schwächen.

Die Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft sind zu einem rechtspopulistischen Identitätsthema geworden und stehen für den Kampf gegen die offene Gesellschaft insgesamt. Es geht um nichts weniger als „die Eroberung der kulturellen Deutungshoheit“¹, um die emanzipatorischen kulturellen und sozialen Veränderungen, die etwa 1968 erstritten wurden, rückgängig zu machen oder gar in ihr Gegenteil zu verkehren.

Von den Angriffen betroffen ist – sowohl bundesweit als auch in Berlin – die ganze Bandbreite gesellschaftlicher Akteur_innen, die sich für diese Errungenschaften einsetzen: Bildungsstätten und Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Stadtteilzentren, Gewerkschaften und Selbstorganisationen von Migrant_innen, Theater und Kulturstätten, Demokratieprojekte, Menschenrechtsorganisationen und viele mehr. Dabei besteht eines der „wichtigsten und langfristigen politischen Ziele“ der Rechtspopulist_innen darin, im Kampf gegen den „Linksextremismus“ staatlich geförderte Projekte zu „zerschlagen“ und ihre „Alimentation“ zu beenden, wie es in einem internen Papier des AfD-Landessprechers in Mecklenburg-Vorpommern heißt.

Feindbild offene Gesellschaft

Mit dieser Partei in Regierungsverantwortung ist davon auszugehen, dass es keine staatliche Unterstützung von zivilgesellschaftlichem Einsatz gegen Rechtsextremismus mehr geben würde, aber auch keine Förderung von inklusiven, feministischen und rassismuskritischen Ansätzen in der Jugendarbeit und in der politischen Bildung insgesamt. Staatliche Institutionen wären dazu angehalten, eine kritische

* Im Folgenden werden die Begriffe „Neutralität“ und „neutral“ meistens in Anführungszeichen gesetzt. Damit soll verdeutlicht werden, dass sie seitens rechtspopulistischer Akteur_innen verschieden ausgelegt und instrumentalisiert werden, um sie gegen engagierte Demokrat_innen einzusetzen.

Auseinandersetzung mit antidemokratischen Tendenzen und minderheitenfeindlichen Positionen einzustellen und „deutsche Leitkultur statt Multikulturalismus“ zu vermitteln, wie es im AfD-Grundsatzprogramm heißt. Autoritärer Politik, die ein homogenes Volkskonzept verfolgt, sind all jene Kräfte Feinde, die sich für plurale Gesellschaftsentwürfe einsetzen.

Das langfristige Ziel einer solchen Diffamierungsstrategie ist, durch die kontinuierliche Diskreditierung zivilgesellschaftlichen Engagements als „ideologisch“ oder gar „linksextrem“ nicht nur die betroffenen Akteur_innen unter Druck zu setzen, sondern die Verunsicherung auch auf weitere Projekte und Einrichtungen zu erstrecken sowie auf die zuständigen Verwaltungsstrukturen, Kooperationspartner_innen, Fördermittelgeber_innen und politischen Entscheidungsträger_innen. Das ist häufig indirekt wirksam: Auch, wenn den Forderungen der Rechtspopulist_innen auf Seiten der Mittelgeber_innen nicht zugestimmt wird, kann es bei den Geförderten zu einer vorsorglichen Einschränkung des eigenen Aktionsradius kommen, etwa zu einer weniger offensiven Positionierung oder Unterstützung von Betroffenen, um möglichst keine Angriffsfläche zu bieten. **Je stärker die Diskursmacht der Rechtspopulist_innen wird und der Rückhalt für die betroffenen Akteur_innen schwindet, umso wahrscheinlicher wird es, dass sich einige Positionen dann auch gesellschaftlich durchsetzen.** Bereits jetzt scheinen die Rechtspopulist_innen laut Michael Sturm „als unsichtbarer Akteur [...] vielfach mit am Tisch zu sitzen“ – auch ohne eine einzige Regierungsbeteiligung.

Anfeindung auf mehreren Ebenen

Im Januar 2018 veröffentlichte die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) einen Text unter dem Titel „Diffamierung zivilgesellschaftlichen Engagements als rechtspopulistische Strategie“. Der Text zeichnet nach, wie vor allem in parlamentarischen Anfragen im Berliner Abgeordnetenhaus (AGH) sowie in einzelnen Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) staatlich geförderte Projekte in die Nähe des „Linksextremismus“ gerückt werden. Bereits in diesen Anfragen spielte der Vorwurf einer mangelnden „Neutralität“ eine entscheidende Rolle in der Argumentation der AfD. Die Diffamierung der demokratischen Zivilgesellschaft lässt sich als eine bundesweite Strategie beschreiben, die inzwischen weit über den parlamentarischen Raum hinausreicht.

Auch wenn die Anfeindungen auf verschiedenen Ebenen erfolgen, spielen parlamentarische Anfragen als Mittel der Diffamierung weiterhin eine wichtige Rolle. Sie werden genutzt, um an mehr Detailinformationen zur Arbeit von Einrichtungen zu gelangen, und sind häufig Ausgangspunkt weiterer, zumeist kleinteiliger Kampagnen. Dabei zeigt sich nicht selten, dass bereits eigenständige Recherchen zu den Einrichtungen, zu Veranstaltungen und zum Personal angestellt wurden. Mitarbeiter_innen werden zunehmend auch namentlich in den Fokus gerückt. Das löst bei den Betroffenen erhebliche Unsicherheit aus. Häufig wird bei staatlich finanzierten Projekten die Zweckmäßigkeit und/oder Höhe der Förderung angezweifelt. So entsteht nicht nur ein großer Rechtfertigungsdruck gegenüber den Geldgeber_innen, sondern auch erheblicher Verwaltungsaufwand für diese, der durch erforderliche Zuarbeiten die Arbeit in Initiativen und Projekten lähmen kann.

»Die Angriffe auf die demokratische Zivilgesellschaft sind zu einem rechtspopulistischen Identitätsthema geworden und stehen für den Kampf gegen die offene Gesellschaft insgesamt.«



Neben unzähligen kleinen Anfragen wird auch mithilfe eigener parlamentarischer Anträge die Finanzierung von Einrichtungen infrage gestellt. So forderte 2017 die Berliner AfD im Zuge der Haushaltsverhandlungen die Kürzung der Mittel des Friedrichstadt-Palastes, da sich der Intendant deutlich gegen die Partei positioniert hatte. Der Theaterintendant erlebte nach seiner Positionierung nicht nur massive Hetze in den sozialen Medien, ein Abgeordneter der AfD argumentierte auch, die Kürzung solle ihm Gelegenheit geben, sein Demokratieverständnis zu überdenken.²

Zunehmend werden von der AfD weitere verfassungsrechtlich verbrieft Befugnisse von Abgeordneten als Mittel der Informationsbeschaffung eingesetzt. Hierzu gehört der Antrag auf Akteneinsicht beim Zuwendungsgeber, wodurch mitunter auch der Einblick in sensible, personenbezogene Daten einzelner Beschäftigter gelingt. Ein ähnlicher Einblick ist auch durch eine Auskunft beim Vereinsregister möglich. Für (potentiell) betroffene Vereine und Fördermittelempfänger_innen kann es sinnvoll sein, vor diesem Hintergrund zu prüfen, welche Daten jeweils hinterlegt sind und ob alle notwendigen Maßnahmen des Datenschutzes ergriffen wurden.

Jenseits der offiziellen Wege kann es auch zu informellen Anfragen durch einzelne rechtspopulistische Abgeordnete kommen, die unter Berufung auf ihr Mandat bestimmte Unterlagen bei öffentlich finanzierten Einrichtungen anfordern. Auch wenn die Einrichtungen in diesem Fall in der Regel nicht auskunftspflichtig sind, können entsprechende Kontaktversuche bei den Betroffenen zu vorschnellem Handeln führen. Hier empfiehlt es sich, wie auch in allen anderen Fällen, Ruhe zu bewahren und – gegebenenfalls unter Hinzuziehung von Jurist_innen oder Fördermittelgeber_in – zunächst zu prüfen, ob eine Auskunft tatsächlich erfolgen muss.

Engagierte unter Druck

Die Sorgen und Ängste der Betroffenen im Hinblick auf ihre persönlichen Daten, besonders Privatadressen, sind nicht unbegründet. Im September 2018 schlug der Fall rund um den Blogger Schlecky Silberstein hohe Wellen, als im Nachgang eines Satire-Videos zu den rechten Aufmärschen in Chemnitz vor der Haustür seines Kollegen ein Berliner AfD-Abgeordneter gemeinsam mit einem Kameramann auftauchte und das Klingelschild filmte. Das Video mit den Adressdetails wurde anschließend im Netz veröffentlicht, woraufhin der Künstler umgehend antisemitische Morddrohungen erhielt³. Immer häufiger müssen engagierte Einzelpersonen und Projekte erleben, wie die öffentlichkeitswirksamen Diffamierungsversuche der Rechtspopulist_innen ihre Wirkung auch im außerparlamentarischen Raum entfalten. So berichten Betroffene beispielsweise von einer Zunahme an Beleidigungen und Bedrohungen gegen ihre Einrichtungen oder einzelne Mitarbeitende in den sozialen Medien, per E-Mail oder am Telefon. Die Situation kann sich mitunter auch dadurch verschärfen, dass nicht nur rechte Medien die Vorwürfe und Unterstellungen der Rechtspopulist_innen aufgreifen und unkommentiert wiedergeben.

Die Anfeindungen der Rechtspopulist_innen gehen nicht selten mit Versuchen einher, persönliche Zusammentreffen mit Vertreter_innen von Projekten und Einrichtungen zu bewirken, etwa durch den (angekündigten) Besuch von Veranstaltungen, durch Raumanfragen oder die Bitte um Gesprächstermine. Vielfach wird hierbei von rechtspopulistischen Mandatsträger_innen der Eindruck erweckt, dass

ihnen der Zutritt zu staatlich geförderten Einrichtungen aufgrund ihres Amtes in keinem Fall versagt werden darf. Wie genau ein solches grundsätzliches Betretungsrecht begründet wird, bleibt jedoch in der Regel unklar. Tatsächlich stellt sich die rechtliche Situation je nach Einzelfall ganz unterschiedlich dar und steht häufig im Zusammenhang mit der Frage, inwiefern ein Besuch für die Ausübung von Amt und Mandat tatsächlich notwendig ist. Eine juristische Beratung sowie gründliche Vorbereitung kann den Betroffenen hier Handlungssicherheit verschaffen.

Viele der genannten Strategien werden genutzt, um sich als Opfer vermeintlich undemokratischer Ausgrenzung zu inszenieren. Für die Einrichtungen, ihre Mitarbeitenden und Nutzer_innen stellt die Aussicht auf eine direkte Konfrontation mit Funktionsträger_innen einer rechtspopulistischen Partei häufig eine große Belastung dar, die auch als Eingriff in Schutzräume für diejenigen empfunden werden kann, die von den diskriminierenden Äußerungen und Positionen in Politik und Gesellschaft unmittelbar betroffen sind.

Die Erfahrungen in Berlin zeigen auf, dass die Forderung nach „Neutralität“ nur ein Element innerhalb einer umfassenderen rechtspopulistischen Strategie ist. Diese verfolgt in den Worten des Pankower Bezirksverbandes der AfD ein klares Ziel: „Der Tag wird kommen, an dem wir diesen ganzen ökokommunistischen Sumpf trockenlegen“. Einzelpersonen, Projekte und Vereine, die mit ihrer täglichen Arbeit für die Einhaltung von Menschenrechten und demokratischen Prinzipien eintreten, geraten zunehmend unter Druck und müssen sich für ihr selbstverständlich geglaubtes Engagement rechtfertigen. Da die Rechtspopulist_innen für ihre Difamierungsversuche sämtliche Mittel einsetzen, die ihnen auch durch einen zunehmenden Gewinn an politischer Macht zur Verfügung stehen, sind insbesondere öffentlich geförderte Einrichtungen dabei mit Anfeindungen auf verschiedenen Ebenen konfrontiert.

Gemeinsam standhalten

Dass eine Kritik an diskriminierenden und antidemokratischen Positionen (auch innerhalb von Parteien) in der rechtspopulistischen Argumentation bereits als „linksextrem“ und „nicht neutral“ gilt, wirft Fragen über das Demokratieverständnis auf. Die Begriffe von „Neutralität“ und „Meinungsfreiheit“ werden auf solche Weise instrumentalisiert, dass in der Folge Meinungsäußerungen zu politischen Parteien beinahe unmöglich erscheinen, während der Widerspruch gegen minderheitenfeindliche Aussagen als „Zensur“ gilt. In beiden Fällen gelingt es den Rechtspopulist_innen, sich als Opfer vermeintlich undemokratischer Ausgrenzung zu inszenieren und nicht selten Fragen im Hinblick auf bestimmte Begrifflichkeiten sowie zur Rechtslage aufzuwerfen.

Wie verschiedene Expertisen zu diesem Thema zeigen, verlangt die Frage nach einer Notwendigkeit zur politischen Neutralität von staatlichen Stellen einerseits und öffentlich geförderter Zivilgesellschaft andererseits in der Tat nach einer differenzierten Antwort. Einschlägige Präzedenzfälle fehlen bislang. Ein juristisches Gutachten, welches vom Bundesverband Mobile Beratung e.V. und weiteren zivilgesellschaftlichen Trägern in Auftrag gegeben wurde, verweist jedoch auf verhältnismäßig weite Grenzen der Äußerungsmöglichkeit für Nichtregierungsorganisationen. Im Einzel-

fall kann es für betroffene Projekte und Verwaltungsstrukturen ratsam sein, die eigene Handlungs- und Argumentationssicherheit durch eine fachgerechte juristische Einschätzung zu stärken. Die Frage der „Neutralität“ verlangt jedoch nicht nur nach einer juristischen Antwort; vielmehr sind der Begriff und seine Auslegung aktuell in der gesellschaftspolitischen Auseinandersetzung insgesamt umkämpft, wie sich unter anderem an Diskussionen rund um die Bedeutung des Beutelsbacher Konsenses in der politischen Bildung zeigt.

Das Vorgehen der Rechtspopulist_innen gegen die demokratische Zivilgesellschaft stellt die Betroffenen vor eine Vielzahl an Herausforderungen. In der Auseinandersetzung mit diesen empfiehlt es sich vor allem, nicht die Ruhe zu verlieren, sondern mit kühlem Kopf und gegebenenfalls juristischem Rat die geeigneten Argumentations- und Handlungsmöglichkeiten zu finden. Hierbei kann es sinnvoll sein, im Verbund mit anderen Betroffenen zu agieren und im besten Fall in Rücksprache mit den Fördermittelgeber_innen solidarische Antworten zu finden. Für individuelle Beratungen kann auf die Unterstützung von Fachprojekten wie der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus zurückgegriffen werden.

1 Speit, Andreas: Kriminalisierung der Antifa. Die AfD wirkt. In: Taz online: www.taz.de/Kriminalisierung-der-Antifa/15583111/ (05.04.2019).

2 Berliner Zeitung: Wegen Brandbrief des Theater-Chefs: AfD will Mittel für Friedrichstadt-Palast kürzen. In: <https://www.berliner-zeitung.de/berlin/wegen-brandbrief-des-theater-chefs-afd-will-mittel-fuer-friedrichstadt-palast-kuerzen-28553358> (09.10.2017).

3 Silberstein, Schlecky: Ein Hauch von '33 – Und plötzlich stehen sie vor deiner Tür. In: www.schleckysilberstein.com/2018/09/ein-hauch-von-33-und-plotzlich-stehen-sie-vor-deiner-tur (17.09.2018).

Die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR) ist Anlaufstelle für alle Menschen, die sich in der Stadt für eine menschenrechtsorientierte und demokratische Alltagskultur einsetzen. Seit 2001 berät die MBR bei konkreten rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen und rechtspopulistischen Herausforderungen in ihren verschiedensten Erscheinungsformen und begleitet die langfristige Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen überall dort, wo sie auftreten.

DIE KUNST BLEIBT FREI!

62

Interview mit DIE VIELEN

Am 9. November 2018 wurde die von über 100 Kulturinstitutionen unterzeichnete „Berliner Erklärung der VIELEN“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Die Erklärung äußert sich zu zunehmenden Anfeindungen gegen Kunst und Kultur durch Rechtsextreme und Rechtspopulist_innen und bildete zugleich den Auftakt der Mobilisierung zur „Glänzenden Demonstration der Kunst und Kultur - Solidarität statt Privilegien“ im Mai 2019 in Berlin. Initiiert wurden die Erklärung und die Demonstration vom Berliner Verein DIE VIELEN. Die MBR sprach für die „Berliner Zustände“ mit den „VIELEN“ über ihre Netzwerkarbeit, Herausforderungen und Zukunftspläne.

63

Viel ist passiert, seit die DIEVIELEN im Juni 2017 auf der Bildfläche erschienen sind. Was war die Motivation, euch als Kulturschaffende gerade zu diesem Zeitpunkt zusammenzuschließen? Waren die Ziele von damals schon die gleichen wie heute?

DIE VIELEN: Wir haben uns im Frühjahr 2017 das erste Mal getroffen. Sicherlich war ein Auslöser die damals anstehende Bundestagswahl im Herbst und der zunehmende Rechtsruck in der Gesellschaft. Wir hatten das Bedürfnis, uns auch außerhalb unserer künstlerischen Arbeit politisch zu positionieren. Es wurde dringender, die so oft zitierte „Kunstblase“ zu verlassen und sich zu fragen, wie man direkter handeln kann. Es gab dann am 17. Juni die Demonstration der „Identitären“ in Berlin – für uns war das der Anlass, das erste Mal geschlossen auf die Straße zu gehen. Ein Versuch, als Künstler*innen mit positiv besetzten Bildern den Rechten zu trotzen.

Die Ziele sind ähnliche geblieben, eher dringlicher noch mit der AFD im Bundestag. Wir versuchen nun, über den Rand Berlins hinauszuschauen und auch in ländlichen Gebieten aktiv zu werden. Verändert haben sich durch die „Erklärung der VIELEN“ die Anzahl unserer Unterstützer*innen und die Vernetzung mit vielen Institutionen. DIE VIELEN e.V. ist ein eingetragener, gemeinnütziger Verein. DIE VIELEN möchten die Kommunikation und Handlungsmöglichkeiten unter Künstler*innen stärken. Dies gilt insbesondere für Künstler*innen, für die Theater, Literatur und Kunst machen heißt, an einer Gesellschaft zu arbeiten, die sich aus Menschen aller Hautfarben und Geschlechtervariationen, vieler sexueller Orientierungen, aus Gläubigen und Nicht-Gläubigen zusammensetzt und auf deren Gleichberechtigung beruht. DIE VIELEN solidarisieren sich mit allen Aktiven der Kunst- und Kulturlandschaft und deren Institutionen, die von rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen attackiert oder in Frage gestellt werden, und agieren dabei unterstützend als aktives Netzwerk.

Im Sommer 2017 stand das Engagement Ziviler Seenotrettungsorganisationen im Mittelmeer im Fokus einer rechtsextremen Kampagne. Ihr habt als Symbol der VIELEN die glänzende Folie von Rettungsdecken gewählt. War das eine direkte Antwort auf die rechtsextreme Mobilisierung oder steckt noch mehr dahinter?

Der solidarische Umgang mit Menschen auf der Flucht ist ein wichtiger Punkt der „Erklärung der VIELEN“ und kann exemplarisch für den Umgang mit Minderheiten stehen. Uns ging es aber nicht nur darum, ein Symbol der Solidarität mit Menschen in Not zu schaffen, sondern zusätzlich ein gemeinsames Objekt für Aktionen

»Wir hatten das Bedürfnis, uns auch außerhalb unserer künstlerischen Arbeit politisch zu positionieren.«

zu haben, das sich für eine positive, utopische Setzung eignet. Die reflektierenden Rettungsfolien oder Decken haben vielseitige Einsatzmöglichkeiten und die Handhabung ist einfach. Auf unseren Demonstrationen waren der Glanz und das viele Gold wichtig, um auf der Straße deutlich Präsenz zu zeigen, auch für die Medien. Ein sichtbares Zeichen, das jede*n ermutigt und zur Partizipation einlädt.

Viele haben dadurch ihre Unterstützung zeigen können, nicht nur mit Rettungsdecken auf den Demonstrationen, sondern z.B. mit glänzenden Fahnen vor Theaterhäusern, auf Webseiten mit goldenem Hintergrund, auf Plakatwänden oder mit goldener Kleidung. Der Slogan für die Glänzende Demonstration im Mai 2018 lautete auch: „Glänzen statt ausgrenzen. Ein glänzendes Leben für Alle!“

Beim Blick auf eure Internetseite fällt sofort ein Slogan ins Auge: WIR SIND VIELE – JEDE*R EINZELNE VON UNS! Vielleicht könnt ihr ein wenig aus eurem Alltag berichten. Was heißt das ganz praktisch?

Jede Einzelperson ist viel. Jede Minderheit ist viel. Jede Meinung, die nicht auf die Ausgrenzung von Minderheiten zielt, zählt. Alle zusammen sind wir Viele, egal wie viele. Wir versuchen, einen Raum zu öffnen, in dem erstmal jede*r willkommen ist. Jede*r bringt ein, was er*sie kann: Meinungen, Expertise, Engagement, Verantwortung. Wirklich viele sind wir allerdings im aktiven Kreis des Vereins nicht. Es gibt einen harten Kern, der sich sehr regelmäßig trifft, und darüber hinaus immer wieder neue Mitglieder. Natürlich kommt man irgendwann zu dem Punkt, wo man gewisse Strukturen im Verein schaffen muss, damit das Ganze läuft. Aber bisher sehen wir gerade das Unkontrollierbare so einer Bewegung als Chance, die Bewegung als Zustand.

Der Spruch ist aber auch als Aufforderung zu lesen, als Möglichkeit, sich dazugehörig zu fühlen. Jede*r kann sich solidarisieren, auch ohne vor Ort dabei zu sein – wir können ja gar nicht jede*n einzelne*n erreichen.

In eurem Selbstverständnis schreibt ihr, euer Ziel ist es, Künstler*innen, Ensembles und Akteur*innen der Darstellenden und Bildenden Künste zu stärken. Worin seht ihr derzeit die größten Herausforderungen für Kulturschaffende? Wie zeigt sich der „Rechtsruck“ nach eurer Wahrnehmung in der Kunst und Kultur?

Kunst und Kultur prägen das Zusammenleben einer Gesellschaft, nicht zuletzt ist die Kunstfreiheit ein grundgesetzlich geschütztes Gut. Dagegen ist der instrumentalisierende Umgang mit Kunst und Kultur Teil eines rechtsextremen Autoritarismus – historisch gesehen, wie auch auf die Gegenwart bezogen. Die völkisch-nationale Rechte nutzt allgemeine Ressentiments gegenüber Künstler*innen und Intellektuellen und fordert, das sperrige, vielfältige, komplexe Wesen der Kunst in den Dienst einer nationalen Bedeutung zu stellen. Die Nazis im Faschismus benutzten den Begriff der „entarteten“ Kunst und förderten nationale Staatskunst: Jagdszenen-Genres, röhrende Hirsche, also meist Nazi-Kitsch. Heute spricht der kulturpolitische Sprecher der AfD im Bundestag von der „Entsiffung“ der Kunst und meint eine erneute Verschiebung des Kunstdiskurses zugunsten des völkisch-nationalen Handwerks, der Folklore und tradierten Konzepten von anwendungsorientierter Darstellung in Tanz, Oper und Theater.

Aus dem historischen Blick bleibt die größte Herausforderung, diesen Angriff als Kampf um die Kulturhegemonie anzunehmen und entschieden, schlau und gemeinsam vielstimmig zu antworten: Die Kunst bleibt frei!

Vor wenigen Wochen wurde die von euch initiierte und von mehr als 100 Kulturinstitutionen unterzeichnete „Erklärung der VIELEN“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Welchen Beitrag kann die Erklärung dazu leisten, damit die zum Abschluss formulierte Losung Wirklichkeit wird und die Kunst trotz aller Anfeindungen frei bleibt? Was soll zukünftig passieren, wenn die Institutionen, die sich mit euch deutlich positionieren, angefeindet werden?

Die Erklärung der VIELEN ist zum einen ein Netzwerk aus Unterzeichner*innen und Unterstützer*innen und zum anderen an eine Selbstverpflichtung gebunden. Die Unterzeichnenden verpflichten sich z.B. zu gegenseitiger Solidarität mit Kulturinstitutionen und Akteur*innen der Künste, die durch Hetze und Schmähungen unter Druck gesetzt werden, und bieten kein Podium für völkisch-nationalistische Propaganda. Weiter verpflichten sich die unterzeichnenden Häuser, Informationsveranstaltungen, Gespräche und Aktivitäten im Sinne der Erklärung vorzubereiten und zu unterstützen. Jetzt schon gibt es bei den Unterzeichner*innen viele Impulse und Diskurse, intern und öffentlich, die den Zusammenhalt und die Solidarität nachhaltig fordern und fördern.

Über 140 Institutionen haben die Berliner Erklärung unterzeichnet, darunter die Akademie der Künste, das Deutsche Theater und der Friedrichstadt Palast. Gemeinsam sind wir stärker und können schneller und besser auf Angriffe reagieren und proaktive Handlungsmöglichkeiten organisieren. Direkte Aktionen wären z.B. das institutionsübergreifende Bündeln von Presse und Öffentlichkeitsarbeit bei Online-Hetze oder das Koordinieren einer Rechtsberatung. Wir dürfen uns nicht einschüchtern lassen. Wir sind eine pluralistische Gesellschaft und können das auch zeigen, überall.

Welche Reaktionen auf eure Arbeit gab es bisher aus der Kunst- und Kulturszene selbst? Gab es neben der breiten Unterstützung der Erklärung von anderen Kulturschaffenden auch kritische Rückmeldungen?

Die Unterstützung aus allen kulturellen Bereichen ist weitreichend und es werden immer noch mehr. Bei der Glänzenden Demonstration wurden wir von fast hundert Aktiven aus der Berliner Kulturlandschaft unterstützt. Das war ein Anfang. Mit der Erklärung der VIELEN sind es viele hundert unterzeichnende Kulturinstitutionen und tausende Unterstützer*innen bundesweit. Die Reaktionen zeigen, dass es ein großes Verlangen und die Notwendigkeit gibt, sich zu organisieren und positionieren. Um regionale Unterschiede und Kritiken berücksichtigen zu können, gibt die Erklärung der VIELEN den einzelnen Akteur*innen die Möglichkeit, sich inhaltlich einzubringen.

Ein Kritikpunkt ist sicherlich, dass die Erklärung auf Institutionen als Unterzeichner*innen fokussiert und andere Initiativen und Privatpersonen als Unterstützer*innen auftreten. Hier geht es nicht darum, eine Hierarchie aufzubauen, sondern um die Ressourcen zur Umsetzung der Selbstverpflichtung. Aber im Frühjahr 2019, vor der Europawahl, werden auch die Unterstützer*innen wieder gefordert sein, wenn wir für die zweite Glänzende Demonstration mobilisieren.

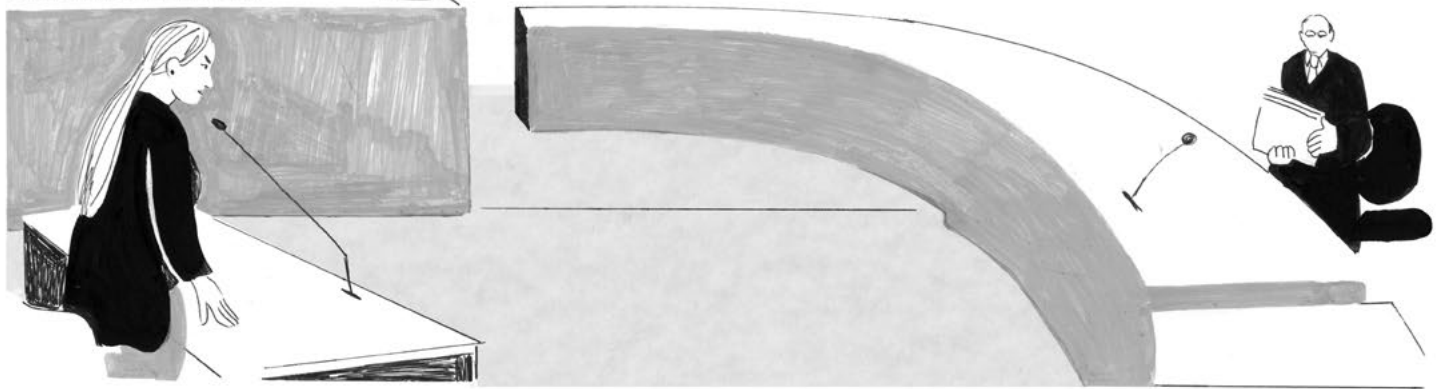
MÜNCHEN, 6. MAI 2013

ES WIRD MINDESTENS
EIN BIS ZWEI JAHRE
DAUERN.

ABER WIR WERDEN ALLES TUN,
DAMIT IHR ENDLICH WISST,
WAS PASSIERT IST UND ES
GERECHTIGKEIT GIBT.



51. VERHANDLUNGSTAG



FRAU KUBAŞIK, WIE ERGING
ES IHREN NACH DEM MORD
AN IHREM VATER?



ES WAR SEHR
SCHLIMM
FÜR MICH.

ICH HATTE EIN SEHR
GUTES VERHÄLTNIS ZU IHM.

ABER ICH HABE SEINEN
VERLUST NICHT AKZEP-
TIEREN KÖNNEN.

EIN JAHR LANG
HABE ICH NICHT
DAS HAUS
VERLASSEN.



SIND SIE IN
'RZTLICHER BEHANDLUNG
GEWESEN?



JA, ABER DAS WAR
NICHTS FÜR MICH.



WIE GEHT ES IHREN
HEUTE?

NACH AUßEN
ZEIGE ICH MICH
STARK.



INNEN SIEHT ES
GANZ ANDERS AUS,

ICH DENKE VIEL
AN MEINEN VATER.

ICH DENKE VIEL
ÜBER DIE TAT
NACH.

DANKE, FRAU KUBAŞIK.
DIE HAUPTVERSAMMLUNG
WIRD BIS 12:30H
UNTERBROCHEN.

Mit ihrer Unterschrift bekennen sich die Häuser zu einer Reihe von Selbstverpflichtungen. Wie wollt ihr den Prozess begleiten, damit ihre Umsetzung nicht in der alltäglichen Belastung untergeht?

Als Verein sehen wir uns als Impulsgeber, aber auch als Begleitung: Auf der Webseite der VIELEN werden Veranstaltungen gepostet und dokumentiert und Presseartikel gesammelt. Wir geben den verschiedenen Aktionen der Institutionen eine Plattform und vernetzen sie untereinander. Wir organisieren regelmäßige Treffen, die den Unterzeichnenden die Möglichkeit geben, sich direkt untereinander auszutauschen, sich durch die Ideen der anderen inspirieren zu lassen.

Wir können dazu aufrufen, sich gemeinschaftlich als Unterzeichner*innen der Erklärung zu bestimmten Vorfällen zu positionieren. Wir wollen allerdings keine Kontrollinstanz sein – da setzen wir auf Eigenverantwortung und auf die Kraft der Gemeinschaft und Bewegung.

68

Ihr seht euch vor allem als Plattform zur Vernetzung von Kulturschaffenden. Gibt es schon Pläne, wie die Arbeit der VIELEN über den Mai 2019 hinaus weitergehen kann? Ist es euer langfristiges Ziel, dass es DIE VIELEN am Ende gar nicht mehr braucht?

Natürlich ist uns die langfristige Entwicklung von Bewegungen, Vereinen und Institutionen bekannt, deshalb bemühen wir uns, eine Vielstimmigkeit zuzulassen und als eigene Institution nicht besonders hervortreten. Die Kunst- und Kulturakteure sind selber DIE VIELEN, sie sprechen über die ERKLÄRUNG, sie handeln sie aus, sie setzen ihre Ziele. DIE VIELEN als Verein braucht es als glänzenden, sichtbaren Scheinriesen, als gemeinsame reale Illusion: Die Kunst DER VIELEN spricht, DIE VIELEN verständigen sich, zeigen sich solidarisch, arbeiten an der Fortentwicklung der demokratischen Gesellschaft. Wir legen die glitzernde Rettungsdecke über den Alltag und man sieht es glitzern, wo sonst nur Netzwerk, Workshop oder Diskussion war. Es gilt, unsere Gesellschaft konstruktiv mit allen zu gestalten, und das schließt für uns ein Verständnis davon ein, das wir selbst als Einzelne VIELE sind. Unsere Gesellschaft ist keine der homogenen Identität. Vom Wesen der Kunst könnten wir vor allem eines lernen: dass Vielfalt keine Bedrohung ist, sondern Schönheit. Wir müssen uns weiterentwickeln, immer, Respekt und Toleranz sind nur wahrhaftig, wenn wir uns als Gesellschaft reflektieren und unsere blinden Flecken beleuchten. Solidarität statt Privilegien. Es geht um alle. Wir sind viele – jede*r einzelne von uns! Die Kunst bleibt frei!

Die Erklärungen der VIELEN soll nur der Auftakt einer Kampagne sein. Könnt ihr schon ein bisschen mehr darüber verraten, was für die nächsten Wochen und Monate geplant ist?

Nur der Auftakt! Die Erklärung lädt dazu ein, bundesweit regionale Netzwerke zu errichten, die vielstimmig agieren können, die untereinander den Erfahrungsaustausch pflegen und sich gegenseitig unterstützen können. Diese regionalen Netzwerke der Institutionen werden durch Unterstützer*innen als Einzelpersonen verstärkt. Derzeit arbeiten wir an einer bundesweiten Dokumentation rechtsradikaler Übergriffe auf Kulturinstitutionen. Außerdem schließen wir Einrichtungen miteinander kurz, die beispielsweise bereits Erfahrungen mit juristischen Drohungen oder

Ähnlichem von rechtsextremer Seite hatten. So können wir von den Erfahrungen der anderen lernen und entsprechend abgestimmt reagieren. Die regionalen Erklärungen haben sich zu bundesweiten Aktionen, Veranstaltungen sowie Demonstrationen verpflichtet. Davon werden wir sicherlich zum 1. Februar mehr hören. Wir stellen uns auf eine langfristige Arbeit ein, kurzfristiger Aktionismus steht nicht im Mittelpunkt, wenn es jedoch notwendig wird, gemeinsam schnell zu reagieren, werden wir da sein. Jetzt steht keine der unterzeichnenden Kultureinrichtungen mehr allein Hass und Verleumdungen gegenüber. Deshalb möchten wir noch einmal darum bitten, in weiteren Bundesländern ebenfalls aktiv zu werden. Wir helfen gerne dabei!

JUGEND- SOZIALARBEIT IM VISIER

70

**Rechtspopulistische Angriffe und
Einschüchterungsversuche**

Marcel Dieckmann, Licht-Blicke

Neben anderen demokratischen Akteur_innen gerät immer wieder soziale Arbeit ins Visier von rechten und rechtspopulistischen Parteien oder Organisationen. Menschenrechtsorientierte und diversitätsbetonte soziale Arbeit wird verunglimpft und angegriffen. Auch in Berlin nimmt die Diffamierung von und der Rechtfertigungsdruck auf Fachkräfte der offenen Kinder- und Jugendarbeit zu.

Mit dem Einzug der Alternative für Deutschland (AfD) in die Bezirksverordnetenversammlungen (BVV) sowie das Abgeordnetenhaus (AGH) 2016 eröffnete sich dieser eine neue politische Bühne. Durch die Präsenz in Gremien sowie (Jugendhilfe-)Ausschüssen haben sie nun Möglichkeiten, Daten zu erfragen, fachliche Konzepte einzusehen und über finanzielle Zuwendungen mit zu entscheiden.

71

Neutralitätsgebot und Strategie der Verunsicherung

In der Vergangenheit wurde Einrichtungen der Offenen Kinder- und Jugendarbeit unterstellt, dass sie vermeintlich „linksextrem“ seien und Jugendliche entsprechend indoktrinieren würden. Dabei wird versucht, den fachlichen Auftrag nach Sozialgesetzbuch (SGB) VIII, §1 1, politische Bildungsarbeit zu leisten, mit Indoktrination gleichzusetzen. Insbesondere geschieht dies dann, wenn die Einrichtungen explizit mit antifaschistischen und antirassistischen Inhalten und Standards arbeiten. Die momentane politische Bildung jugendlicher Zielgruppen soll unter Generalverdacht gestellt werden. Der Erziehung zu Mündigkeit, Verantwortung, Menschenrechtsorientierung und politischer Subjektwerdung wird dabei ein rechtes Kontra gesetzt. Politische Bildung wird hierbei nicht nur als vermeintlich wertfrei verstanden, sondern damit implizit auch die Vermittlung gesellschaftlicher Diversität und Solidarität abgelehnt. So werden beispielsweise Projekte zu sexueller Vielfalt und sexueller Aufklärung als staatlich geförderte „Frühsexualisierung“ und „Verschwulung“ diffamiert.

Dabei schaffen die Berufsethik und die rechtliche Absicherung im SGB VIII klare Standards, die einen fachlichen Auftrag an soziale Arbeit stellen. Diese Qualitätsstandards wurden 2014 vom Deutschen Berufsverband für Soziale Arbeit e.V. beschrieben. Laut SGB VIII sollen junge Menschen beispielsweise zu Selbstbestimmung, gesellschaftlicher Mitverantwortung sowie sozialem Engagement angeregt und hingeführt werden. Dies schließt eine kritische Haltung zu gesellschaftlichen Ausgrenzungs- und Diskriminierungsmechanismen mit ein. Ebenso fordern die rechtlichen Rahmenbedingungen der Jugendsozialarbeit eine intensive Auseinandersetzung mit Diskriminierung und der Akzeptanz von Vielfalt, der Erlernung sozialer Kompetenzen und Empathie, demokratischer Partizipationsmöglichkeiten sowie mit Menschen- und Kinderrechten, beispielsweise vor dem Hintergrund der „internationalen Jugendarbeit“, die der interkulturellen Verständigung dient. Dies liegt erfahrungsgemäß mit rechten und autoritären Gesellschaftsvorstellungen im Konflikt.

Ein immer bedeutenderes Instrument rechter und rechtspopulistischer Akteur_innen ist der Vorwurf an Fachkräfte der sozialen Arbeit, das sogenannte Neutralitätsgebot zu missachten beziehungsweise bewusst zu umgehen. So wurden bereits Bildungsveranstaltungen zu rechten Strömungen und Akteur_innen in der AfD seitens der Partei als „Stimmungsmache“ diffamiert. Mehrere von der Partei in Auftrag gegebene Rechtsgutachten, u.a. durch den wissenschaftlichen Parlamentsdienst des Abgeordnetenhauses im Juli 2018, sollen klären, inwiefern Zuwendungsempfänger_innen staatlicher Fördergelder an das Neutralitätsgebot gebunden sind und ab wann sie unrechtmäßig z.B. in den Wettstreit der Parteien eingreifen. Ihr vorläufiges Ziel ist es, die staatliche Förderung von demokratischen Vereinen und Initiativen als nicht neutral darzustellen, sobald sich diese gegen menschenverachtende und antidemokratische Tendenzen in Parteien und anderswo positionieren. Engagierte Jugendliche und Fachkräfte sollen verunsichert und mundtot gemacht werden. Die Verunsicherung zielt aber auch auf Zuwendungsgeber_innen und die Träger sozialer Arbeit ab. Sie sollen gezwungen werden sich zu rechtfertigen, zu reglementieren und im Zweifelsfall vermeintlich unliebsame Projekte oder Positionen gar nicht erst umzusetzen bzw. zu fördern. Mit dem Angriff auf Mittelvergaben wird auch suggeriert, dass Träger und Verwaltung nicht transparent handeln würden und Gelder „nach gusto“ oder entlang politischer Vorlieben vergeben würden. Dabei sind die Finanzierungen und Förderungen durch Richtlinien und Gesetzesvorgaben abgesichert und stets einsehbar.

Mit dem rechten Verständnis von „Neutralität“ wird eine Stilisierung als politisch Verfolgte verknüpft. Von Rechtspopulist_innen wird behauptet, dass politische Bildungsarbeit nach SGB VIII lediglich dazu genutzt werde, sie als politische Akteur_innen zu diskreditieren. Mit dem Mythos, sie seien „Opfer“ oder „Verfolgte“ vermeintlich „linker Hetze“, sie würden nicht gehört und ausgegrenzt, wird versucht, sich selbst unangreifbar zu machen und andere unter Druck zu setzen. Die Folge ist eine weitere Diskursverschiebung nach rechts und das Gefühl der Betroffenen, sich immer wieder erklären und für ihre anerkannte Facharbeit rechtfertigen zu müssen. In der Konsequenz bedeutet dies, dass rechte und autoritäre Positionen in fachliche und gesellschaftliche Diskurse einsickern und damit an Bedeutung gewinnen könnten. Die rechtspopulistische Strategie der Unterstellung gefährdet auf landesweiter und bezirklicher Ebene jahrelange gute fachliche Beziehungen zwischen Ämtern, Fachkräften und Trägern. Dies betrifft dabei vor allem Einrichtungen und Projekte in freier Trägerschaft, deren inhaltliche Ausrichtung nach Wunsch der Rechtspopulist_innen stärker einer staatlichen Kontrolle unterzogen werden soll. Die Angriffe können häufig einen großen Teil der personellen bzw. geistigen Ressourcen von Fachkräften der angegriffenen Einrichtungen binden und zielen darauf ab, fachliche Arbeit zu unterminieren. Dies drückt sich unter anderem darin aus, dass in einigen Bezirken die Finanzierung von Projekten durch Rechte in Frage gestellt und anschließend gegen Weiterfinanzierungen ganzer Jugendeinrichtungen, wie unter anderem in Marzahn-Hellersdorf und Pankow geschehen, gestimmt wurde. So wurde explizit gegen Einrichtungen und ihre Träger in den Jugendhilfeausschüssen gestimmt, wenn diese seitens der AfD als „politische Gegner_innen“ im Bezirk wahrgenommen wurden, beispielsweise durch Unterstützung von lokalen zivilgesellschaftlichen Initiativen gegen Rechts sowie von antirassistischen Gruppen. Diese Angriffe gefährden neben den pädagogischen Angeboten auch die ökonomische Existenz von Fachkräften und kleinen Vereinen, deren Arbeitsbereiche überwiegend in den von rechts attackierten Themenfeldern liegen.

Wie auf rechte Angriffe fachlich antworten?

Zusätzlich bestimmt und hemmt die Sorge vor juristischen Konsequenzen fachliche Debatten um einen selbstbewussten und praktischen Umgang mit rechtspopulistischen Politiker_innen. Dies betrifft unter anderem Einladungen von Parteien und Politiker_innen zu Stadtteilstunden oder Formaten der politischen Bildung wie die U18-Wahl. Hier muss durch gemeinsame Haltungen von (Bezirks-)Politik, Verwaltung und Trägerlandschaft betroffenen Einrichtungen der Rücken gestärkt werden. Auch Träger sind gefragt, sich öffentlich wahrnehmbar zu positionieren, beispielsweise anhand eines eigenen Leitbildes, der Erarbeitung von trägerinternen Vorgehensweisen bei Anfragen und der Festschreibung demokratischer Grundhaltungen durch entsprechende Hausordnungen etc. Dies erleichtert letztlich den Umgang mit Anfragen extrem rechter und rechtspopulistischer Akteur_innen in Stadtteilzentren, Jugendeinrichtungen und Nachbarschaftsheimen nach Räumlichkeiten für die Durchführung von Bürger_innensprechstunden oder Parteiveranstaltungen.

Im Zuge der Auseinandersetzung mit rechten Angriffen wächst aus dieser Notwendigkeit auch zunehmend der selbstbewusste Umgang von Trägern und Fachkräften. In einigen Bezirken existieren bereits Reflexionsrunden und Netzwerke, überbezirkliche Fachtage oder Fachgespräche, die auf eine fachliche und solidarische Stärkung der (potentiell) Betroffenen hinarbeiten. Dabei werden Erfahrungen und Best Practice im Umgang mit Bedrohungssituationen ausgetauscht, klare Haltungen artikuliert und bestärkt. Als wichtig wird ein gemeinsames, bezirksübergreifendes Auftreten gegenüber rechten Bedrohungen verstanden. Über Trägererklärungen und Solidaritätserklärungen mit angegriffenen Trägern/ Einrichtungen wird der rechten Taktik der Vereinzelung Solidarität entgegengesetzt, so geschehen bei zwei Pankower Jugendfreizeiteinrichtungen. Diese erhielten nach namentlichen Nennungen und den Forderungen nach Entzug der finanziellen Zuwendungen vermehrt solidarischen Zuspruch von Kolleg_innen anderer Einrichtungen und Träger. Auch die Berliner Erklärung, die von 180 demokratischen Projekten sowie Trägern unterzeichnet wurde, gilt als ein starkes Signal der trägerübergreifenden Solidarität.

Haltung ist gefragt

Des Weiteren versuchen viele ihren fachlichen Arbeitsalltag zu erhalten, um den Angriffen mit einer Praxis der demokratischen Willensbildung und Erziehung entgegenzuarbeiten und sich nicht von rechten und rechtspopulistischen Vorwürfen hin- und hertreiben zu lassen. Konkret bedeutet dies, weitere Angebote wie der Sexualpädagogik, der interkulturellen Arbeit, der gendersensiblen Arbeit praktisch umzusetzen. Dabei kommt der Kommunikation zwischen demokratischen Parteien, Verwaltung und Trägern eine besondere Bedeutung zu. Durch die Auseinandersetzung mit rechtspopulistischen Akteuren verändert sich auch das Verhältnis zwischen Ämtern, politischen Funktionsträger_innen und freien Trägern. Dabei sind auch Kolleg_innen der Jugendämter häufig unsicher, wie sie auf politische Diffamierungen und unfachliche Angriffe reagieren sollen. Auf allen Ebenen bedarf es einer klaren Positionierung für

»Auf allen Ebenen bedarf es einer klaren Positionierung für die Einrichtungen und Ansätze der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die für eine menschenrechtsorientierte Kultur und den gleichwertigen Umgang von Menschen eintritt.«

die Einrichtungen und Ansätze der Offenen Kinder- und Jugendarbeit, die für eine menschenrechtsorientierte Kultur und den gleichwertigen Umgang von Menschen eintritt. Dafür, diese fachliche und qualitativ gute Arbeit zu fördern, wurde sich in den letzten Jahren bewusst entschieden. Diese Gründe öffentlich zu benennen und damit Haltung zu zeigen – in der BVV, im Jugend- oder Bezirksamt, in Fachrunden etc. – ist dringend nötig, um den Fachkräften den Rücken zu stärken, ihre Arbeit wertzuschätzen und demokratisches Engagement zu fördern.

Auf Seiten der akademischen Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen plädiert beispielsweise die Professorin Heike Radvan von der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus für ein stärkeres politisches Verständnis der sozialen Arbeit und ihrer Parteilichkeit für Demokratie. Dies bedeutet für sie u.a., dass sich auch die Verwaltung ihrer Schutzfunktion bewusst werden und Solidarität mit den von rechts diffamierten Projekten zeigen muss. Soziale Arbeit muss sich dabei als Akteur_in und Initiativkraft in öffentlichen Diskursen begreifen. Nach Meinung vieler Fachkräfte heißt das beispielsweise, proaktiv und stärker die soziale Frage in den Fokus zu nehmen, um rechten und diskriminierenden Deutungen sozialer Ungleichheiten eine solidarische und soziale Arbeit entgegenzusetzen sowie aus der Verteidigungshaltung hinauswachsen zu können. Außerdem sollte der öffentliche Raum stärker in den Fokus genommen werden: Welche rechten Strukturen bestehen in den Sozialräumen, wer wird von ihnen diskriminiert und ausgegrenzt? Soziale Arbeit darf sich dabei nicht nur als „verwaltende“ und „helfende“ Kraft innerhalb der Gesellschaft verstehen, sondern auch als Träger_in und Unterstützer_in politischer Artikulationen und Handlungsfähigkeit marginalisierter Gruppen, wie sozial, rassistisch oder sexistisch ausgegrenzten Bevölkerungsgruppen. Damit das gelingen kann, muss die fachliche Haltung unter den Fachkräften weiter zu einem politischen Verständnis sozialer Arbeit und ihre Bedeutung für die Verteidigung demokratischer Gesellschaften ausgebaut werden. Dafür muss soziale Arbeit auch konkretere politische Vorstellungen von einem solidarischen und demokratischen Miteinander entwickeln und anbieten. Solche fachlichen Aushandlungsprozesse sollten zukünftig noch mehr Teil der Ausbildung sowie des Berufsalltags werden.

LICHT-BLICHE fördert seit 2002 das Engagement von Menschen für ein offenes und solidarisches Gemeinwesen in Lichtenberg. Träger ist von Beginn an die pad g GmbH.

Unter dem Dach der Fach- und Netzwerkstelle befinden sich folgende Projekte: Koordinierungsstelle der Partnerschaften für Demokratie in den Fördergebieten Lichtenberg und Hohenschönhausen, die Netzwerkstelle für Kinder- und Jugendpartizipation, das Lichtenberger Register und die Koordination des bezirklichen Runden Tisches „Politische Bildung“. Außerdem ist der ehrenamtliche Arbeitskreis Stolpersteine Lichtenberg/Hohenschönhausen fachlich und organisatorisch bei LICHT-BLICHE angesiedelt.

Durch die Zusammenführung dieser Einzelprojekte 2015 wurden die Erfahrungen und Kenntnisse im Rahmen von Ressourcenbündelung zu einem Fachprojekt zusammengeführt und effizienter verzahnt. Vernetzung ist von Beginn an ein wichtiges Arbeitsfeld, um eine bedarfsorientierte Beratung sowie die Entwicklung und Anpassung von Handlungskonzepten zu gewährleisten. An der Schnittstelle zwischen Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft sieht die Fach- und Netzwerkstelle zudem eine besondere Aufgabe darin, zur Förderung einer demokratischen Kultur im Gemeinwesen beizutragen.

DAS GERICHT FINDET NACH DER MITTAGSPAUSE WIEDER ZUSAMMEN.

ICH RUF MAL KURZ MEINEN MANN AN, ICH STOß IN DER KANTINE ZU EUCH, OKAY?

KLAR, BIS GLEICH MEINE SÜßE.

SCHÖNE GRÜßE!

BIS GLEICH.

LECKER!

uhm



GANZE!



HIER BEI UNS STELLT MAN SICH HINTEN AN, FRAULEIN KUBAŞIK.

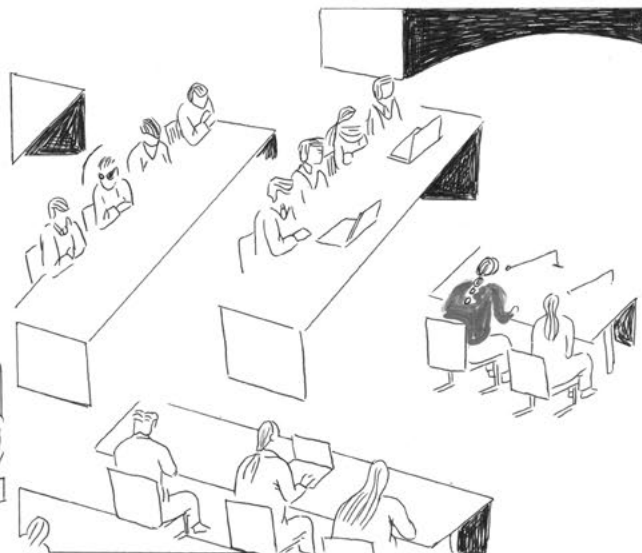
'AHEM!



DIE VERHANDLUNG WIRD HIER MIT
WIEDER AUFGENOMMEN, ICH
RUFE FRAU ELIF KUBAŞIK IN
DEN ZEUGENSTAAD.



VIEL GLÜCK,
MAMA!



WAS IST LOS MIT DIR?
WARUM BIST DU SO
NERVÖS?



DAS GEHT
ZU WEIT!



EMINGER MACHT MIR
MIT DEM KOPF IMMER SO
ZEICHEN.

DER WILL SICH DRAUßEN
MIT MIR PRÜGELN!

SOLANGE DER EMINGER NOCH AUF
FREIEM FUß IST, DARFST DU NICHT
MEHR MIT NACH MÜNCHEN.

ERFOLGE GILT ES ZU VERTEIDIGEN

78

**Interview mit
der Deutschen Aidshilfe**

LGBTIQ*-Rechte geraten in den letzten Jahren wieder verstärkt unter Druck von rechts. Emanzipationserfolge werden offen in Frage gestellt. Gleichzeitig sollen verschiedene marginalisierte Gruppen gegeneinander ausgespielt werden. Diese Anfeindungen zielen insbesondere auch auf die Verunsicherung von Projekten, die sich dem gegenüber für eine offene und pluralistische Gesellschaft stark machen. Über das „Gift der Neuen Rechten“, Auswirkungen auf die HIV-Präventionsarbeit und die Notwendigkeit einer demokratischen Positionierung sprach die MBR für die Berliner Zustände mit Holger Wicht, Pressesprecher der Deutschen Aidshilfe.

79

Im Vorfeld der Bundestagswahlen 2017 hat die Deutsche Aidshilfe in den sozialen Medien eine Kampagne „Vielfalt gegen rechte Einfalt“ ins Leben gerufen. Außerdem hat die Deutsche Aidshilfe den Aufruf „Vielfalt für alle!“ initiiert, mit dem sich LGBTIQ-Organisationen „gegen rechts – für eine offene Gesellschaft“ positioniert haben. Was hat sich aus Ihrer Sicht in den vergangenen Jahren gesellschaftlich verändert und was waren die Beweggründe, sich als Organisation auch öffentlich zu diesem Thema positionieren zu wollen?*

Ob man es nun Rechtsruck, Rechtspopulismus, Backlash oder irgendwie anders nennt: Wir erleben ein beängstigendes Erstarken von Nationalismus, Rassismus, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und sogar völkischen Gedankenguts. Unsere offene, liberale Gesellschaft ist bedroht. Zugleich werden Minderheiten wie LGBTIQ* oder Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchtgeschichte wieder verstärkt angegriffen. Grundlage ist zum Beispiel im Fall von LGBTIQ* ein biologistisch geprägtes Menschenbild, das Sexualität wieder allein in den Dienst der Fortpflanzung stellen sowie sexuelle und geschlechtliche Identität am Ideal der reproduktiven Kleinfamilie messen will. Emanzipationserfolge von LGBTIQ* werden von rechts torpediert, ihre Lebensentwürfe in Frage gestellt – teilweise sogar ihr Existenzrecht.

Damit wendet sich die neue Rechte gegen Grundrechte und -werte unserer Gesellschaft. Je weiter sie damit durchkommt, desto schlimmer die Folgen für Individuen wie für die Gesellschaft. Das allein ist Grund genug, dagegen anzugehen.

Als Aidshilfe positionieren wird uns zudem, weil von dieser Entwicklung in besonderem Maße unsere Kernzielgruppen betroffen sind, die allesamt ohnehin stigmatisiert sind. HIV-Prävention muss immer auch die gesellschaftlichen Verhältnisse einbeziehen.

Was bedeutet das konkret für Ihre Arbeit?

Jede Form von Diskriminierung und Ausgrenzung kann krank machen und ist Gift für Prävention. Abwertung und Ausgrenzung schwächen Menschen, ihre Fähigkeit sich zu informieren und selbstbewusst Entscheidungen zu treffen und umzusetzen. Angst und Scham, die daraus resultieren, werden zu Barrieren beim Zugang zu Prävention, Beratung, zum HIV-Test und gegebenenfalls zur Behandlung. Stigma hat zum Beispiel erheblichen Anteil daran, dass in Deutschland mehr als 11.000 Menschen mit HIV leben, ohne es zu wissen, und mehr als 1.000 pro Jahr an Aids

MÜNCHEN, 11. JULI 2018

GUTEN MORGEN.

ES SIND ANWESEND DIE FÜNF
HAUPTANGEKLAGTEN UND IHRE VER-
TEIDIGER, DIE BUNDESANWALTSCHAFT,
DIE NEBENKLAGER.

NACH 437 VERHANDLUNGSTAGEN
WIRD HEUTE DAS URTEIL
VERKÜNDET.



WIR BEGINNEN MIT DER HAUPT-
ANGEKLAGTEN BEATE ZSCH...

HERR YOZGAT!

UNTERLASSEN SIE DAS,
ODER ICH MUSS SIE DES
SAALES VERWEISEN.



ALLAHU
AKBAR!

AHEM
BEATE ZSCHÄPE,
HAUPTANGEKLAGTE,
IST SCHULDIG DES MORDES,
DES VERSUCHTEN MORDES,

DER GEFÄHRLICHEN KÖRPERVERLETZUNG,
DER MITGLIEDSCHAFT IN EINER TERRORISTISCHEN
VEREINIGUNG UND DER SCHWEREN
BRANDSTIFTUNG.

SIE WIRD ZU EINER LEBENS-LANGEN
FREIHEITSSTRAFE MIT BESONDERER
SCHWERE DER SCHULD VERURTEILT.



oder einem schweren Immundefekt erkranken, obwohl es vermeidbar wäre. Viele verdrängen mögliche Risiken, auch aus Angst vor Diskriminierung. Ihre Infektionen bleiben lange undiagnostiziert und unbehandelt. Schwere Erkrankungen sind die Folge, außerdem weitere HIV-Infektionen (unter Therapie ist eine Übertragung nicht mehr möglich).

Aus diesen Gründen setzen wir uns immer auch für gesellschaftliche Verhältnisse ein, die Menschen Gesundheit und ein gesundheitsbewusstes Verhalten ermöglichen. In diesem Sinne ist unser Engagement gegen Rechts zwingend ein Teil unseres Konzepts der „Strukturellen Prävention“.

Anders formuliert: Respekt und Akzeptanz von Menschen und ihren Lebensweisen ist die Grundlage dafür, dass passende Angebote für bestimmte Gruppen überhaupt gemacht werden und genutzt werden können. Genau für diese Angebote ist in hohem Maße die Deutsche Aidshilfe verantwortlich, und zwar mit staatlichem Auftrag. Diese Strategie ist übrigens sehr erfolgreich: Die HIV-Infektionszahlen in Deutschland sind im internationalen Vergleich sehr niedrig. All das gerät in Gefahr, wenn die Voraussetzungen dieser Präventionsarbeit von rechts in Frage gestellt werden.

Wir haben irgendwann angefangen uns mit der Frage auseinanderzusetzen: Wie gehen wir am effektivsten mit Hasskommentaren im Netz um. Und landeten sehr schnell bei der Frage: Was können wir eigentlich proaktiv gegen diese Entwicklung machen?

In welchen Bereichen ist die Deutsche Aidshilfe und/oder ihre Mitgliedsorganisationen von Auswirkungen der Aktivitäten der sogenannten „Neuen Rechten“ oder der Politik von rechtspopulistischen Parteien konkret betroffen? Könnten Sie dies einmal an Hand von Beispielen oder Schwerpunkten beschreiben?

Die Neue Rechte vergiftet das Klima. Zum einen müssen wir immer damit rechnen, dass unser Engagement gegen die Menschen gewendet wird, für die es gemacht wird. Ein Beispiel: Wenn wir öffentlich zu Solidarität mit HIV-positiven Menschen aufrufen, die aus Afrika stammen, dann kommt oft sofort die Interpretation: „Da sieht man’s mal wieder – die Flüchtlinge bringen uns Krankheiten.“ Ähnliches passiert in der Politik, wenn Angebote für Prävention und Versorgung von Migrant_innen geplant oder gefordert werden.

Auch wer sich öffentlich für LGBTIQ* einsetzt, weiß, dass heftiger Gegenwind kommen kann. Stichwort „Gender-Gaga“. Niemand möchte im Netz oder in der Boulevard-Presse am Pranger stehen. Das macht in der Politik und anderen öffentlichen Institutionen manche Menschen vorsichtig. Weil sie wissen, dass Ärger droht, verzichten sie eher auf emanzipatorische Statements und Bilder oder äußern sich zurückhaltender. Der Gegenwind kommt mittlerweile ja auch schon oft aus etablierten Parteien.

Das ist eine große Gefahr: Das rechte Denken sickert wie Gift in Köpfe und Institutionen. Angst lässt Leute übervorsichtig werden, gefährdet breite Unterstützung. Diesen Sieg auf Raten dürfen wir den Rechten nicht lassen. Wir setzen dem bewusst den Wert einer offenen und pluralistischen Gesellschaft entgegen. Wer sich dafür stark macht, soll belohnt werden! Und wir müssen konsequent weiter für marginalisierte Gruppen eintreten, als Aidshilfe natürlich gerade dann, wenn sie von HIV oder anderen Infektionskrankheiten besonders stark betroffen sind. Kurz: Der Widerstand von rechts sollte uns besonders motivieren.

Mitunter versuchen Rechtspopulist_innen durch eine Ethnisierung des Sozialen die Interessen verschiedener marginalisierter Gruppen strategisch gegeneinander auszuspielen. Macht sich dies auch in ihrer Arbeit und der ihrer Mitgliedsorganisationen bemerkbar und wie sieht Ihr Umgang damit aus?

Klar, das erleben wir vor allem in Social Media. Der Klassiker ist die Behauptung, Migrant_innen, insbesondere Muslime, seien gegen unsere offene Gesellschaft und gewalttätig und wir dürften uns deswegen zum Beispiel nicht für Flüchtlinge einsetzen. Damit würden sich LGBTIQ* sozusagen ihr eigenes Grab schaufeln. Und natürlich werden wir auch mit What-Aboutism oder der Behauptung konfrontiert, Menschen mit HIV oder Drogen konsumierende Menschen seien selbst schuld an ihrer Situation und der Unterstützung durch die Solidargemeinschaft nicht wert. Bis zu einem gewissen Grad halten wir da gerne argumentativ dagegen, machen deutlich, warum dieses schlichte Denken in die Irre führt. Schon allein, weil ja auch immer andere mitlesen, die vielleicht noch nicht so gefestigt sind in ihrer Meinung. Wenn ein gewisser Punkt überschritten wird, ist aber Schluss. Dann wird gelöscht und geblockt.

Welche Resonanz hat es auf die Kampagne und den Aufruf im Jahr 2017 gegeben? Wie sind die Reaktionen der Öffentlichkeit, der Adressat_innen, aber auch in den eigenen Zielgruppen ausgefallen?

Die Social-Media-Kampagne „Vielfalt gegen rechte Einfalt“ hat über 100.000 Leute erreicht. Gefreut hat uns auch die Beteiligung von Prominenten wie Rita Süssmuth, Ralf König, Sookee und vielen anderen. Wir hatten viel Zuspruch und weniger negative Kommentare als erwartet. Aber natürlich gab es auch hier Anfeindungen. Wer so eine Kampagne macht, weiß das natürlich vorher. Wir waren vorbereitet.

In den klassischen Medien wurde die Kampagne nicht aufgegriffen, wohl aber zum Beispiel mehrfach auf queer.de. Bei „Vielfalt für alle!“ haben wir vor allem starke Bilder produziert: Der Reichstag unterm Regenbogen aus Luftballons taucht bis heute immer wieder in Medien auf. Genau darum ging es uns: ein Bild von einer offenen und wehrhaften Gesellschaft zu setzen und positiv aufzuladen. Unsere Überschrift war damals sehr bewusst: „Die Vielfalt ist ein sicherer Ort für alle.“ Diese Bilder helfen hoffentlich, eine starke Identifikation mit dem Wert unserer offenen solidarischen Gesellschaft emotional zu verankern und spürbar zu machen, wie wir alle als Individuen davon profitieren.

Wenn Sie auf die vergangenen 18 Monate seit den letzten Bundestagswahlen zurückschauen: Inwiefern haben sich mögliche Befürchtungen etwa im Hinblick auf Angriffe auf ihre Präventionsarbeit z.B. an Schulen bestätigt und was bedeutet das für künftige Aktivitäten der Deutschen Aidshilfe?

Schulen sind ein gutes Beispiel. Die neue Rechte, in Gestalt von Gruppierungen im Schafspelz wie „Besorgte Eltern“ oder der „Demo für alle“, setzt sich ja mit unglaublicher Vehemenz gegen Aufklärung über sexuelle und geschlechtliche Vielfalt ein. Sie verstecken ihre normierenden und Menschen abwertenden Positionen mehr oder weniger geschickt, indem sie vorgeben, Kinder etwa vor „Frühsexuali-

**»Unser Engagement gegen rechts ist
Teil unseres Konzepts der ›Strukturellen
Prävention ‹.«**

sierung“ schützen zu wollen. Da wird auch Druck auf Bildungspolitik und Schulen aufgebaut. Nehmen wir die Angriffe auf die senatsfinanzierte Broschüre zu geschlechtlicher und sexueller Vielfalt in Berlin, die sowohl von der CDU als auch in der B.Z. torpediert wurde, also von durchaus etablierten Kräften. Das zeigt, dass die Entwicklung, von der wir sprechen, nicht auf rechtsextreme Kreise beschränkt bleibt, sondern dass sie die Grenzen des Sag- und Denkbaren im allgemeinen Diskurs verschiebt und weit über das eigene Milieu hinaus wirkt. Die Broschüre wurde in der Öffentlichkeit absurderweise auch als „Sex-Broschüre“ bekannt. Die Strategie der Rechten, emanzipatorische Inhalte als „Frühsexualisierung“ zu diskreditieren, wurde damit teils völlig unreflektiert übernommen.

In der Aufklärung von Kindern und Jugendlichen zu diesen Themen wurde in den letzten Jahren viel erreicht. Das ist auch nötig, unter anderem um die stark erhöhten Suizidraten von jungen Menschen zu senken, die nicht ins Raster passen. Diese Erfolge gilt es zu verteidigen und immer wieder mit guten Argumenten, aber auch mit nachvollziehbaren Lebensgeschichten zu untermauern.

Auch in anderen europäischen Staaten stehen marginalisierte Gruppen unter verstärktem Druck von rechts. Wie blickt die Deutsche Aidshilfe auf die europaweiten Entwicklungen, und gibt es schon Planungen für zukünftige Aktionen zum Thema Vielfalt?

Wir hoffen sehr, dass nationalistische und rechtsextreme Kräfte nicht an Gewicht gewinnen. Deswegen haben wir mit zu der „Ein Europa für alle!“-Demo aufgerufen. Das Thema Vielfalt wird uns weiter beschäftigen, denn es ist die Grundlage für Respekt und Empowerment. Wir arbeiten damit auf politischer Ebene, aber auch in der Arbeit für bestimmte Zielgruppen. Es gibt zum Beispiel auch in unserer Kampagne ICH WEISS WAS ICH TU für schwule Männer immer wieder Motive und Aktionen für Vielfalt und Akzeptanz gegenüber verschiedenen Lebensentwürfen. Denn selbst einer Minderheit anzugehören schützt leider nicht automatisch vor Intoleranz und Abwertung anderer.

DER MITANGEKLAGTE ANDRÉ EMINGER
WIRD WEGEN UNTERSTÜTZUNG EINER
TERRORISTISCHEN VEREINIGUNG...



... ZU EINER FREIHEITSSTRAFE
VON ZWEI JAHREN UND
SECHS MONATEN VERURTEILT.



WEGEN DES VORWURFS DER BEIHILFE
ZUM MORD WIRD ER FREIGESPROCHEN,
DER HAFTBEFEHL GEGEN IHN ...

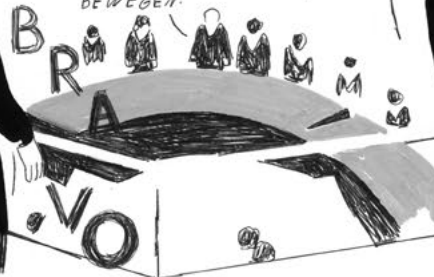


... WIRD AUFGEHOVEN, WEIL
DIE UNTERSUCHUNGSAUSSCHUSS
NICHT MEHR VERHÄLTNISS-
MÄßIG IST.



STRAFMILDERND WIRD AUßERDEM
BERÜCKSICHTIGT, DASS ER NOCH
KLEINE KINDER HAT.

BIS DAS URTEIL RECHTS-
KRÄFTIG IST, KANN ER
SICH AUF FREIEM FUß
BEWEGEN.



JAAAAA A A



UNTERLASSEN SIE
DIESE BEKUNDUNGEN,
SONST MUSS ICH
SIE DES SAALS
VERWEISEN.



WARUM
SCHMEIßT DER
GÖTZL DIE NICHT
RAUS?
BRAV



DER MITANGEKLAGTE RALF WOLLEBEN WIRD WEGEN BEIHILFE
ZUM NEUNFACHEN MORD ZU EINER FREIHEITSSTRAFE VON
ZEHN JAHREN VERURTEILT.

STRAFMILDERND WURDE BERÜCKSICHTIGT,
DASS ER AUCH NOCH KLEINE KINDER HAT.

WARUM
DIESE MILDEN
URTEILE ??



MEIN KLEINER BRUDER WAR SECHS,
ALS MEIN VATER ERMORDET WURDE!



UND EUCH HAT GÖTZL MIT KEINEM
EINZIGEN WORT ERWÄHNT.

BIS WOHN UN NICHT WEITER?

86

**Zum behördlichen Umgang mit
extrem rechten Demonstrationen**

Frank Metzger (apabiz)

Die neonazistische Szene Berlins war in den vergangenen Jahren nur mäßig bei Straßenprotesten aktiv. Viele der altbekannten ProtagonistInnen zeigten sich nur selten oder gar nicht mehr. Mit dem „Rudolf-Heß-Marsch“ könnte sich nun eine jährliche Neonazi-Großveranstaltung etablieren – von zentraler Bedeutung für die regionale sowie die überregionale Szene. Allein dass dieser Aufmarsch bereits zweimal stattfinden konnte, können die Neonazis als Erfolg verbuchen, war er doch durch das „Wunsiedel-Urteil“ viele Jahre wegen NS-Verherrlichung verboten. Warum die Aufmärsche in Berlin doch stattfinden können, sorgt für Diskussionen und bei vielen für Unverständnis. Gleiches gilt für die Informationspolitik der Behörden, die antifaschistische Gegenproteste untergräbt und Menschen in Gefahr bringt.

In Berlin gab es in jüngster Zeit zwei Versuche des Innensenats, extrem rechte Demonstrationen zu verbieten – den neonazistischen „Rudolf-Heß-Marsch“ am 19. August 2017 sowie einen „Trauermarsch“ am 9. November 2018, organisiert von der extrem rechten Organisation „Wir für Deutschland“. Beide Versuche scheiterten.

Ob gegen neonazistische und andere extrem rechte Demonstrationen juristisch vorgegangen und ein Verbot als weitestgehendes Mittel angewandt werden soll, ist ein zu Recht umkämpfter Streitpunkt. Dieser wird nicht nur auf juristischer Ebene ausgefochten, sondern ist auch Gegenstand politischer und moralischer Auseinandersetzungen. Im Fokus stehen dabei folgende Kontroversen: Was soll und muss im Sinne der grundgesetzlich verbrieften Meinungsfreiheit im Rahmen einer demokratischen Gesellschaft toleriert und hingenommen bzw. „ausgehalten“ werden? Wo sind Grenzen des Tolerierbaren erreicht? Wann kann und sollte rechtsstaatlich mit einem Verbot oder zumindest mit Einschränkungen durch verbindliche Auflagen eingegriffen werden?

Die Meinungsfreiheit sowie die Demonstrationsfreiheit stehen als im Grundgesetz festgeschriebene Grundrechte unter besonderem verfassungsrechtlichen Schutz. Beide haben jedoch den Zusatz einer unter bestimmten Voraussetzungen möglichen Einschränkung. Die Meinungsfreiheit findet laut Art. 5 Abs. 2 GG ihre Grenzen bei den „Vorschriften der allgemeinen [Anm.: für alle geltenden] Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre“. Bezogen auf die Demonstrationsfreiheit heißt es in Art. 8 Abs. 2 GG dazu: „Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.“

Nicht selten geht es in der Auseinandersetzung um Verbote extrem rechter Demonstrationen, bei denen der Straftatbestand der Volksverhetzung erfüllt werden könnte, da die Gefahr droht, dass der Nationalsozialismus und NS-Akteure glorifiziert, deren Verbrechen relativiert und die Opfer verunglimpft werden. Für derartige Fälle wurde zum 1. April 2005 im Strafgesetzbuch der § 130 Abs. 4 StGB ergänzt:

„Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise dadurch stört, dass er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt.“

Mit Verweis auf diesen Passus, der als „Sondergesetz gegen Nazis“ kontrovers diskutiert und kritisiert wurde, bestätigte das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) am 4. November 2009 ein bereits 2005 von der Stadt Wunsiedel verhängtes und in mehreren Instanzen verhandeltes Verbot des „Rudolf-Heß-Marsches“ in dessen Begräbnisort. Das sogenannte „Wunsiedel-Urteil“ besagt, dass der jahrelang durchgeführte Heß-Marsch nicht allein als letztlich zu erdulden Huldigung einer NS-Persönlichkeit, sondern durchaus als NS-Verherrlichung zu werten sei. Das BVerfG verwies darauf, dass Heß als Stellvertreter Hitlers und Mitverantwortlicher sowie Unterzeichner der „Rassegesetze“ einer der Hauptprotagonisten des NS-Regimes war und bekräftigte das Verbot auch für die folgenden Jahre. Das Gericht bewertete es als unumgänglich, dass die Huldigung von Rudolf Heß § 130 Abs. 4 StGB erfülle und die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ damit gefährdet sei. Es betonte die Einschränkung der Meinungsfreiheit unter diesen besonderen Umständen als gerechtfertigt, da das Grundgesetz (GG) sowie die Bundesrepublik Deutschland als Reaktion und Gegenwurf zum Nationalsozialismus zu werten seien.

Steilvorlage ins Leere

Am 18. August 2018 fand zum zweiten Mal in Folge anlässlich des Todestages von Rudolf Heß der neonazistische Aufmarsch „Mord verjährt nicht! Gebt die Akten frei! Recht statt Rache!“ in Berlin statt. Dass im Gegensatz zu 2017 nicht einmal der Versuch unternommen wurde, die auf der Hand liegende NS-Verherrlichung juristisch zu verhindern, ist vermutlich der Befürchtung von Innensenator Andreas Geisel (SPD) geschuldet, ein zweites Mal zu scheitern. In 2017 hatte er sich zwar deutlich gegen den Neonazi-Aufmarsch ausgesprochen und betont, dass ihm ein Verbot „sehr sympathisch gewesen“ wäre. Seine Behörde hätte dies jedoch „sehr sorgfältig geprüft und festgestellt, dass die freiheitlich-demokratische Grundordnung leider auch für Arschlöcher gilt“. Letztlich konnten etwa 1.200 Neonazis durch Spandau marschieren und etwa 250 aufgrund blockierter Anreisewege spontan durch Falkensee. Im August 2018 waren es etwa 700 Neonazis in Friedrichshain und Lichtenberg.

Im Aufruf hatten die Neonazis die offene Huldigung sowie das Gedenken an Rudolf Heß strikt vermieden. Vielmehr wurde die Forderung nach einer erneuten Untersuchung der Todesumstände und die Freigabe von bis zum Sommer 2017 in Großbritannien unter Verschluss gehaltenen Akten thematisiert. In den rechtlichen Hinweisen der Veranstalter an die Teilnehmenden wurde das mit Verweis auf die Auflagen auch von diesen eingefordert:

„Im Fließtext zu dieser Auflage wird noch einmal auf den Paragraphen 130, Absatz 4 Bezug genommen. Die Berliner Polizei unterstreicht dabei, dass ‚jedwede Thematisierung von Rudolf Heß in verherrlichender Weise‘ ‚diesen Tatbestand‘ erfüllen würde. Explizit genannt werden Bezeichnungen wie ‚Friedensflieger‘ und ‚Märtyrer des Friedens‘. Die Liedzeile ‚Sein Glaube war stärker als Kerker und Schmerzen‘ [Anm.: Zitat aus dem Song „Rudolf Heß“ der als kriminelle Vereinigung verbotenen Neonazi-Band Landser] sei wie die Bezeichnung ‚Friedensflieger‘ eine Glorifizierung und Mythologisierung von Rudolf Heß und wäre daher als strafbar anzusehen.“

Das gewählte Motto „Mord verjährt nicht! Gebt die Akten frei! Recht statt Rache!“ machte klar, dass die nach offiziellen Erkenntnissen unzweifelhafte Selbsttötung Heß von Neonazis weiterhin als Mord verklärt wird und damit sein Märtyrer-Status aufrechterhalten werden soll. Das allein ist jedoch kein Straftatbestand. Auf eine Kleine Anfrage der Partei Die Linke im Abgeordnetenhaus hatte der Innensenat am 6. September 2017 geantwortet, dass die „hohen Voraussetzungen für ein Verbot des Aufzugs“ auch unter Berücksichtigung des „Wunsiedel-Urteils“ nicht vorgelegen hätten (Drucksache 18/12133). Dies wurde am 7. September 2018 in einer Antwort auf eine weitere Kleine Anfrage noch einmal bestätigt. Die Prüfung im Vorjahr hätte ergeben, dass es „um den Teilaspekt der Todesumstände von Heß und der Forderung nach deren Aufklärung“ gehe und dies „nicht inkriminiert“ sei. Es wurde auf die Auflagen der Innenverwaltung und deren zentralen Passus verwiesen: „Jede Verherrlichung von Rudolf Heß in Wort, Schrift und Bild wird untersagt.“ Die Taktik der Neonazis war aufgegangen und eine Demonstration für Rudolf Heß damit offiziell abgesehnet.

Genau gegen die zentrale Auflage ist nach Einschätzung von Versammlungsrechtler*innen wie dem Berliner Anwalt Sven Richwin jedoch 2017 wie auch 2018 bereits mit Entrollen des Fronttransparents verstoßen worden. Das dort gezeigte Zitat „Ich bereue nichts“ mit dem Zusatz „Nationale Sozialisten Berlin“ sei zweifelsohne Rudolf Heß zuzuordnen. Mit diesen Worten hatte Heß bei der Urteilsverkündung der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse seine Uneinsichtigkeit sowie bedingungslose Überzeugung vom NS und Treue zu Hitler manifestiert. Die Tragenden hätten sich laut Richwin die Aussage und Positionierung zu eigen gemacht, sich buchstäblich „hinter die Aussage gestellt“. Mit dem Transparent sei somit nicht nur gegen die Auflagen verstoßen worden, sondern auch der Straftatbestand nach § 130 Abs. 4 StGB eindeutig erfüllt gewesen, da kein Raum für eine anderweitige Interpretationsmöglichkeit verbleibe. Der Aufmarsch hätte demnach gleich zu Beginn von der Polizei beendet oder zumindest das Transparent einkassiert werden müssen. Doch die Polizei ließ gewähren und erklärte im Nachgang, dass das Justiziarat eingehend geprüft, aber „aufgrund der Mehrdeutigkeit der Äußerung [...] in diesem wie auch letztem Jahr keinen Verstoß gegen § 130 Abs. 4 StGB und die versammlungsrechtliche Auflage erkannt“ habe (Drucksache 18/16119). Diese fatale Einschätzung diene den Neonazis als Freifahrtschein.

Hinzu kommt, dass auch weitere Heß-Glorifizierungen nicht beanstandet wurden. So wurde 2017 vom Lautsprecherwagen das Lied „Deine Asche, dein Grab“ der neonazistischen Band Stahlgewitter abgespielt, indem es unter anderem heißt: „Angst vor einem Toten, der im Grabe liegt. Vor seinem Geist, bis heute unbesiegt. Vor der Asche, den Knochen, vor einem Greis. Kerker und Mord waren der Preis. Sie dachten, wenn keiner mehr dein Grabmal kennt, auch keiner mehr deinen Namen nennt. Dein Heldengrab ist überall. Ganz Deutschland ist dein Ehrenmal“. Auch wenn sein Name nicht genannt wird, ist der Song-Text doch zweifelsohne auf Rudolf Heß gemünzt. Ähnlich verhielt es sich bei der Auftaktkundgebung 2018. Vom Lautsprecherwagen wurde eine Instrumentalversion des in den Auflagen erwähnten Songs „Rudolf Heß“ der als kriminelle Vereinigung verbotenen Band Landser abgespielt. Dass die Polizei das Transparent nicht als klaren Verstoß wertete und darin sowie bei den Songs keinen Anlass zur Intervention sah, stieß auf viel Kritik und Unverständnis. Die Kritik richtete sich auch an Innensenator Geisel, der 2018 trotz

»Das dort gezeigte Zitat ›Ich bereue nichts‹ mit dem Zusatz ›Nationale Sozialisten Berlin‹ sei zweifelsohne Rudolf Heß zuzuordnen. Mit diesen Worten hatte Heß bei der Urteilsverkündung der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse seine Uneinsichtigkeit sowie bedingungslose Überzeugung vom NS und Treue zu Hitler manifestiert. Die Tragenden hätten sich laut Rechtsanwalt Richwin die Aussage und Positionierung zu eigen gemacht, sich buchstäblich ›hinter die Aussage gestellt‹.«

dieser Erfahrungen nicht noch einmal ein Verbot prüfen ließ und lediglich auf die Ergebnisse der Prüfung aus dem Vorjahr verwies. Verwunderlich ist auch, dass trotz eines in den Auflagen verhängten Uniformierungsverbots keinerlei Widerspruch darin gesehen wurde, dass die Neonazis zu „einheitlicher weißer Oberbekleidung“ aufriefen und der Aufmarsch somit im Stile der SA abgehalten werden konnte.

Ein Schlag ins Wasser

Möglicherweise in Reaktion auf die Kritik versuchte Geisel zu einem anderen Anlass ein Machtwort zu sprechen. Für den 9. November 2018, dem 80. Jahrestag der Reichspogromnacht, hatte die extrem rechte Organisation „Wir für Deutschland“ (WfD) eine Demonstration unter dem Motto „Trauermarsch für die Toten von Politik“ angemeldet, um angeblich den „Opfern an den Grenzen der ehemaligen DDR“ zu gedenken (Drucksache 18/17137). Vermutlich auch aufgrund des öffentlichen Drucks hatte Geisel ein Verbot ausgesprochen. Eine breit angelegte zivilgesellschaftliche Mobilisierung zu Gegenprotesten ließ bereits im Vorfeld erahnen, dass viele Tausend Menschen auf die Straße gehen würden. Vertreter*innen jüdischer Organisationen hatten an Geisel persönlich appelliert, die Provokation zu unterbinden. Im Verbot wurde mit Verweis auf diese historische Bedeutung des Datums sowie die Erfahrungen mit der vom selben Anmelder organisierten Demonstrationsreihe „Merkel muss weg“ bzw. „Nein zur GroKo“ argumentiert, dass sich abermals die „Teilnehmenden vornehmlich aus der rechtsextremistischen Szene rekrutieren“ würden, von denen in der Vergangenheit bereits eine „Vielzahl szenetypischer Straftatbegehungen [...] insbesondere Verstöße [...] gegen § 86a StGB [Anm.: Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen]“ begangen worden seien.

Politiker*innen, zivilgesellschaftliche Vertreter*innen und Versammlungsrechtler*innen zweifelten von Anbeginn an der Standfestigkeit dieses Verbots und äußerten teils Kritik an der willkürlichen Formulierung. Es überraschte daher kaum, dass das Verbot gerichtlich gekippt wurde und der „Trauermarsch“ stattfinden konnte, der dennoch ein großer Reinfall für die extremen Rechten wurde. Gekommen waren nur etwa 140 mehrheitlich männliche Teilnehmende, die schweigend und Grablichter tragend vom Hauptbahnhof zum Gedenkort für die Maueropfer am Brandenburger Tor liefen. Begleitet wurden sie von massiven Gegenprotesten sowie einem großen Presseaufgebot.

Gegenproteste ausgebremst

Im Kontrast zu diesem zurückhaltenden bis zuvorkommenden Vorgehen der Behörden gegenüber Neonazis steht deren teilweiser Umgang mit antifaschistischen Gegenprotesten. 2017 war es noch gelungen, große Gegenproteste zu organisieren und mit Blockaden für eine verkürzende Routenänderung des „Rudolf-Heß-Marsches“ in Spandau zu sorgen. Im Folgejahr hingegen konnten die Neonazis nahezu problemlos durch Friedrichshain und Lichtenberg laufen. Dies gelang einerseits aufgrund einer Taktik der Neonazis, andererseits aber auch aufgrund der zu kriti-

sierenden polizeilichen Informationspolitik. Erst wenige Tage vor dem Aufmarsch wurde zufällig bekannt, dass neben der Route in Spandau eine weitere Anmeldung unter leicht anderem Motto für Lichtenberg und Friedrichshain vorlag. Anwohner*innen hatten polizeiliche Warnzettel wahrgenommen, dass in „Berlin-Mitte, Friedrichshain, Kreuzberg und Lichtenberg mehrere Versammlungen“ stattfinden würden und mit „Beeinträchtigungen und verkehrsbedingten Einschränkungen zu rechnen“ sei. Dass damit der Heß-Marsch gemeint war, wurde erst durch journalistische Nachfrage bekannt. Offenkundig verfolgt die Polizei bisweilen primär das Interesse, die eigene Arbeitsbelastung gering zu halten und Neonazi-Aufmärsche möglichst störungsfrei abzuwickeln. Das hat zweierlei Konsequenzen: Indem den Neonazis auf diese Weise ihre Demonstrationsfreiheit ermöglicht wird, wird gleichzeitig in Kauf genommen oder sich gar bewusst entschieden, den Gegenprotestierenden genau dieses Grundrecht zu untergraben oder schlichtweg unmöglich zu machen. Erschwerend kommt hinzu, dass durch diese Desinformation Personen, die ins Feindbild-Schema der Neonazis passen, Gefahr laufen, unvorbereitet mit gewalttätigen Neonazis konfrontiert und einer erhöhten konkreten Gefährdung ausgesetzt zu sein.

Als die Neonazis sich vermeintlich spontan für die Route durch Friedrichshain und Lichtenberg entschieden, ging der Plan auf: In der Kürze der Zeit konnte nur ein Teil des Gegenprotests an die Aufmarschrouten mobilisiert werden. Doch damit nicht genug: Wie schon auch 2017 in Spandau wurden die Neonazis nur an der Spitze und am Ende des Aufmarsches von Polizei begleitet. An den Seiten sahen sich vereinzelt Gegendemonstrant*innen sowie Anwohner*innen, Passant*innen und Pressevertreter*innen direkt den etwa 700 Neonazis gegenüber und mit deren teils aggressiven verbalen Gewaltdrohungen konfrontiert. Dies schuf eine beängstigende und bedrohliche Situation, und es ist wohl nur dem Zufall zu verdanken, dass es nicht wie im Vorjahr zu gewalttätigen Ausbrüchen der Neonazis infolge von Störversuchen am Rande des Demonstrationzugs kam.

Staatliche Intervention ist kein Selbstzweck

Die Meinungs- und die Demonstrationsfreiheit sind unverzichtbare, elementare und unbedingt zu verteidigende Errungenschaften der demokratischen Gesellschaft, die auch für extreme Rechte gelten. Staatliches Eingreifen – zumal mittels „Sonderrechten gegen Neonazis“ – sollte sehr kritisch betrachtet und wenn nur äußerst zurückhaltend eingefordert werden. Es sollte immer auch berücksichtigt werden, dass Forderungen aufgestellt werden könnten, staatliche Sanktionsmaßnahmen und Einschränkungen der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit auch gegen andere missliebige politische Strömungen zu schaffen. Zu betonen bleibt, dass eines der wichtigsten und sinnvollsten Mittel gegen die extreme Rechte zivilgesellschaftliches Engagement ist – sei es lautstarker und entschlossener antifaschistischer Gegenprotest auf der Straße oder aber weitreichende und nachhaltige Aufklärungs- und Bildungsarbeit.

Dass die Würde der Opfer des Nationalsozialismus einen besonderen Schutz und damit NS-Verherrlichung Einschränkungen erfährt, ist jedoch nachvollzieh-

bar und unbedingt zu vertreten. Dazu ist es auch notwendig, bestimmte Äußerungen und Ausdrucksformen im Rahmen des bestehenden Rechts einschränken und sanktionieren zu können – sei es Holocaust-Leugnung, rassistische und antisemitische Diffamierungen, Aufrufe zu Gewalt- und Tötungsdelikten, das Zeigen des Hitler-Grußes oder andere Formen der NS-Wiederbetätigung. Um es zuzuspitzen: Es ist richtig und wichtig, Neonazis nicht uniformiert, mit brennenden Fackeln und Hakenkreuzfahnen zu Trommelschlägen durch das Brandenburger Tor marschieren zu lassen. Und: Sie sollten sehr wohl daran gehindert werden, in aller Öffentlichkeit Rudolf Heß oder anderen Hauptverantwortlichen des NS-Regimes offen zu huldigen. In diesem Sinne muss es auch möglich sein, bei einzelnen Anlässen das Demonstrationsrecht mit Auflagen einzuschränken und als letzte Maßnahme auch Veranstaltungen zu verbieten. Mindestens zu erwarten ist aber, dass Auflagen von Behördenseite tatsächlich ernst genommen, offensichtliche Verstöße als solche geahndet werden und daraus Konsequenzen folgen. Bei den „Rudolf-Heß-Märschen“ der letzten beiden Jahre hat sich gezeigt, dass die Neonazis mit taktischer Zurückhaltung bei ihrer Mobilisierung einen Verstoß gegen § 130 Abs. 4 StGB erfolgreich umgangen haben. Vor Ort wurde dann vor allem mit dem Frontrtransparent ganz offen und auch mit der abgespielten Musik Heß glorifiziert. Dass dies 2017 nicht beanstandet wurde und auch für den Aufmarsch 2018 keine Folgen hatte, ist skandalös. Dass das „Wunsiedel-Urteil“ unter diesen Umständen in Berlin keine ausreichende Grundlage sein soll, ist kaum nachvollziehbar und vermittelbar und erschließt sich auch für in Versammlungsrecht versierte Jurist*innen nicht. Auch wenn bis jetzt noch keine Mobilisierung für einen „Rudolf-Heß-Marsch“ 2019 erkennbar ist, ist nicht auszuschließen, dass dieser auch in diesem August in Berlin stattfinden und damit erneut eine offene NS-Glorifizierung mit polizeilicher Absegnung zelebriert werden soll. Innensenator Geisel wird sich an seinen markigen Sprüchen messen und sich die Frage gefallen lassen müssen, ob er aufgrund der Erfahrungen der letzten beiden Jahre immer noch keine Notwendigkeit sieht, erneut ein Verbot zu prüfen. Eines ist klar, sollte das nicht der Fall sein: Antifaschistischen und zivilgesellschaftlichen Gegenprotest wird es definitiv geben – verbunden mit der dringenden Forderung, diesen anstandslos zu ermöglichen und auch hier das Demonstrationsrecht zu garantieren sowie im direkten Umfeld der Neonazis für ausreichenden Schutz vor deren Gewaltpotential zu sorgen.

Das antifaschistische pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz) ist das größte und umfangreichste öffentlich zugängliche Facharchiv zur extremen Rechten in Deutschland nach 1945. Seit 1991 recherchieren, dokumentieren, archivieren, analysieren, informieren und publizieren wir unter anderem über die militante Neonaziszene, extrem rechte Parteien, Organisationen und Netzwerke, die Entwicklung ideologischer Ausrichtungen der unterschiedlichsten Facetten der extremen Rechten, die Einflussnahme auf verschiedene Jugendkulturen und die rechte Medienlandschaft. Über die extreme Rechte in Berlin berichten wir auf unserem Blog rechtaussen.berlin.

CHRONIK

**rechter, rassistischer und
antisemitischer
Angriffe in Berlin 2018**

Stand 21. Februar 2019

001 →

1. Januar 2018 → **Berlin-Friedrichshain** → Nach Mitternacht werden sieben alternative Jugendliche von einer Gruppe von neun Neonazis, darunter drei Frauen, in der Voigtstraße angegriffen und geschlagen. Die drei Männer und vier Frauen können sich in eine linke Kneipe retten. Sie erstatten keine Anzeige, als die Polizei erscheint.

→

Register Friedrichshain-Kreuzberg

002 →

6. Januar 2018 → **Berlin-Köpenick** → Eine Mitarbeiterin der Unterkunft für Geflüchtete in der Salvator-Allende-Straße wird von einem Mann, der zusammen mit anderen Flyer der NPD im Allende-Viertel verteilt hat, fotografiert und massiv bedroht. Ein Sicherheitsmitarbeiter greift ein und sie rufen die Polizei.

→

Register Treptow-Köpenick

003 →

9. Januar 2018 → **Berlin-Wedding**

Buslinie 221 → Eine 23-jährige Frau wird gegen 13.00 Uhr in einem Bus der Linie 221 von zwei unbekanntem Frauen rassistisch beleidigt, ins Gesicht geschlagen und verletzt.

→

Polizei Berlin, 9.01.2018

004 →

11. Januar 2018 → **Berlin-Treptow** → Eine Fahrradfahrerin wird am Busbahnhof am S-Bahnhof Schöne-weide von einem Mann gestoßen, sodass sie auf die Straßenbahnschienen fällt. Als die Fahrradfahrerin aufsteht, schlägt der Unbekannte ihr ins Gesicht und beleidigt sie als „scheiß linke Zecke“.

→

Register Treptow-Köpenick

005 →

15. Januar 2018 → **Berlin-Reinickendorf**

Bushaltestelle → Ein 15-jähriger Junge, der mit mehreren Jugendlichen an einer Bushaltestelle am Kurt-Schuhmacher-Platz steht, wird gegen 13.30 Uhr von einer 33-jährigen Frau, die von einem 29-jährigen Mann begleitet wird, rassistisch beleidigt. Bei der darauf folgenden Auseinandersetzung wird ein 16-jähriger Begleiter des Jugendlichen verletzt

→

Polizei Berlin, 15.01.2018

Tagesspiegel, 15.01.2018

Berliner Zeitung, 16.01.2018

006 →

15. Januar 2018 → **Berlin-Schöneberg**

U-Bahnhof Yorckstraße → Gegen 19.00 Uhr werden drei obdachlose Männer von einem unbekanntem Mann angegriffen. Ein 50-jähriger Mann wird ins Gesicht getreten und ein 36-jähriger Mann wird ins Gesicht geschlagen. Ein unbekannter Obdachloser wird mit einem Gegenstand am Bein verletzt.

→

Polizei Berlin, 16.01.2018

Tagesspiegel, 16.01.2018

Berliner Zeitung, 16.01.2018

berlinonline.de, 16.01.2018

rbb24.de, 16.01.2018

007 →

18. Januar 2018 → **Berlin-Wedding** → Ein 26-jähriger Mann wird gegen 2.30 Uhr in der Prinzenallee Ecke Bellermannstraße in Gesundbrunnen von mehreren Männern aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, zu Boden geschlagen und beraubt.

→

Polizei Berlin, 18.01.2018

queer.de, 18.01.2018

Berliner Zeitung, 19.01.2018

008 →

20. Januar 2018 → **Berlin-Friedrichshain** → Eine

27-jährige und eine 29-jährige Frau werden gegen 2.00 Uhr in der Boxhagener Straße von einem 33- und einem 34-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und geschlagen.

→

Polizei Berlin, 08.03.2018

009 →

20. Januar 2018 → **Berlin-Kreuzberg**

U-Bahnlinie 8 → Gegen 5.10 Uhr werden eine Frau und ein Mann in der U-Bahn zwischen Moritzplatz und Kottbusser Tor durch zwei unbekannte Männer aus antisemitischer Motivation mit abgebrochenen Glasflaschen bedroht.

→

Register Friedrichshain-Kreuzberg

010 →

20. Januar 2018 → **Berlin-Köpenick** → Gegen 12.30 Uhr wird ein Teilnehmer einer Kundgebung gegen eine Veranstaltung der NPD in deren Bundeszentrale auf dem Mandrellaplatz von einem jungen Neonazi gestoßen, nachdem Antifaschist_innen von dem Neonazi verfolgt und gefilmt wurden.

→

Register Treptow-Köpenick

011 →

20. Januar 2018 → **Berlin-Steglitz**

Bushaltestelle → An einer Bushaltestelle in der Albrechtstraße wird gegen 22.00 Uhr ein 37-jähriger Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes der BVG, der von einem 53-jährigen Kollegen begleitet wird, von einem 19-jährigen Mann rassistisch beleidigt und angegriffen. Der 37-Jährige kann dem Kopfstoß des 19-jährigen ausweichen.

→

Polizei Berlin, 21.01.2018

Tagesspiegel, 21.01.2018

Berliner Zeitung, 22.01.2018

012 →

21. Januar 2018 → **Berlin-Mitte** → Ein 64-jähriger Taxifahrer wird gegen 21.45 Uhr in der Alexanderstraße von einem 24-jährigen Fahrgast rassistisch beleidigt, angegriffen und verletzt.

→

Register Polizei Berlin, 22.01.2018

Tagesspiegel, 22.01.2018

013 →

23. Januar 2018 → **Berlin-Wedding** → Gegen 9.45 Uhr werden Mitarbeiter_innen einer migrantischen Organisation von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und bedroht. Der Unbekannte versucht in das Büro einzudringen und bespuckt die Fensterscheibe.

→

Register Mitte

014 →

25. Januar 2018 → **Berlin-Mitte** → Gegen 19.30 Uhr werden mehrere Personen auf dem Alexanderplatz von einem 40-jährigen Mann, aus einer Gruppe heraus, rassistisch beleidigt und mit einer Flasche beworfen. Die Flasche verfehlt die Männer und zerstört eine Lichtplatte, wobei niemand verletzt wird.

→

Polizei Berlin, 26.01.2018,

Berliner Zeitung, 26.01.2018

015 →

27. Januar 2018 → **Berlin-Treptow** → Eine 54-jährige Frau und ihre 25-jährige Tochter werden gegen 14.15 Uhr in der Puschkinallee in Alt-Treptow von einer 68-jährigen Frau aus antimuslimischer Motivation beleidigt. Die 68-Jährige versucht, der 25-jährigen Frau das Kopftuch vom Kopf zu reißen.

→

Polizei Berlin, 15.06.2018

016 →

27. Januar 2018 → **Berlin-Neukölln** → Gegen 16.30 Uhr wird eine 21-jährige Frau, die mit ihrer Freundin in der Flughafenstraße unterwegs ist, aus LGB-TIQ-feindlicher Motivation von drei unbekanntem Männern bespuckt und gestoßen.

→

Polizei Berlin, 16.10.2018

017 →

28. Januar 2018 → **Berlin-Spandau** → In der Nacht werden zwei Scheiben der Geflüchtetenunterkunft in der Freudstraße von Unbekanntem eingeworfen. Menschen werden nicht verletzt.

→

Polizei Berlin, 29.01.2018
Berliner Zeitung, 29.01.2018

018 →

29. Januar 2018 → **Berlin-Marzahn** → Ein Bewohner einer Geflüchtetenunterkunft wird auf dem Weg vom S-Bahnhof Raoul-Wallenberg-Straße zur Bitterfelder Straße von einer Gruppe von Männern rassistisch beleidigt und verfolgt. Der Geflüchtete wird von einem Mann am Rucksack festgehalten und bis ins Heim verfolgt.

→

Register Marzahn-Hellersdorf

022 →

31. Januar 2018 → **Berlin-Hellersdorf** → In der Nähe einer Geflüchtetenunterkunft in der Maxi-Wander-Straße wird ein Mann von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt. Drei Jugendsozialarbeiter, die mit drei Kindern unterwegs sind, mischen sich ein und werden auch rassistisch beleidigt und massiv bedroht. Ein Anwohner greift ein. Daraufhin kann die Gruppe die Situation verlassen.

→

Register Marzahn-Hellersdorf

023 →

1. Februar 2018 → **Berlin-Neukölln** → Gegen 2.40 Uhr wird in der Karl-Elsasser-Straße in Britz das Auto des Buchhändlers angezündet, der schon wiederholt von Angriffen von extrem Rechten betroffen war.

→

Polizei Berlin, 01.02.2018
Berliner Kurier, 01.02.2018
Tagesspiegel, 02.02.2018
blick nach rechts, 05.02.2018
Berliner Zeitung, 14.02.2018

024 →

1. Februar 2018 → **Berlin-Neukölln** → Gegen 3.00 Uhr wird das Auto eines Mitgliedes des Bezirksvorstandes der Linken Neukölln im Klettenweg in Rudow in Brand gesteckt.

→

Polizei Berlin, 03.02.2018

028 →

6. Februar 2018 → **Berlin-Neukölln**

S-Bahnhof Neukölln → Gegen 2.45 Uhr werden ein Schlafsack und andere Gegenstände von Obdachlosen im S-Bahnhof Neukölln von einer unbekanntem Person in Brand gesteckt. Es wird niemand verletzt. Vorher wurden ein 22- und ein 33-jähriger Mann von einem Mann aus sozialdarwinistischer Motivation aus dem S-Bahnhof geschickt.

→

Bundespolizei, 06.02.2018
Tagesspiegel, 06.02.2018
Berliner Zeitung, 06.02.2018
rbb24.de, 06.02.2018

029 →

7. Februar 2018 → **Berlin-Treptow**

S-Bahnhof Adlershof → Ein unbekanntem Mann wird in der S-Bahn Linie S9 von einem 33-jährigen Mann aus rassistischer Motivation beleidigt. Als der Unbekannte am S-Bahnhof Adlershof aussteigt, wird er von dem 33-Jährigen getreten. Eine Zeugin macht die Bundespolizei auf den Angriff aufmerksam.

→

Bundespolizei, 08.02.2018
Berliner Morgenpost, 08.02.2018

030 →

8. Februar 2018 → **Berlin-Kreuzberg**

U-Bahnlinie 7 → Gegen 16.10 Uhr wird ein unbekanntem Mann in der U7, kurz bevor die Bahn am U-Bahnhof Mehringdamm hält, aus rassistischer Motivation ins Gesicht geschlagen. Zeug_innen greifen nicht ein, da der unbekanntem Täter und seine Begleiter sehr bedrohlich wirken.

→

Register Friedrichshain-Kreuzberg

034 →

12. Februar 2018 → **Berlin-Mitte** → Gegen 20.00 Uhr werden zwei 31-jährige Männer beim Verlassen einer Einkaufspassage in der Karl-Liebknecht-Straße von einem Sicherheitsmitarbeiter aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt. Einer der Männer wird geschlagen und schwer verletzt. Zeug_innen greifen nicht ein. Die beiden Männer erstatten Anzeige.

→

Register Mitte

035 →

14. Februar 2018 → **Berlin-Mitte** → Ein 26-jähriger Mann wird gegen 17.00 Uhr von einem Angestellten eines Geschäftes am Leipziger Platz rassistisch beleidigt und zum Ausgang geschoben.

→

Polizei Berlin, 15.02.2018
tag24.de, 15.02.2018

036 →

16. Februar 2018 → **Berlin-Tiergarten** → Ein 41-jähriger Mann wird gegen 17.30 Uhr in seiner Hauseinfahrt in der Stromstraße von zwei Nachbarn im Alter von 19 und 50 Jahren rassistisch beleidigt und angegriffen.

→

Polizei Berlin, 08.03.2018
ReachOut

040 →

1. März 2018 → **Berlin-Köpenick** → Gegen 22.30 Uhr wird ein 23-jähriger Geflüchteter, der die Unterkunft in der Straße Alter Markt verlässt, von einem unbekanntem Mann, der in Begleitung von zwei weiteren Männern ist, rassistisch beleidigt und mit einer Flasche beworfen.

→

Polizei Berlin, 03.03.2018
Berliner Zeitung, 03.03.2018
Die Welt, 03.03.2018

041 →

3. März 2018 → **Berlin-Kreuzberg** → Gegen 4.00 Uhr wird ein 38-jähriger Mann, der einer Frau helfen will, in der Reichenberger Straße von zwei Hausbewohnern rassistisch beleidigt und mit Pfefferspray besprüht. Der 38-Jährige hatte von einem Balkon des Hauses aus Hilfeschreie einer Frau gehört. Die herbeigerufene Polizei verdächtigt das Opfer, eine Straftat begangen zu haben. Sie bringen den Mann zu Boden, fesseln ihn und nehmen ihn fest.

→

Register Friedrichshain-Kreuzberg
ReachOut

042 →

3. März 2018 → **Berlin-Mitte** → Ein Demonstrant einer „Save Afrin“-Demonstration auf dem Alexanderplatz wird gegen 12.00 Uhr von einem Mann, der antisemitische Plakate trägt, geschlagen. Die Polizei erteilt dem Angreifer einen Platzverweis.

→

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)
Register Mitte

019 →

30. Januar 2018 → **Berlin-Kreuzberg** → Gegen 5.25 Uhr wird ein 30-jähriger Mann in der Skalitzer Straße von einem unbekanntem Mann, den er in einer Bar kennengelernt hat, aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, geschlagen, getreten und gewürgt.

→
Polizei Berlin, 08.03.2018

020 →

30. Januar 2018 → **Berlin-Neukölln** → Ein 21-jähriger Mann wird in der Buschkrugallee gegen 13.00 Uhr von einem 27-jährigen Mann aus antimuslimischer Motivation beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 08.03.2018

021 →

30. Januar 2018 → **Berlin-Treptow** → Ein 35-jähriger Mann wird gegen 14.30 Uhr in der Weerthstraße von einer 40-jährigen Frau rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 08.03.2018

025 →

4. Februar 2018 → **Berlin-Neukölln**

U-Bahnhof Hermannplatz → Ein 28-jähriger Mann wird gegen 0.30 Uhr auf dem U-Bahnhof Hermannplatz aus einer Gruppe heraus aus LGBTIQ-feindlicher Motivation bedrängt, gestoßen, geschlagen und verletzt. Der 28-Jährige wird von einem 21-jährigen Mann verfolgt.

→
Polizei Berlin, 04.02.2018
queer.de, 04.02.2018

026 →

5. Februar 2018 → **Berlin-Neukölln** → Gegen 14.55 Uhr wird eine junge Frau mit Kopftuch auf der Straße Alt-Rudow von einem Mann, der in Begleitung einer Frau ist, aus antimuslimischer Motivation beleidigt und gestoßen.

→
Tagesspiegel, 12.02.2018
Register Neukölln

027 →

6. Februar 2018 → **Berlin-Lichtenberg** → In der Nacht wird ein Geflüchteter in der Nähe einer Unterkunft von mehreren Männern aus antimuslimischer Motivation beleidigt, bedroht und gestoßen.

→
Register Lichtenberg

031 →

8. Februar 2018 → **Berlin-Wedding** → Gegen 20.00 Uhr wird eine 40-jährige Frau, die in Begleitung ihrer 36-jährigen Schwester in der Föhrrer Straße unterwegs ist, von einem unbekanntem Mann aus rassistischer Motivation beleidigt, mit der Faust in den Magen geschlagen und verletzt.

→
Polizei Berlin, 09.02.2018
Berliner Morgenpost, 09.02.2018
Berliner Zeitung, 10.02.2018

032 →

9. Februar 2018 → **Berlin-Prenzlauer Berg**

S-Bahnhof Schönhauser Allee → Zwei Jugendliche im Alter von 17 und 18 Jahren werden gegen 21.00 Uhr im S-Bahnhof Schönhauser Allee von drei unbekanntem Männern aus LGBTIQ-feindlicher Motivation aus der S-Bahn gestoßen. Die beiden werden am Boden liegend geschlagen, getreten und verletzt.

→
Polizei Berlin, 11.02.2018
Tagesspiegel, 11.02.2018
Berliner Morgenpost, 11.02.2018
queer.de, 11.02.2018
Berliner Zeitung, 12.02.2018

033 →

11. Februar 2018 → **Berlin-Spandau** → Ein Mann findet in seinem Briefkasten eine handschriftliche Notiz, in der er aus antisemitischer Motivation mit Mord bedroht wird.

→
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

037 →

18. Februar 2018 → **Berlin-Zehlendorf** → Kurz nach 12.00 Uhr wird ein 28-jähriger Busfahrer von einem unbekanntem Fahrgast an der Haltestelle Gimpelsteig rassistisch beleidigt. Der Busfahrer wird von dem Schäferhund des Fahrgastes bedrohlich angeknurrt.

→
Polizei Berlin, 18.02.2018
Berliner Sonntagsblatt, 18.02.2018

038 →

19. Februar 2018 → **Berlin-Schöneberg** → Eine Mitarbeiterin der Unterkunft für Geflüchtete in der Salvador-Allende-Straße wird von einem Mann, der zusammen mit anderen Flyer der NPD im Allende-Viertel verteilt hat, fotografiert und massiv bedroht. Ein Sicherheitsmitarbeiter greift ein und sie rufen die Polizei.

→
Polizei Berlin, 20.02.2018
Tagesspiegel, 20.02.2018
Berliner Morgenpost, 20.02.2018
Die Welt, 21.02.2018

039 →

25. Februar 2018 → **Berlin-Lichtenberg** → Ein 47-jähriger Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes wird gegen 20.00 Uhr in der Wohnungslosenunterkunft in der Paul-Gesche-Straße in Friedrichsfelde von einem 19-Jährigen rassistisch beleidigt und mit der Faust geschlagen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

043 →

3. März 2018 → **Berlin Weißensee** → Vier geflüchtete Jugendliche werden auf der sogenannten Piazza Bucher Chaussee Ecke Achillesstraße in Karow von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und angespuckt.

→
Pankower Register

044 →

3. März 2018 → **Berlin Weißensee** → Die vier geflüchteten Jugendlichen werden erneut angegriffen. Der Mann, der sie zuvor angegriffen hatte, ist in Begleitung von 10 bis 15 Männern wieder gekommen und gemeinsam schlagen sie auf die Jugendlichen ein. Die Jugendlichen fliehen und bringen sich in einem Imbiss in Sicherheit.

→
Pankower Register

045 →

3. März 2018 → **Berlin-Mitte** → Ein 27-jähriger Demonstrant gegen eine rassistische Demonstration wird gegen 16.40 Uhr in der Friedrichstraße von einem 42-jährigen Teilnehmer geschlagen.

→
Polizei Berlin, 16.05.2018

046 →

4. März 2018 → **Berlin-Hohenschönhausen**

Tramhaltestelle → Gegen 4.45 Uhr wird einem 58-jähriger Mann aus rassistischer Motivation an der Haltestelle Zingster Straße aus einer Gruppe heraus von einem Unbekannten mit einem Messer in den Rücken gestochen. Der 58-Jährige hatte zuvor in der Straßenbahn M5 einen Streit beobachtet. Er verlässt die Bahn an der gleichen Haltestelle wie die Gruppe.

→
Polizei Berlin, 04.03.2018

047 →

6. März 2018 → **Berlin-Wedding**

U-Bahnlinie 9 → Eine 52-jährige Frau wird gegen 16.40 Uhr in der U-Bahn Linie 9 zwischen den Stationen Amrumer Straße und Westhafen von einem unbekanntem Mann, der in Begleitung eines anderen Mannes ist, aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und getreten.

→
Polizei Berlin, 07.03.2018
Tagesspiegel, 07.03.2018
queer.de, 07.03.2018
Berliner Zeitung, 08.03.2018

048 →

7. März 2018 → **Berlin-Neukölln** → Ein 24- und ein 27-jähriger Mann werden gegen 23.40 Uhr in der Mainzer Straße von zwei unbekanntem Jugendlichen aus LGBTIQ-feindlicher Motivation angegriffen. Der 24-Jährige bekommt einen Schlag gegen den Kopf und einen Stich mit einem Messer in den Oberschenkel.

→
Polizei Berlin, 09.03.2018
queer.de, 09.03.2018

052 →

12. März 2018 → **Berlin-Neukölln**

U-Bahnhof Neukölln → Ein 24-jähriger Mann wird gegen 10.30 Uhr in der U-Bahn am U-Bahnhof Neukölln von unbekanntem Tätern aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und angegriffen.

→
Polizei Berlin, 16.05.2018

053 →

17. März 2018 → **Berlin-Charlottenburg** → Gegen 4.20 Uhr wird ein 68-jähriger, obdachloser Mann im Bahnhof Zoologischer Garten von zwei Männern im Alter von 14 und 24 Jahren aus sozialdarwinistischer Motivation festgehalten, mit Reizgas bedroht und beraubt.

→
Polizei Berlin, 17.03.2018
Register Charlottenburg-Wilmersdorf

054 →

19. März 2018 → **Berlin-Treptow** → Eine 43-jährige Frau und ihre 15-jährige Tochter werden gegen 10.40 Uhr in der Albert-Einstein-Straße in Adlershof aus einem Auto heraus von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und verfolgt. Die Frau und die Tochter fliehen in ein Ärztehaus und der Unbekannte verfolgt, beleidigt und bedroht sie auch da.

→
Polizei Berlin, 19.03.2018
welt.de, 19.03.2018
Register Treptow-Küpenick

058 →

27. März 2018 → **Berlin-Spandau** → Gegen 10.05 Uhr wird ein 14-jähriges Mädchen in einem Hausflur in der Seeburger Straße von einer 57-jährigen Frau rassistisch beleidigt, mit der Faust auf die Schulter geschlagen und bedroht.

→
Polizei Berlin, 15.06.2018

059 →

27. März 2018 → **Berlin-Spandau** → Gegen 16.40 Uhr wird eine 39-jährige Frau, die von Bekannten und Kindern begleitet wird, auf einem Spielplatz im Cosmarweg in Staaken von einer 26-jährigen Frau rassistisch beleidigt und zu Boden gestoßen.

→
Polizei Berlin, 28.03.2018
Moz.de, 28.03.2018

060 →

28. März 2018 → **Berlin-Köpenick** → Eine Frau in Köpenick-Nord wird aus antisemitischer Motivation massiv bedroht. Ihre Wohnungstür wird mit einem Fadenkreuz und dem Wort „Juden“ beschmiert.

→
Register Treptow-Köpenick

064 →

2. April 2018 → **Berlin-Charlottenburg** → Ein unbekannter Mann wird gegen 15.05 Uhr am Theodor-Heuss-Platz im Stadtteil Westend von einem 44-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und ins Gesicht geschlagen. Ein Zeuge erstattet Anzeige.

→
Polizei Berlin, 1.02.2019

065 →

3. April 2018 → **Berlin-Hohenschönhausen** → Ein 34-jähriger Mann wird gegen 19.30 Uhr in der Demminer Straße in Neu-Hohenschönhausen von zwei unbekanntem Männern rassistisch beleidigt. Der 34-jährige wird von einem der Unbekannten verfolgt, in den Rücken getreten, am Hals gepackt, gegen einen Baum gedrückt und verletzt.

→
Polizei Berlin, 4.04.2018
Tagesspiegel, 4.04.2018
Berliner Morgenpost, 4.04.2018
rbb24.de, 4.04.2018

066 →

5. April 2018 → **Berlin-Friedrichshain** → Gegen 19.00 Uhr wird ein 62-jähriger, wohnungsloser Rollstuhlfahrer von einer 31-jährigen Frau vor dem Ostbahnhof auf die Straße gestoßen, so dass er aus dem Rollstuhl fällt und sich verletzt.

→
Bundespolizei, 6.04.2018

070 →

10. April 2018 → **Berlin-Tempelhof** → Eine 26-jährige Frau, die in Begleitung einer Freundin ist, wird gegen 21.00 Uhr am Lichtenrader Damm von einem 49-jährigen Mann rassistisch beleidigt und am Bein verletzt, als der 49-Jährige mehrfach deren Autotür zuschlägt.

→
Polizei Berlin, 14.04.2018

071 →

11. April 2018 → **Berlin-Neukölln** → Gegen 23.30 Uhr wird ein 23-jähriger Mann in der Sonnenallee aus einer Gruppe von 15 Personen heraus aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und beraubt. Der 23-Jährige wird von drei Männern umringt, die ihm sein Essen aus der Hand schlagen, und von einem Mann mit einem Messer verletzt. Er wird von einem weiteren Mann mit Reizgas besprüht und zu Boden gestoßen. Nachher bemerkt der 23-jährige Mann, dass er beraubt wurde.

→
Polizei Berlin, 11.04.2018
Tagesspiegel, 12.04.2018

072 →

13. April 2018 → **Berlin-Charlottenburg** → Eine Schülerin wird von Mitschüler_innen aus antiziganistischer Motivation beleidigt und im Gesicht gekratzt.

→
Amaro Foro
Register Charlottenburg

049 →

8. März 2018 → **Berlin-Reinickendorf**

U-Bahnlinie 6 → Gegen 10.00 Uhr wird eine 20-jährige Frau in der U-Bahn der Linie 6 von einer unbekanntenen Frau rassistisch beleidigt und die Täterin versucht der 20-Jährigen das Kopftuch vom Kopf zu reißen.

→

Polizei Berlin, 9.03.2018

Tagesspiegel, 9.03.2018

Neues Deutschland 10.03.2018

050 →

11. März 2018 → **Berlin-Reinickendorf** → In den frühen Morgenstunden wird ein 17-jähriger Radfahrer in der Nähe des Rosenplüterwegs in Frohnau von einem Auto mit vier Insassen aus rassistischer Motivation angefahren, er wird geschlagen, getreten, verletzt und beraubt.

→

Moz.de, 12.03.2018

051 →

11. März 2018 → **Berlin-Weißensee** → Gegen 19.45 Uhr wird ein 19-jähriger Mann aus behindertenfeindlicher Motivation in der Berliner Allee Ecke Mahlerstraße von einer siebenköpfigen Gruppe gewürgt, geschlagen, verletzt und beraubt.

→

Polizei Berlin, 12.03.2018

Pankower Register

056 →

24. März 2018 → **Berlin-Spandau**

Bushaltestelle → Ein 43-jähriger Busfahrer wird gegen 15.25 Uhr an der Bushaltestelle Rathaus Spandau im Altstädter Ring von einer 48-jährigen Frau aus rassistischer Motivation geschlagen, bespuckt, getreten und dabei verletzt. Ein 34-jähriger Kollege und eine 47-jährige Passantin greifen ein und werden auch geschlagen und getreten.

→

Polizei Berlin, 25.03.2018

Tagesspiegel, 25.03.2018

Berliner Zeitung, 25.03.2018

rbb24.de, 25.03.2018

057 →

25. März 2018 → **Berlin-Marzahn**

S-Bahnhof Springpfuhl → Ein 44-jähriger Wohnungsloser, der gegen 15.00 Uhr in einer Bahn der Linie S75 sitzt, die auf dem S-Bahnhof Springpfuhl wartet, wird von einem unbekanntenen Mann mit einer Glasflasche beworfen, am Kopf getroffen und verletzt. Der Täter flieht mit einem Fahrrad.

→

Bundespolizei, 27.03.2018

055 →

24. März 2018 → **Berlin-Treptow** → Am Rande einer antifaschistischen Demonstration in Johannisthal wird einer Teilnehmerin von einem Passanten im Vorbeigehen, mit der Bemerkung „Scheiß Zecken“, der Ellenbogen in die Rippen gestoßen.

→

Register Treptow-Köpenick

061 →

30. März 2018 → **Berlin-Wilmersdorf** → Ein Mann wird von seinem 50-jährigen Nachbarn wiederholt rassistisch beleidigt und bedroht. Der 50-Jährige schießt symbolisch auf ihn und versucht, die Wohnungstür einzutreten.

→

Register Charlottenburg-Wilmersdorf

062 →

31. März 2018 → **Berlin-Wilmersdorf** → In der Nacht werden der Mann und sein Besuch erneut von dem 50-jährigen Nachbarn aus rassistischer Motivation beleidigt und bedroht. Der 50-Jährige versucht wieder die Wohnungstür einzutreten. Ein Zeuge greift ein. Die Polizei erscheint, nimmt aber keine Anzeige auf.

→

Register Charlottenburg-Wilmersdorf

063 →

1. April 2018 → **Berlin-Kreuzberg** → Gegen 18.10 Uhr wird eine 37-jährige Transfrau in der Kohlfurter Straße von einem unbekanntenen Mann, der von einem anderen Unbekannten begleitet wird, aus LGBTQ*-feindlicher Motivation beleidigt und bedroht.

→

Polizei Berlin, 01.04.2018

Tagesspiegel, 01.04.2018

Neues Deutschland, 03.04.2018

067 →

6. April 2018 → **Berlin-Friedrichshain**

Ringbahn → Ein Mitglied einer südamerikanischen Band, die in der Ringbahn zwischen Frankfurter Allee und Ostkreuz spielt, wird von einem unbekanntenen Mann rassistisch beleidigt und am Arm gepackt. Mehrere Zeug_innen greifen ein.

→

Register Friedrichshain-Kreuzberg

068 →

9. April 2018 → **Berlin-Lichtenberg** → Gegen 13.00 Uhr wird vor einer 30-jährigen Frau in der Malchow Chaussee in Malchow von einem unbekanntenen Fahrradfahrer zum wiederholten Mal aus antimuslimischer Motivation ausgespuckt und er versucht, eines ihrer Kinder zu treten.

→

Polizei Berlin, 16.10.2018

069 →

9. April 2018 → **Berlin-Prenzlauer Berg**

S-Bahnhof Storkower Straße → Gegen 17.00 Uhr wird auf dem S-Bahnhof Storkower Straße ein Paar mit Kinderwagen beim Aussteigen aus der S-Bahn von einem unbekanntenen Mann angerempelt und rassistisch beleidigt.

→

Pankower Register

073 →

14. April 2018 → **Berlin-Mitte** → Auf dem Potsdamer Platz wird ein Demonstrant einer Mietestopp-Demo von einem Mann, der ein antisemitisches Plakat trägt, mit diesem Schild geschlagen und verletzt. Die Polizei nimmt die Personalien des Angreifers auf.

→

Register Mitte

074 →

15. April 2018 → **Berlin-Tempelhof**

U-Bahnlinie 6 → Eine 30-jährige Frau, die mit Mutter und Schwester in der U-Bahn Linie 6 unterwegs ist, wird gegen 10.00 Uhr von einem 65-jährigen Mann aus rassistischer Motivation angeschrien und mit einem Ast auf den Kopf geschlagen. Andere Fahrgäste greifen ein und drängen den Täter am U-Bahnhof Ullsteinstraße aus der Bahn. Eine 54-jährige Zeugin erstattet Anzeige und kann den Täter später identifizieren.

→

Polizei Berlin, 21.06.2018

075 →

17. April 2018 → **Berlin-Prenzlauer Berg** → Ein 21-jähriger und ein 24-jähriger Mann, die Kippa tragen, werden gegen 20.20 Uhr in der Raumerstraße von drei Jugendlichen antisemitisch beleidigt. Der 21-Jährige wird von einem 19-jährigen mit einem Gürtel geschlagen.

→

Polizei Berlin, 18.04.2018

rbb24.de, 18.04.2018

zeit.de, 18.04.2018

Berliner Morgenpost, 18.04.2018

F.A.Z., 19.04.2018

076 →

20. April 2018 → **Berlin-Lichtenberg** → Gegen 22.00 Uhr werden eine 56-jährige Frau und ein 36-jähriger Mann vor einem Café in der Margaretenstraße von zwei Männern rassistisch beleidigt. Die 56-Jährige wird von einem der Männer am Hals gepackt und zu Boden gestoßen. Der 36-Jährige wird von einem Kampfhund gebissen und verletzt. Passant_innen greifen ein und die Männer entfernen sich unerkannt.

→
Polizei Berlin, 21.04.2018
Tagesspiegel, 21.04.2018
Berliner Zeitung, 21.04.2018
F.A.Z., 21.04.2018
ReachOut

077 →

21. April 2018 → **Berlin-Neukölln** → Zwei Teilnehmerinnen der Demonstration „Gemeinsam gegen rechten Terror in Neukölln“ werden in Gropiusstadt von unbekanntem Tätern mit Lebensmitteln beworfen. Die Frauen erstatten keine Anzeige.

→
Register Neukölln

078 →

24. April 2018 → **Berlin-Schöneberg** → Gegen 22.35 Uhr wird eine 37-jährige Transfrau in der Frobenstraße aus LGBTQI-feindlicher Motivation aus einem Auto heraus mit einer Flüssigkeit bespritzt.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

082 →

25. April 2018 → **Berlin-Lichtenberg** → Gegen 18.15 Uhr wird ein 24-jähriger Mann in der Seddiner Straße in Friedrichsfelde aus LGBTQI-feindlicher Motivation von einem unbekanntem Mann gepackt und zu Boden gerissen.

→
Polizei Berlin, 16.05.2018

083 →

26. April 2018 → **Berlin-Neukölln** → Ein Schüler wird von einem Mitschüler in Rudow aus antisemitischer Motivation beleidigt und massiv bedroht. Es wird Anzeige bei der Polizei erstattet.

→
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

084 →

27. April 2018 → **Berlin-Charlottenburg** → Ein Mann wird von dem Betreiber einer Pension, in der er untergebracht ist, aus antiziganistischer Motivation beleidigt und angegriffen.

→
Amaro Foro
Register Charlottenburg-Wilmersdorf

088 →

1. Mai 2018 → **Berlin-Neukölln** → Gegen 1.00 Uhr wird ein Mann, der am Karl-Marx-Platz Plakate aufhängt, von einer Gruppe von ca. 10 Personen aus antisemitischer Motivation verfolgt. In der Nähe der Zwiestädter Straße werden dem Mann die Plakate und Flyer geraubt, ihm wird ins Gesicht geschlagen und er wird verletzt. Er erstattet Anzeige.

→
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

089 →

1. Mai 2018 → **Berlin-Kreuzberg** → Zwei Männer im Alter von 31 und 41 Jahren werden gegen 2.00 Uhr von unbekanntem Tätern auf einem Hinterhof in der Skalitzer Straße aus LGBTQI-feindlicher Motivation beleidigt, zu Boden geschlagen und getreten.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

090 →

1. Mai 2018 → **Berlin-Neukölln** → Ein 47-jähriger Mann, der ein Plakat entfernen will, wird gegen 11.00 Uhr in der Braunschweiger Straße von einem unbekanntem Mann antisemitisch beleidigt, geschlagen und getreten.

→
Polizei Berlin, 23.07.2018

094 →

4. Mai 2018 → **Berlin-Prenzlauer Berg** → Eine 32-jährige Frau wird gegen 14.45 Uhr in einem Wohnhaus im Pieskower Weg von einem 37-jährigen Mann, der gegen die Wohnungstür ihrer Mutter tritt, aus rassistischer Motivation beleidigt und gewürgt.

→
Polizei Berlin, 23.07.2018

095 →

4. Mai 2018 → **Berlin-Neukölln**
Bushaltestelle → Eine 52-jährige Frau wird gegen 20.50 Uhr an einer Bushaltestelle der Linie M41 in der Sonnenallee von einem unbekanntem Mann aus LGBTQI-feindlicher Motivation mit der Faust gegen den Kopf geschlagen, mit dem Fuß gegen den Kehlkopf getreten und verletzt.

→
Polizei Berlin, 05.05.2018
Tagesspiegel, 05.05.2018
Berliner Zeitung, 05.05.2018
Berliner Morgenpost, 05.05.2018

096 →

5. Mai 2018 → **Berlin-Neukölln** → In der Nacht wird das Haus einer Familie in Britz zum wiederholten Mal beschmiert mit den Worten „Deutschland erwache“. Anzeige wurde erstattet. In den letzten Jahren wurden bei der Familie auch Fensterscheiben eingeworfen und der Briefkasten gesprengt, nachdem Bewohner_innen verweigert hatten, dass NPD-Wahlwerbung in ihren Briefkasten geworfen wird.

→
ReachOut

100 →

7. Mai 2018 → **Berlin-Neukölln** → Ein 20-jähriger Mann wird gegen 23.00 Uhr in der Braunschweiger Straße aus LGBTQI-feindlicher Motivation aus einer Gruppe von mehreren Personen mit einer Flasche beworfen.

→
Polizei Berlin, 15.06.2018

101 →

8. Mai 2018 → **Berlin-Spandau** → Eine 36-jährige Frau, die ein Kopftuch trägt, wird gegen 12.00 Uhr an einer Bushaltestelle in der Falkenseer Chaussee von einem 67-jährigen Mann aus antimuslimischer Motivation mit der Hand ins Gesicht geschlagen. Ein Zeuge benachrichtigt die Polizei.

→
Polizei Berlin, 08.05.2018
Tagesspiegel, 08.05.2018
Berliner Morgenpost, 09.05.2018

102 →

9. Mai 2018 → **Berlin-Pankow** → Gegen 0.15 Uhr werden vier Männer im Alter von 23, 27, 38 und 55 Jahren von einem 34-jährigen Mann in der Straße Am Feuchten Winkel in Heinersdorf rassistisch beleidigt und mit einer Glasflasche beworfen.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

079 →

25. April 2018 → **Berlin-Neukölln** → Im Vorfeld zur Veranstaltung „Berlin trägt Kippa“ findet auf dem Hermannplatz eine kleine Kundgebung statt. Teilnehmer_innen werden von Gegendemonstrant_innen aus antisemitischer Motivation beleidigt, bespuckt und ihnen wird eine Isrealflagge entwendet.

→
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)
Register Neukölln

080 →

25. April 2018 → **Berlin-Schöneberg** → Sechs Personen, die Kippot oder eine Kette mit Davidstern tragen, werden in der Eisenacher Straße von sechs Männern und einer Frau antisemitisch beleidigt und bespuckt. Die sechs Personen sind auf dem Weg zur Kundgebung „Berlin trägt Kippa“ in der Fasanenstraße. Sie erstatten keine Anzeige.

→
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

081 →

25. April 2018 → **Berlin-Marzahn** → Ein 50-jähriger Mann wird gegen 17.50 Uhr auf der Marzahner Promenade von einem 25-jährigen Mann rassistisch beleidigt und der Täter versucht, dem 50-jährigen mit einer Flasche auf den Kopf zu schlagen.

→
Polizei Berlin, 16.05.2018

085 →

27. April 2018 → **Berlin-Hohenschönhausen** → Gegen 12.30 Uhr wird ein 2-jähriges Mädchen in der Malchower Chaussee in Malchow von einem Fahrradfahrer aus antimuslimischer Motivation mit dem Fahrrad gestoßen.

→
Polizei Berlin, 16.10.2018

086 →

28. April 2018 → **Berlin-Neukölln** → Ein 11-jähriger Junge, der in Begleitung eines 12-jährigen ist, wird in der Nähe des U-Bahnhofs Johannisthaler Chaussee aus einer Gruppe von vier männlichen und einer weiblichen Jugendlichen von einem der Jugendlichen rassistisch beleidigt. Der Angreifer und ein Zweiter aus der Gruppe haben den Jungen gestoßen, geschlagen und verletzt.

→
Polizei Berlin, 29.04.2018
Tagesspiegel, 29.04.2018
Neues Deutschland, 30.04.2018
ReachOut

087 →

28. April 2018 → **Berlin-Charlottenburg** → Gegen 21.50 Uhr wird auf einer VIP-Party des Fußballvereins Hertha BSC im Olympiastadion ein 19-jähriger Servicemitarbeiter von einem 42-jährigen Gast aus antisemitischer Motivation verfolgt und dieser versucht ihn zu schlagen. Der Gast springt auf den Tresen, hält ihn am Arm fest und beleidigt in antisemitisch.

→
Polizei Berlin, 01.2.2019
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

091 →

1. Mai 2018 → **Berlin-Kreuzberg** → Gegen 18.45 Uhr werden Teilnehmende einer Demonstration, die ein Transparent tragen, an der Ecke Naunyn- und Mantuffelstraße von ca. 15 Personen aus antisemitischer Motivation geschlagen und getreten.

→
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

092 →

1. Mai 2018 → **Berlin-Kreuzberg** → Gegen 22.30 Uhr werden drei Personen auf dem Spreewaldplatz aus einer Gruppe heraus von vier Personen, die den „Hitlergruß“ zeigen, mit „Scheiß Zecken“ beschimpft, begrabscht, am Hals gepackt, gestoßen und bedroht.

→
Register Friedrichshain-Kreuzberg

093 →

3. Mai 2018 → **Berlin-Prenzlauer Berg** → Ein 19-jähriger Mann wird gegen 11.00 Uhr von seinem Bruder in der Storkower Straße aus LGBTIQ-feindlicher Motivation getreten und gestoßen.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

097 →

5. Mai 2018 → **Berlin-Mitte** → Ein 30-jähriger Mann wird gegen 1.40 Uhr in der Friedrichstraße Ecke Dorotheenstraße von einem 30-jährigen Mann rassistisch beleidigt, mit einem Gürtel geschlagen und verletzt.

→
Polizei Berlin, 05.05.2018
Tagesspiegel, 05.05.2018
Berliner Morgenpost, 5.05.2018

098 →

5. Mai 2018 → **Berlin-Lichtenberg**
U-Bahnhof Lichtenberg → Gegen 2.40 Uhr wird ein 34-jähriger Mann im U-Bahnhof Lichtenberg aus rassistischer Motivation von einem unbekannten Mann durch einen Kopfstoß verletzt.

→
Polizei Berlin, 05.05.2018
Tagesspiegel, 05.05.2018
Berliner Morgenpost, 05.05.2018

099 →

6. Mai 2018 → **Berlin-Reinickendorf** → Kurz nach 12.00 Uhr wird eine 34-jährige Frau in der Oranienburger Straße in Wittenau von einem 26-jährigen Mann antisemitisch beleidigt und körperlich angegriffen.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

103 →

10. Mai 2018 → **Berlin-Treptow** → Passantinnen, die sich am sogenannten Herrentag in einer Gaststätte im Königsheideweg über das Grölen von sexistischen Liedern einer zehnköpfigen Männergruppe beschwerten, werden antisemitisch und sexistisch beleidigt und verfolgt. Als sich die Passant_innen in einem Hauseingang in Sicherheit bringen, versuchen die Unbekannten die Haustür einzutreten.

→
Register Treptow-Köpenick

104 →

10. Mai 2018 → **Berlin-Kreuzberg** → Zwei Frauen werden vor einem Restaurant in der Oranienstraße von einem unbekannten Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt. Der Unbekannte versucht, eine der Frauen zu schlagen. Eine Zeugin greift ein.

→
Register Friedrichshain-Kreuzberg

105 →

11. Mai 2018 → **Berlin-Pankow**
Buslinie 225 → Gegen 21.00 Uhr wird eine 20-jährige Frau in einem Bus der Linie 225 in der Prenzlauer Promenade aus rassistischer Motivation von einer 22-jährigen Frau beleidigt und mit der Hand ins Gesicht geschlagen. Der Begleiter der Angreiferin ruft extrem rechte Parolen.

→
Polizei Berlin, 12.05.2018
Tagesspiegel, 12.05.2018
Neues Deutschland, 14.05.2018
ReachOut

106 →

14. Mai 2018 → Berlin-Lichtenberg → Eine 33-jährige, schwangere Frau, die um 7.40 Uhr ihren Sohn in die Kita bringt, wird in der Erich-Kurz-Straße von einer anderen Mutter rassistisch beleidigt und in den Bauch geschlagen. Es kam zu einer Diskussion, weil das Kind der Täterin das Kind der 33-Jährigen mit dem Fahrrad angefahren hatte. Eine Zeugin hilft ihrem Sohn. Die 33-Jährige erstattet Anzeige.

→
ReachOut

107 →

14. Mai 2018 → Berlin-Tiergarten → Ein Mann wird am Großen Tiergarten von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt. Passant_innen greifen ein, als der Unbekannte den Mann schlagen will.

→
Register Mitte

108 →

15. Mai 2018 → Berlin-Lichtenberg

Tramlinie M8 → Ein unbekannter Junge wird gegen 17.30 Uhr in einer Straßenbahn in Fennpfuhl von einer 24-jährigen Frau und einem 33-jährigen Mann aus rassistischer Motivation angegriffen. Eine 25-jährige Frau greift ein und wird an der Haltestelle Bernhard-Bästlein-Straße von dem Mann und der Frau bis in einen Supermarkt verfolgt. Die 24-Jährige wird von der Frau ins Gesicht geschlagen und von dem Mann mit einer Flasche, die nicht trifft, beworfen. Ein Supermarktmitarbeiter greift helfend ein.

→
Polizei Berlin, 16.05.2018
Berliner Morgenpost, 16.05.2018
ReachOut

112 →

18. Mai 2018 → Berlin-Neukölln → Gegen 21.15 Uhr wird ein 28-jähriger Mann, der in Begleitung seines gleichaltrigen Ehemanns ist, in der Richardstraße Ecke Kirchgasse von einem 16-jährigen Jugendlichen aus LGBTIQ-feindlicher Motivation bedroht, getreten und verletzt. Ein unbekannter Begleiter des Jugendlichen greift ein.

→
Polizei Berlin, 19.05.2018
queer.de, 19.05.2018

113 →

19. Mai 2018 → Berlin-Prenzlauer Berg

S-Bahnhof Greifswalder Straße → Gegen 19.00 Uhr werden zwei Geflüchtete im Alter von 21 und 24 Jahren auf dem S-Bahnhof Greifswalder Straße von einem 27-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit einer Flasche ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 16.10.2018

114 →

20. Mai 2018 → Berlin-Treptow → Zwei Personen werden in der Nacht im Treptower Park aus einer Gruppe von 15–20 Neonazis heraus aus politischer Motivation beleidigt, bedroht und gestoßen.

→
Register Treptow-Köpenick

118 →

23. Mai 2018 → Berlin-Wedding

S-Bahnhof Bornholmer Straße → Eine Frau wird gegen 23.00 Uhr auf dem S-Bahnhof Bornholmer Straße von einem Mann rassistisch und sexistisch beleidigt, auf der Rolltreppe angerempelt und ins Gesicht geschlagen.

→
Register Mitte

119 →

24. Mai 2018 → Berlin-Treptow

S-Bahnhof Adlershof → Ein 29-jähriger Mann und seine Ehefrau werden während einer S-Bahnfahrt von einem Mann rassistisch beleidigt und bedroht. Beide verlassen die S-Bahn am Bahnhof Adlershof. Der Mann folgt ihnen und bedroht sie weiter. Schließlich schlägt er dem 29-Jährigen ins Gesicht. Das Opfer erstattet Anzeige.

→
ReachOut

120 →

24. Mai 2018 → Berlin-Neukölln → Zwei Männer im Alter von 33 und 44 Jahren werden gegen 17.25 Uhr in der Mainzer Straße Ecke Boddinplatz von drei Unbekannten aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und mit Pflastersteinen beworfen.

→
Polizei Berlin, 25.05.2018
Tagesspiegel, 25.05.2018
queer.de, 25.05.2018
Neues Deutschland, 26.05.2018

124 →

28. Mai 2018 → Berlin-Neukölln → Gegen 22.30 Uhr werden zwei Männer im Alter von 31 und 33 Jahren, die vor einem Haus in der Selchower Straße sitzen, von einem unbekanntem Mann antisemitisch beleidigt und mit einem Gegenstand, der aussieht wie ein Messer, bedroht. Die beiden Männer entfernen sich und der Unbekannte verfolgt sie für eine kurze Zeit.

→
Polizei Berlin, 29.05.2018
Tagesspiegel, 29.05.2018
Berliner Morgenpost, 29.05.2018
berlin.de, 29.05.2018
Neues Deutschland, 30.05.2018

125 →

29. Mai 2018 → Berlin-Charlottenburg → Ein 6-jähriges Mädchen und ein 7-jähriger Junge werden gegen 18.45 Uhr auf dem Reichweindamm aus einem Fenster heraus aus rassistischer Motivation mit einer Glasflasche beworfen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

126 →

29. Mai 2018 → Berlin-Treptow → Zwei Männer, die gegen 20.30 Uhr im Treptower Park unterwegs sind, werden aus einer Gruppe von vier Jugendlichen heraus von einem 15-Jährigen aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt. Der 34-jährige Mann wird von dem 15-Jährigen gestoßen und mit einem Messer bedroht.

→
Polizei Berlin, 30.05.2018
Tagesspiegel, 30.05.2018
queer.de, 30.05.2018

130 →

3. Juni 2018 → Berlin-Kreuzberg → Ein 33-jähriger Mann wird gegen 20.00 Uhr auf der Skalitzer Straße aus LGBTIQ-feindlicher Motivation von einem Unbekannten zuerst beleidigt und dann vom Fahrrad gestoßen. Durch den Sturz bricht sich der 33-Jährige das Schlüsselbein. Der Mann erstattet Anzeige.

→
ReachOut

131 →

4. Juni 2018 → Berlin-Reinickendorf → Gegen 21.55 Uhr wird ein 24-jähriger Mann in einem Supermarkt in der Markstraße von einem unbekanntem Mann aus rassistischer Motivation beleidigt und mit der Faust gegen das Ohr geschlagen.

→
Polizei Berlin, 23.07.2018

132 →

5. Juni 2018 → Berlin-Mitte → Eine 18-jährige Schülerin, die an einer Führung im Nikolaiviertel teilnimmt, wird gegen 14.00 Uhr von einem 63-jährigen Mann antisemitisch beleidigt. Die Stadtführerin mischt sich ein, ihr wird von dem 63-Jährigen ins Gesicht gespuckt.

→
Polizei Berlin, 05.06.2018
Berliner Morgenpost, 05.06.2018
berlin.de, 06.06.2018

109 →

17. Mai 2018 → **Berlin-Charlottenburg** → Gegen 14.50 Uhr wird ein 37-jähriger Mann in der Jebensstraße von einem 39-jährigen Mann und seinem Begleiter rassistisch beleidigt. Der 39-jährige Täter versucht, den 37-Jährigen zu schlagen.

→

Polizei Berlin, 16.10.2018

110 →

17. Mai 2018 → **Berlin-Friedrichshain** → Ein Junge und ein Mädchen im Alter von 13 Jahren werden gegen 17.05 Uhr in der Petersburger Straße von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt. Der 13-Jährige wird mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Das Mädchen kann dem Schlag ausweichen.

→

Polizei Berlin, 16.10.2018

111 →

17. Mai 2018 → **Berlin-Hellersdorf** → Zwei Frauen im Alter von 25 und 43 Jahren werden gegen 20.15 Uhr im Havelländer Ring von einer 42-jährigen Frau aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und eine Frau wird von ihr gegen die Wand gedrückt.

→

Polizei Berlin, 01.02.2019

115 →

20. Mai 2018 → **Berlin-Kreuzberg** → Beim Karneval der Kulturen wird gegen 20.00 Uhr eine Frau von einem Mann, der ein Schild mit antisemitischem Inhalt trägt, mit diesem Schild niedergeschlagen, am Boden liegend getreten und verletzt. Die Freundin der Frau erstattet Anzeige.

→

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

116 →

21. Mai 2018 → **Berlin-Kreuzberg**
U-Bahnhof Kottbusser Tor → Gegen 18.40 Uhr wird ein 43-jähriger Mann, der auf dem U-Bahnhof Kottbusser Tor mit einem anderen Mann unterwegs ist, von drei unbekanntem Männern auf sein „Davidstern“-Tattoo angesprochen und antisemitisch beleidigt. Der 43-Jährige wird von einem Unbekanntem mit einem Kopfstoß angegriffen.

→

Polizei Berlin, 23.07.2018

117 →

22. Mai 2018 → **Berlin-Hellersdorf** → Eine Frau mit drei Kindern wird auf der Hellersdorfer Promenade von einem unbekanntem Mann rassistisch und sexistisch beleidigt. Eine Person solidarisiert sich mit der Frau und wird von dem Mann körperlich angegriffen. Die Frau erstattet Anzeige.

→

Register Marzahn-Hellersdorf

121 →

26. Mai 2018 → **Berlin-Friedrichshain**
S-Bahnhof Ostkreuz → Ein 34-jähriger Mann wird gegen 6.20 Uhr auf dem S-Bahnhof Ostkreuz von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation ins Gesicht geschlagen.

→

Polizei Berlin, 15.06.2018

122 →

26. Mai 2018 → **Berlin-Wedding** → Ein 18-jähriger Mann und zwei Freunde im Alter von 16 und 24 Jahren werden gegen 23.00 Uhr vor einem Café in der Müllerstraße von 18–20 Gästen aus LGBTIQ-feindlicher Motivation geschlagen und getreten.

→

Polizei Berlin, 23.07.2018

123 →

27. Mai 2018 → **Berlin-Tiergarten** → Gegen 17.00 Uhr wird eine 34-jährige Frau, die gegen eine AfD-Demonstration protestiert, in der Paul-Löbe-Allee von einem 33-jährigen AfD-Demonstranten ihrer Mütze beraubt und mit dieser ins Gesicht geschlagen.

→

Polizei Berlin, 16.10.2018

127 →

1. Juni 2018 → **Berlin-Treptow** → Gegen 16.55 Uhr werden zwei Männer im Alter von 30 und 38 Jahren an den Treptowers von einem Unbekanntem rassistisch beleidigt, mit Bier bespritzt und mit der Bierflasche beworfen.

→

Polizei Berlin, 12.12.2018

128 →

3. Juni 2018 → **Berlin-Charlottenburg** → Gegen 1.00 Uhr werden ein 16-jähriger und drei 17-jährige Jugendliche am Bahnhof Zoologischer Garten von drei unbekanntem Männern antisemitisch beleidigt, bedroht, angegriffen und verletzt.

→

Polizei Berlin, 03.06.2018
Tagesspiegel, 03.06.2018
rbb24.de, 03.06.2018

129 →

3. Juni 2018 → **Berlin-Friedrichshain** → Gegen 5.10 Uhr wird ein 33-jähriger Mann, der sich mit zwei Männern auf der Oberbaumbrücke aufhält, von einem der Männer aus LGBTIQ-feindlicher Motivation zu Boden gerissen, geschlagen und getreten.

→

Polizei Berlin, 23.07.2018

133 →

6. Juni 2018 → **Berlin-Zehlendorf** → Ein 15-jähriger Jugendlicher wird gegen 13.25 Uhr am Teltower Damm von einem anderen 15-jährigen Jugendlichen aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und gegen einen Pfeiler gestoßen.

→

Polizei Berlin, 01.02.2019

134 →

8. Juni 2018 → **Berlin-Köpenick**
Bushaltestelle → Gegen 11.00 Uhr wird ein 14-jähriger Jugendlicher, der an einer Bushaltestelle in der Wendenschloßstraße steht, von einem unbekanntem Mann, der von einer Frau begleitet wird, rassistisch beleidigt, unvermittelt in den Bauch getreten, zu Boden gestoßen und verletzt. Zeug_innen greifen ein.

→

Polizei Berlin, 08.06.2018
Berliner Morgenpost, 08.06.2018

135 →

8. Juni 2018 → **Berlin-Reinickendorf** → Ein 11-jähriger Junge wird gegen 17.30 Uhr auf einem Spielplatz am Zabel-Krüger-Damm von einer 23-jährigen Frau rassistisch beleidigt, am Hals gepackt, hochgehoben und gewürgt. Als eine Zeugin eingreifen will, wird sie von einer 23-jährigen Freundin der Täterin bedroht.

→

Polizei Berlin, 09.06.2018
Tagesspiegel, 09.06.2018

136 →

9. Juni 2018 → Berlin-Pankow → Ein 20-jähriger Mann, der mit fünf Personen unterwegs ist, wird gegen 2.45 Uhr in der Wiltbergstraße in Buch aus einer Gruppe von acht Personen heraus von einem Unbekannten rassistisch beleidigt, am T-Shirt gepackt, mit einem Schlagstock bedroht und verletzt.

→
Polizei Berlin, 09.06.2018
Neues Deutschland, 11.06.2018

137 →

9. Juni 2018 → Berlin-Lichtenberg

S-Bahn → Gegen 7.15 Uhr wird ein Mann in der S-Bahn zwischen Ostkreuz und Bahnhof Lichtenberg von einem 30-jährigen Mann rassistisch beleidigt und bespuckt. Die 28-jährige Ehefrau des Betroffenen greift ein und stürzt zu Boden.

→
Polizei Berlin, 11.06.2018
Berliner Morgenpost, 11.06.2018
ReachOut

138 →

9. Juni 2018 → Berlin-Charlottenburg → Gegendenmonstrant_innen werden an der Lietzenburger Straße Ecke Bleibtreustraße aus antisemitischer Motivation von Teilnehmer_innen des Qudstagmarsches mit Steinen beworfen.

→
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

142 →

13. Juni 2018 → Berlin-Kreuzberg → Nachdem ein Café in der Grimmstraße Nazis und insbesondere Anhänger_innen der AfD Hausverbot erteilt hat, kommt es zu Beleidigungen und massiven Bedrohungen. Das Café und die Mitarbeiter_innen werden vorübergehend unter Polizeischutz gestellt.

→
Tagesspiegel, 13.06.2018
Berliner Morgenpost, 13.06.2018
Register Friedrichshain-Kreuzberg

143 →

16. Juni 2018 → Berlin-Köpenick → Gegen 11.00 Uhr wird eine 43-jährige Frau in der Dahmestraße in Grünau von einem 59-jährigen Mann rassistisch beleidigt, in den Rücken gestoßen und verletzt.

→
Polizei Berlin, 17.06.2018
Tagesspiegel, 17.06.2018

144 →

16. Juni 2018 → Berlin-Wedding → Drei Männer im Alter von 20, 22 und 24 Jahren werden gegen 21.30 Uhr in der Müllerstraße aus einer Gruppe von drei Männern aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und von einem 27-jährigen Mann mit einem Messer bedroht.

→
Polizei Berlin, 17.06.2018
Tagesspiegel, 17.06.2018

148 →

25. Juni 2018 → Berlin-Prenzlauer Berg → Eine 33-jährige Frau und ihr 31-jähriger Ehemann, die mit ihrem Baby auf dem Spielplatz am Arnimplatz auf einer Decke liegen, werden gegen 16.00 Uhr von einem 58-jährigen Mann aus antisemitischer Motivation beleidigt und bedroht. Der 58-Jährige tritt dabei mehrmals gegen den Kinderwagen.

→
Polizei Berlin, 26.06.2018
Tagesspiegel, 26.06.2018
Berliner Morgenpost, 26.06.2018

149 →

26. Juni 2018 → Berlin-Tempelhof

S-Bahn → Gegen 1.00 Uhr wird ein 26-jähriger Mann in der S-Bahn in der Nähe des S-Bahnhofs Tempelhof aus einer Gruppe von Männern heraus aus antisemitischer Motivation bedroht und bespuckt.

→
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

150 →

27. Juni 2018 → Berlin-Charlottenburg → Bei einer Abiturfeier in der Orangerie des Schlosses Charlottenburg wird ein 20-jähriger Gast von Mitarbeiter_innen eines Sicherheitsdienstes aus rassistischer Motivation massiv bedroht und gedemütigt. Anschließend wird der 20-Jährige von mehreren Polizeibeamt_innen vor dem Veranstaltungsort zu Boden gebracht und gefesselt.

→
Tagesspiegel, 07.07.2018
Register Charlottenburg-Wilmersdorf
ReachOut

154 →

4. Juli 2018 → Berlin-Spandau → Eine Frau, die in Begleitung ihrer beiden Kinder ist, wird in der Wilhelmstraße von einem Mann rassistisch beleidigt. Ein anderer Mann, der den Vorfall beobachtet hat, stößt die Frau an der Schulter.

→
Register Spandau

155 →

7. Juli 2018 → Berlin-Mitte → Ein 25-jähriger Mann wird gegen 0.30 Uhr im James-Simon-Park an der Burgstraße aus einer Gruppe von drei Frauen im Alter von 15 bis 21 Jahren und sieben Männern im Alter von 17 bis 25 Jahren heraus von einem Mann aus antisemitischer Motivation beleidigt. Dem 25-Jährigen wird von dem Unbekannten eine Kette mit Davidstern vom Hals gerissen und wiederholt mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der 25-Jährige rennt weg, bricht dann aber zusammen, woraufhin mehrere Personen ihn verfolgen, treten, schlagen und ihn verletzen.

→
Polizei Berlin, 08.07.2018
Tagesspiegel, 08.07.2018
Berliner Zeitung, 08.07.2018
Neues Deutschland, 08.07.2018

156 →

8. Juli 2018 → Berlin-Lichtenberg

U-Bahnlinie 5 → Gegen 19.30 Uhr wird eine 32-jährige Frau in der U-Bahn Linie 5 von einem unbekanntem Mann, der am U-Bahnhof Tierpark in Friedrichsfelde aussteigt, rassistisch beleidigt, gegen den Knöchel getreten und verletzt.

→
Polizei Berlin, 09.07.2018
Tagesspiegel, 09.07.2018
Neues Deutschland, 10.07.2018

160 →

16. Juli 2018 → Berlin-Treptow → Gegen 23.59 Uhr werden zwei Personen aus rassistischer Motivation von drei unbekanntem Männern, die antisemitische und rassistische Parolen rufen, auf der Baustelle auf dem Sternedamm in der Nähe des S-Bahnhofs Schöneweide mit Steinen und Flaschen beworfen.

→
Register Treptow-Köpenick

161 →

19. Juli 2018 → Berlin-Marzahn

S-Bahnlinie 7 → Gegen 9.30 Uhr wird ein Mann in der S7 zwischen den S-Bahnhöfen Marzahn und Raoul-Wallenberg-Straße, während einer Fahrkartenkontrolle durch drei Männer und zwei Frauen, aus rassistischer Motivation beleidigt und von einem Kontrolleur und einem Fahrgast geschlagen. Anwesenden Fahrgästen rät eine Kontrolleurin zu einer schriftlichen Beschwerde.

→
Register Marzahn-Hellersdorf

162 →

20. Juli 2018 → Berlin-Mitte

U-Bahnhof Naturkundemuseum → Gegen 12.45 Uhr wird eine 28-jährige Transfrau im U-Bahnhof Naturkundemuseum von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, geschlagen und ins Gesicht gespuckt.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

139 →

9. Juni 2018 → Berlin-Wilmersdorf → Ein Mann mit einer Israelfahne wird auf einer Tankstelle in der Lietzenburger Ecke Sächsische Straße von drei Teilnehmer_innen des Qudstagsmarsches aus antisemitischer Motivation bedroht und verfolgt.

→
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

400 →

9. Juni 2018 → Berlin-Charlottenburg → Ein Mann wird im Beisein seines Freundes auf der Hardenbergstraße in der Nähe des Kinos am Zoo von einem unbekanntem Mann antisemitisch beleidigt, am Oberkörper gepackt und beraubt. Er erstattet Anzeige.

→
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

411 →

12. Juni 2018 → Berlin-Mitte

Bushaltestelle Potsdamer Platz → Drei Kontrolleure der BVG im Alter von 21, 23 und 36 Jahren werden gegen 13.40 Uhr an einer Bushaltestelle am Potsdamer Platz von einer 36-jährigen Frau, die in Begleitung einer 22-jährigen Frau ist, rassistisch beleidigt. Dem 23-jährigen wird gegen die Brust geschlagen.

→
Polizei Berlin, 13.06.2018
Berliner Morgenpost, 13.06.2018
rbb24.de, 13.06.2018

145 →

18. Juni 2018 → Berlin-Friedrichshain → Ein 7-jähriges Mädchen wird gegen 18.00 Uhr in der Straße der Pariser Kommune von einem 34-jährigen Nachbarn aus antiziganistischer Motivation von einem Balkon aus mit einer Luftdruckpistole beschossen und verletzt.

→
Tagesspiegel, 18.06.2018
Polizei Berlin, 19.06.2018
Berliner Zeitung, 19.06.2018
rbb24.de, 19.06.2018
Neues Deutschland, 20.06.2018
Register Friedrichshain

146 →

21. Juni 2018 → Berlin-Mitte

U-Bahnhof Alexanderplatz → Um 0.00 Uhr wird ein Mann auf dem U-Bahnhof Alexanderplatz von einer Frau rassistisch beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

→
Register Mitte

147 →

23. Juni 2018 → Berlin-Neukölln → Ein 30-jähriger Mann wird kurz vor Mitternacht in einem Lokal in der Boddinstraße von zwei Jugendlichen im Alter von 14 und 18 Jahren aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und geschlagen.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

151 →

30. Juni 2018 → Berlin-Marzahn → Bewohner_innen einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete in Marzahn-Nord werden von einem Mann, der extrem rechte Parolen ruft, mit einem Messer und einer Pistole bedroht. Die Sicherheitsmitarbeiter_innen werden aufmerksam und rufen die Polizei, die den Mann anhand seines PKW-Kennzeichens identifizieren kann.

→
Register Marzahn-Hellersdorf

152 →

1. Juli 2018 → Berlin-Friedrichshain → Ein 51-jähriger Taxifahrer wird gegen 2.00 Uhr in der Gubener Straße aus einer Gruppe von drei unbekanntem Fahrgästen heraus von einem Mann rassistisch beleidigt. Ihm wird eine Faust gegen die Wange gedrückt und ins Gesicht gespuht.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

153 →

2. Juli 2018 → Berlin-Lichtenberg → Gegen 19.00 Uhr wird ein 14-jähriger Jugendlicher, der in Begleitung eines 15-jährigen Freundes ist, auf der Lichtenberger Brücke in Rummelsburg aus rassistischer Motivation von einem 20-jährigen Mann bedroht, verfolgt, beleidigt, ins Gesicht geschlagen und verletzt.

→
Polizei Berlin, 03.07.2018
Berliner Morgenpost, 03.07.2018
berlin.de, 03.07.2018

157 →

12. Juli 2018 → Berlin-Kreuzberg → Gegen 14.00 Uhr wird ein 25-jähriger Mann in der Prinzenstraße von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, geschlagen und getreten.

→
Polizei Berlin, 16.10.2018

158 →

12. Juli 2018 → Berlin-Wedding → Eine 56-jährige Angestellte und Gäste eines Lokals in der Reinickendorfer Straße werden gegen 23.00 Uhr von einem 48- und einem 49-jährigen Mann antisemitisch und volksverhetzend beleidigt. Ein 31-jähriger Zeuge greift ein und wird von dem 49-jährigen mit dem Knie im Gesicht verletzt.

→
Polizei Berlin, 13.07.2018
Register Mitte

159 →

15. Juli 2018 → Berlin-Charlottenburg → Ein 36-jähriger Mann wird gegen 8.00 Uhr auf dem Stuttgarter Platz aus rassistischer Motivation von mehreren Männern geschlagen und verletzt. Einer der Unbekannten zeigt den „Hitlergruß“.

→
Polizei Berlin, 16.10.2018

163 →

20. Juli 2018 → Berlin-Tiergarten → Ein 34-jähriger Mann, der mit einem Freund gegen 20.00 Uhr im Tiergarten sitzt, wird von drei Jugendlichen aus LGBTIQ-feindlicher Motivation angesprochen und von einem 14- und einem 15-jährigen geschlagen und währenddessen beraubt.

→
Polizei Berlin, 16.10.2018

164 →

20. Juli 2018 → Berlin-Hohenschönhausen → Ein 24-jähriger Mann, der mit 50–60 Personen am Orankesee feiert, wird gegen 23.30 Uhr von einem anderen unbekanntem Feiern aufgefördert die Party zu verlassen, aus rassistischer Motivation beleidigt, mit der Faust ins Gesicht geschlagen und verletzt.

→
Polizei Berlin, 21.07.2018

165 →

23. Juli 2018 → Berlin-Friedrichshain → Gegen 3.00 Uhr wird ein 23-jähriger Mann in der Rüdersdorfer Straße von drei unbekanntem Personen aus LGBTIQ-feindlicher Motivation zu Boden gestoßen, getreten und beraubt.

→
Polizei Berlin, 16.10.2018

166 →

23. Juli 2018 → **Berlin-Reinickendorf** → Ein 40-jähriger Geflüchteter wird gegen 15.45 Uhr im Volkspark Wittenau von einer 52-jährigen Frau und einem 33-jährigen Mann aus rassistischer Motivation beleidigt und mit der Hand und einer Tasche ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 16.10.2018

167 →

23. Juli 2018 → **Berlin-Treptow** → Gegen 22.05 Uhr wird ein 51-jähriger Mann in einem Lokal in der Baumschulenstraße von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und zu Boden gestoßen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

168 →

24. Juli 2018 → **Berlin-Mitte** → Ein 29-jähriger Mann wird gegen 3.15 Uhr in der Torstraße von einem 45-jährigen Mann antisemitisch und rassistisch beleidigt. Der 45-Jährige springt über einen Tisch und greift dem 29-Jährigen an den Hals.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

172 →

3. August 2018 → **Berlin-Hohenschönhausen** → Ein 21- und ein 22-jähriger Mann werden gegen 20.20 Uhr vor der Geflüchtetenunterkunft am Hagenower Ring von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt. Der 22-Jährige wird von dem Unbekannten mit einem Kopfstoß verletzt.

→
Polizei Berlin, 04.08.2018
Tagesspiegel, 06.08.2018

173 →

3. August 2018 → **Berlin-Treptow** → Gegen 22.00 Uhr wird eine 37-jährige Frau auf dem Parkplatz eines Supermarkts in der Grünbergallee von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und mit der Hand ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 16.10.2018

174 →

4. August 2018 → **Berlin-Kreuzberg**
U-Bahnhof Möckernbrücke → Zwei Frauen im Alter vom 35 und 36 Jahren werden gegen 18.10 Uhr im U-Bahnhof Möckernbrücke aus LGBTIQ-feindlicher Motivation von einem unbekanntem Mann beleidigt und geschlagen. Eine der Frauen wird gestoßen und am Hals gepackt.

→
Polizei Berlin, 16.10.2018

178 →

6. August 2018 → **Berlin-Charlottenburg** → Eine 46-jährige Frau wird gegen 22.10 Uhr in der Danckelmannstraße von einem 53-jährigen Mann rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 16.10.2018

179 →

8. August 2018 → **Berlin-Spandau**
Bahnhof Spandau → Ein 36-jähriger Mann wird gegen 21.15 Uhr auf dem Bahnhof Spandau von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt, bespuckt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

180 →

21. August 2018 → **Berlin-Köpenick**
Bushaltestelle → Gegen 2.00 Uhr wird ein 19-jähriger in der Lindenstraße an einer Bushaltestelle von einem Unbekannten rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

184 →

15. August 2018 → **Berlin-Neukölln** → Ein 31-jähriger Mann wird gegen 20.05 Uhr in einer Seitenstraße der Flughafenstraße von einem 47-jährigen Nachbarn aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

185 →

18. August 2018 → **Berlin-Schöneberg** → Ein 20-jähriger Mann wird gegen 5.30 Uhr in der Eisenacher Straße aus einer Gruppe von fünf Personen heraus aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt. Dem 20-Jährigen wird von einem der Unbekannten mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 16.10.2018

186 →

21. August 2018 → **Berlin-Neukölln** → Gegen 21.45 Uhr werden ein 25-jähriger Mann und sein 26-jähriger Begleiter in der Silbersteinstraße von zwei unbekanntem Männern aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt. Der 25-Jährige wird geschlagen, getreten, am Boden liegend mit Pflastersteinen beworfen und verletzt. Ein 22-jähriger Täter wurde später ermittelt.

→
Polizei Berlin, 22.08.2018
Tagesspiegel, 22.08.2018
Berliner Zeitung, 22.08.2018
Berliner Morgenpost, 22.08.2018
rbb24.de, 22.08.2018

190 →

28. August 2018 → **Berlin-Friedrichshain** → Ein 30-jähriger Mann wird gegen 22.15 Uhr am Paul-und-Paula-Ufer aus rassistischer Motivation von drei unbekanntem Männern angegriffen.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

191 →

28. August 2018 → **Berlin-Mitte** → Ein 27-jähriger Angestellter eines Lokals in der Tucholskystraße wird gegen 22.50 Uhr von einem 59-jährigen Mann, der vor dem Lokal extrem rechte Parolen ruft, rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 16.10.2018

192 →

31. August 2018 → **Berlin-Treptow** → Ein Mann wird am Busbahnhof in der Nähe des S-Bahnhofs Schöne-weide von einem Neonazi, der zwei Hunde mit sich führt, rassistisch beleidigt und verfolgt.

→
Register Treptow-Köpenick

169 →

28. Juli 2018 → **Berlin-Mitte**

S-Bahnhof Brandenburger Tor → Gegen 19.40 Uhr wird eine 28-jährige Frau am Eingang des S-Bahnhofs Brandenburger Tor von einer unbekanntem Frau aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, am Oberteil gepackt, das zerreißt, mit einer Flasche ins Gesicht geschlagen und verletzt.

→

Polizei Berlin, 29.07.2018
rbb24.de, 29.07.2018

170 →

29. Juli 2018 → **Berlin-Steglitz** → Ein 37-jähriger Mann wird gegen 22.35 Uhr in der Altmarkstraße von einem 48-jährigen Mann rassistisch beleidigt und gewürgt.

→

Polizei Berlin, 12.12.2018

171 →

30. Juli 2018 → **Berlin-Tiergarten** → Zwei Männer im Alter von 49 und 56 Jahren werden gegen 17.00 Uhr auf dem Hansaplatz von einer 22-jährigen Frau und einem 32-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und geschlagen.

→

Polizei Berlin, 16.10.2018

175 →

5. August 2018 → **Berlin-Friedrichshain** → Gegen 0.15 Uhr werden eine 18 und eine 19 Jahre alte Frau auf der sogenannten Biermeile in einem Bierzelt von einem 35-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt. Eine 21-jährige Freundin greift ein und wird von dem 35-jährigen Täter mit einem Bierglas auf den Kopf geschlagen und verletzt.

→

Polizei Berlin, 05.08.2018
Tagesspiegel, 05.08.2018

176 →

5. August 2018 → **Berlin-Mitte** → Ein 23-jähriger Mann wird gegen 1.00 Uhr auf dem Alexanderplatz von einem unbekanntem Mann aus antisemitischer Motivation beleidigt und ins Gesicht geschlagen.

→

Polizei Berlin, 16.10.2018

177 →

5. August 2018 → **Berlin-Lichtenberg** → Gegen 12.30 Uhr entdeckt ein 17-jähriger Jugendlicher, der auf einer Party eines Freundes eingeschlafen ist, dass er von Unbekanntem mit einem Permanentmarker mit antisemitischen und extrem rechten Parolen beschriftet wurde.

→

Polizei Berlin, 16.10.2018

181 →

12. August 2018 → **Berlin-Kreuzberg** → Eine 35- und eine 36-jährige Frau werden gegen 18.10 Uhr vor dem U-Bahnhof Möckernbrücke von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, geschlagen gestoßen, am Hals gepackt und verletzt.

→

Polizei Berlin, 13.08.2018
Tagesspiegel, 13.08.2018
berlin.de, 13.08.2018
Siegesäule.de, 13.08.2018
queer.de, 13.08.2018
Neues Deutschland, 14.08.2018

182 →

13. August 2018 → **Berlin-Weißensee** → Drei Männer im Alter von 28, 31 und 57 Jahren werden gegen 20.35 Uhr in der Berliner Allee von einem 23-jährigen Mann rassistisch beleidigt, getreten und geschlagen.

→

Polizei Berlin, 12.12.2018

183 →

15. August 2018 → **Berlin-Friedrichshain** → Gegen 9.30 Uhr werden Teilnehmer_innen einer Aktion der Seebücke-Bewegung, die gegen die EU-Flüchtlingspolitik auf der Oberbaumbrücke demonstrieren, von einem Ausflugsschiff mit AfD-Anhänger_innen mit Bierflaschen und Gläsern beworfen. Eine Teilnehmerin wird an der Wade getroffen.

→

Tagesspiegel, 16.08.2018
taz, 16.08.2018
Berliner Register

187 →

25. August 2018 → **Berlin-Marzahn**

S-Bahn → Gegen 2.00 Uhr wird ein 22-jähriger Mann in der S-Bahn vor dem S-Bahnhof Springpfuhl aus rassistischer Motivation von einem Mann, der kurz zuvor schon zwei andere Männer angegriffen hatte, beleidigt und angegriffen. Zwei Zeugen gehen helfend dazwischen.

→

Register Marzahn-Hellersdorf

188 →

26. August 2018 → **Berlin-Treptow** → Ein 34-jähriger Mann, der gegen 18.20 Uhr in Begleitung seiner Frau und drei Kinder im Alter von 3 bis 10 Jahren in der Florian-Geyer-Straße unterwegs ist, wird von einem unbekanntem Mann aus rassistischer Motivation beleidigt. Ein Zeuge greift ein, als der Unbekannte den Hund auf die Familie hetzt.

→

Polizei Berlin, 27.08.2018
Berliner Zeitung, 28.08.2018
Berliner Morgenpost, 28.08.2018

189 →

28. August 2018 → **Berlin-Prenzlauer Berg** → Gegen 18.05 Uhr wird ein 45-jähriger Mann in einer Seitenstraße der Senefelder Straße von einem 53-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und geschlagen.

→

Polizei Berlin, 12.12.2018

193 →

1. September 2018 → **Berlin-Schöneberg** → Gegen 4.00 Uhr wird ein 32-jähriger Mann am Nollendorfplatz von einer Gruppe aus rassistischer Motivation beleidigt, ins Gesicht geschlagen, verletzt und beraubt.

→

Polizei Berlin, 01.09.2018
berlin.de, 01.09.2018

194 →

1. September 2018 → **Berlin-Mitte** → Zwei Männer im Alter von 55 und 56 Jahren werden gegen 4.30 Uhr in einem Lokal in der Rathausstraße von einem 19- und einem 20-jährigen Mann geschlagen, als sie sich gegen Beleidigungen aus LGBTIQ-feindlicher Motivation aussprechen.

→

Polizei Berlin, 12.12.2018

195 →

1. September 2018 → **Berlin-Neukölln** → Gegen 18.00 Uhr wird in der Hermannstraße ein 44-jähriger Mann von einem 47-jährigen Mann rassistisch beleidigt, mit der Faust geschlagen und getreten.

→

Polizei Berlin, 01.02.2019

196 →

2. September 2018 → **Berlin-Marzahn** → Ein 42-jähriger Geflüchteter wird gegen 10.30 Uhr in der Märkischen Allee von zwei Männern aus rassistischer Motivation zu Boden gestoßen und getreten.
→
Polizei Berlin, 01.02.2019

197 →

2. September 2018 → **Berlin-Mitte** → Gegen 12.00 Uhr wird ein 63-jähriger Mann in der Großen Hamburger Straße von einem unbekanntem Täter aus LGBTQ-feindlicher Motivation beleidigt und bespuckt.
→
Polizei Berlin, 01.02.2019

198 →

3. September 2018 → **Berlin-Tiergarten** → Ein 53-jähriger Mann wird gegen 19.30 Uhr vor seinem Wohnhaus in der Potsdamer Straße aus einer Personengruppe heraus aus LGBTQ-feindlicher Motivation beleidigt. Dem 53-Jährigen wird von einer Person mit der Hand ins Gesicht geschlagen.
→
Polizei Berlin, 16.10.2018

202 →

5. September 2018 → **Berlin-Neukölln** → Zwei 24-jährige Gäste eines Lokals in der Okerstraße werden gegen 20.00 Uhr von einem 47-jährigen Mann beinahe mit der Faust geschlagen. Der 47-Jährige hatte sich zuvor als Polizist ausgegeben und weitere Gäste des Lokals aufgefordert, ihre Ausweise zu zeigen. Zudem hatte der 47-Jährige extrem rechte Parolen gerufen.
→
Polizei Berlin, 05.09.2018
Tagesspiegel, 06.09.2018
Berliner Morgenpost, 06.09.2018

203 →

6. September 2018 → **Berlin-Neukölln** → Ein Mann wird beim Sozialamt Neukölln aus antiziganistischer Motivation von einer Sachbearbeiterin aus dem Raum gestoßen.
→
Amaro Foro
Register Neukölln

204 →

7. September 2018 → **Berlin-Schöneberg** → Ein 62-jähriger Mann wird gegen 11.05 Uhr in der Kleiststraße von einem 67-jährigen Mann rassistisch beleidigt und gestoßen.
→
Polizei Berlin, 12.12.2018

208 →

8. September 2018 → **Berlin-Mitte** → Gegen 18.50 Uhr wird ein 35-jähriger Mann in der Karl-Liebknecht-Straße von einem 52-jährigen Mann aus LGBTQ-feindlicher Motivation beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.
→
Polizei Berlin, 09.09.2018
queer.de, 09.09.2018

209 →

10. September 2018 → **Berlin-Neukölln** → Ein 15-jähriger Jugendlicher, der in Begleitung von zwei Freunden ist, wird gegen 19.10 Uhr in der Rudower Straße in Buckow von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und ihm wird eine Bierflasche in den Rücken geworfen.
→
Polizei Berlin, 16.10.2018

210 →

11. September 2018 → **Berlin-Neukölln** → Gegen 0.40 Uhr wird im Kinder- und Jugendhilfzentrum im Girlitzweg in Buckow der Vorhang in dem Zimmer eines 15-jährigen, geflüchteten Jugendlichen in Brand gesteckt. Einige Stunden vorher wurde der 15-Jährige rassistisch beleidigt und attackiert.
→
Polizei Berlin, 16.10.2018

214 →

15. September 2018 → **Berlin-Neukölln** → In der Nacht von Freitag auf Samstag wird die Scheibe eines Lokals in der Wildenbruchstraße aus rassistischer Motivation eingeworfen. Anwesende werden nicht verletzt. Wenige Stunden vorher wurden Gäste, die sich vor dem Lokal aufhielten, mit Gegenständen beworfen.
→
Register Neukölln

215 →

16. September 2018 → **Internet** → Ein Comedyautor erhält, nachdem er ein Satirevideo auf die Ereignisse in Chemnitz veröffentlicht hat, im Internet antisemitische Morddrohungen.
→
Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

216 →

16. September 2018 → **Berlin-Hellersdorf** → Ein Bewohner einer Gemeinschaftsunterkunft in der Maxi-Wander-Straße wird gegen 21.00 Uhr in einem Park in der Nähe aus einer Gruppe von drei Männern heraus von einem Mann aus rassistischer Motivation beleidigt und mit einer Bierflasche, die ihn an der Schulter trifft, beworfen.
→
Register Marzahn-Hellersdorf

220 →

19. September 2018 → **Berlin-Steglitz** → Ein 49-jähriger Mann wird gegen 20.45 Uhr in einer Grünanlage in der Kaiser-Wilhelm-Straße in Lankwitz von zwei Männern im Alter von 36 und 37 Jahren rassistisch beleidigt. Der 49-jährige Mann wird von dem 36-Jährigen am Kopf misshandelt und verletzt. Ein 20-jähriger Zeuge greift ein und wird auch beleidigt.
→
Polizei Berlin, 20.09.2018

221 →

22. September 2018 → **Berlin-Friedrichshain** → Am Nachmittag wird ein Teilnehmer der Demonstration „Nein zu Rassismus, gegen Hass, für Zivilcourage“ vor dem Ringcenter an der Frankfurter Allee von einem Neonazi beleidigt und gestoßen. Der Demonstrant erstattet Anzeige.
→
Register Friedrichshain-Kreuzberg

222 →

22. September 2018 → **Berlin-Charlottenburg** → Ein 28-jähriger Mann wird gegen 17.25 Uhr in der Flatoallee von einem unbekanntem Mann aus antisemitischer Motivation beleidigt. Der 28-Jährige wird von einem zweiten Mann zweimal gegen den Kopf geschlagen und gegen den Oberkörper geboxt.
→
Polizei Berlin, 16.10.2018
Register Charlottenburg

199 →

4. September 2018 → Berlin-Schöneberg

U-Bahnlinie 7 → Ein 23-jähriger Mann wird in der U-Bahn Linie 7 am Bayerischen Platz von einem Mann, der ein Eisernes Kreuz als Tätowierung trägt, mit einem spitzen Gegenstand angegriffen. Zuvor hatte er den Angreifer wegen der Symbolik dieser Tätowierung angesprochen.

→

Register Tempelhof-Schöneberg

200 →

4. September 2018 → Berlin-Charlottenburg

Gegen 12.25 Uhr wird eine 32-jährige Frau, die von ihrem 39-jährigen Mann und ihrer Tochter begleitet wird, auf der Bismarckstraße von einer unbekanntem Frau aus rassistischer Motivation beleidigt, mit der Faust gegen den Hals geschlagen und verletzt.

→

Polizei Berlin, 04.09.2018

Tagesspiegel, 04.09.2018

Berliner Morgenpost, 04.09.2018

berlin.de, 04.09.2018

Neues Deutschland, 06.09.2018

201 →

5. September 2018 → Berlin-Prenzlauer Berg

Ein Mann wird im Hausflur von einer Nachbarin rassistisch beleidigt, mit Pfefferspray angegriffen und verletzt.

→

ReachOut

205 →

8. September 2018 → Berlin-Neukölln

→ In der Nacht von Freitag auf Samstag wird eine Frau, die einen Davidstern an ihrem Schlüsselbund trägt, in einem Späti von dem Verkäufer antisemitisch beleidigt, verfolgt und mit Kronkorken und anderem Müll beworfen. Sie erstattet Anzeige.

→

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

206 →

8. September 2018 → Berlin-Spandau

Buslinie 134 → Gegen 11.30 Uhr wird eine 67-jährige Frau beim Aussteigen aus dem Bus der Linie 134 am Kladower Damm von einer 53-jährigen Frau rassistisch beleidigt und geschlagen. Die 67-Jährige flüchtet auf die andere Straßenseite. Dort wird sie von Zeug_innen unterstützt.

→

Polizei Berlin, 08.09.2018

berlin.de, 08.09.2018

Neues Deutschland, 10.09.2018

207 →

8. September 2018 → Berlin-Reinickendorf

→ Ein 30-jähriger Mann wird in der Quickborner Straße im Märkischen Viertel gegen 14.00 Uhr im Hausflur von einem 61-jährigen Nachbarn rassistisch beleidigt, mit der flachen Hand ins Gesicht geschlagen und verletzt.

→

Polizei Berlin, 09.09.2018

berlin.de, 09.09.2018

211 →

12. September 2018 → Berlin-Kreuzberg

→ Gegendemonstrant_innen einer Veranstaltung in einem Biergarten in der Ratiborstraße werden von etwa 40 Aktivist_innen und Sympathisant_innen des „Jugendwiderstands“ aus antisemitischer Motivation beleidigt und mit benutzten Windeln beworfen. Ein Demonstrant wird massiv körperlich bedroht. Nach 15 Minuten wird die Gegendemonstration von der Polizei begleitend aufgelöst.

→

Morgenpost.de, 13.09.2018

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

212 →

13. September 2018 → Berlin-Tiergarten

→ Eine 30-jährige Frau wird gegen 9.55 Uhr auf dem Europaplatz in Moabit von einem 28-jährigen Mann rassistisch beleidigt und gegen das Bein getreten.

→

Polizei Berlin, 12.12.2018

213 →

14. September 2018 → Berlin-Neukölln

→ Mehrere Personen, die vor einem Lokal in der Wildenbruchstraße stehen, werden von einer unbekanntem Person aus rassistischer Motivation mit Gegenständen, die zum Glück nicht treffen, beworfen.

→

Register Neukölln

217 →

18. September 2018 → Berlin-Tiergarten

→ Gegen 8.20 Uhr wird eine 18-jährige Frau auf dem Europaplatz in Moabit von einem 65-jährigen Mann antisemitisch beleidigt und mehrmals bespuckt.

→

Polizei Berlin, 12.12.2018

218 →

18. September 2018 → Berlin-Tiergarten

→ Gegen 16.00 Uhr wird eine Frau am Großen Tiergarten aus rassistischer Motivation von drei Jungen und einem Mädchen beleidigt und bedroht. Passant_innen greifen ein, als einer der Jungen die Frau schlagen will.

→

Register Mitte

219 →

18. September 2018 → Berlin-Pankow

→ Gegen 22.00 Uhr werden mehrere Betreiber eines Cafés beim Schließen von einem Mann bedrängt, mehrmals ins Gesicht geschlagen und mit Stühlen beworfen. Gäste eines benachbarten Restaurants werden rassistisch beleidigt. Der Täter äußert „Ich bin Deutscher in Deutschland“. Er wird von der Polizei verhaftet.

→

Pankower Register

223 →

22. September 2018 → Berlin-Marzahn

S-Bahnlinie 7 → Kurz nach 21.00 Uhr wird ein 34-jähriger, wohnungsloser Mann in einer S-Bahn der Linie S7 am Bahnhof Ahrensfelde von einem 43-jährigen Sicherheitsmitarbeiter der Bahn mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der 34-Jährige wird verletzt, als der 52-jährige Kollege ihn zu Boden stößt. Ein 17-jähriger Zeuge filmt den Angriff.

→

Bundespolizei Berlin, 25.09.2018

Register Marzahn-Hellersdorf

224 →

24. September 2018 → Berlin-Mitte

→ Ein Mann wird gegen 9.30 Uhr vor dem S-Bahnhof Friedrichstraße von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und angegriffen.

→

Register Mitte

225 →

26. September 2018 → Berlin-Tempelhof

→ Gegen 1.00 Uhr wird ein 26-jähriger Mann auf dem Tempelhofer Damm von einem 30-jährigen Mann rassistisch, volksverhetzend und antisemitisch beleidigt, bedroht und mehrfach mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Der 30-Jährige zeigt auch den Hiltergruß.

→

Polizei Berlin, 26.09.2018

Tagesspiegel, 26.09.2018

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

226 →

26. September 2018 → **Berlin-Neukölln** → Ein 20-jähriger Mann wird gegen 15.00 Uhr vor seiner Wohnung in der Nähe des S-Bahnhofs Neukölln aus einer Männergruppe heraus aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt. Nachdem er in seine Wohnung gegangen ist, wird eine seiner Fensterscheiben mit einem Stein eingeworfen. Der 20-Jährige wird nicht verletzt.

→
Polizei Berlin, 27.09.2018
Tagesspiegel, 27.09.2018

227 →

27. September 2018 → **Berlin-Neukölln** → Eine 34-jährige Frau wird gegen 15.00 Uhr auf dem Buckower Damm von einer unbekanntenen Frau rassistisch beleidigt und ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

228 →

29. September 2018 → **Berlin-Neukölln** → In der Nacht zu Samstag werden drei Männer und eine Frau in der Hermannstraße von 12–15 Personen angegriffen, geschlagen und auf dem Boden liegend getreten. Die vier Personen werden als „Juden“ und „Scheißzacken“ beleidigt.

→
Register Neukölln
ReachOut

232 →

3. Oktober 2018 → **Berlin-Mitte** → Bei einer Demonstration gegen den Aufmarsch „Wir für Deutschland“ wird gegen 15.00 Uhr ein Demonstrant von einem Neonazi beleidigt und ihm wird die Mütze vom Kopf geschlagen. Der Neonazi lässt eine Bierflasche vor den Füßen des Demonstranten fallen.

→
Register Mitte

233 →

3. Oktober 2018 → **Berlin-Mitte** → Gegen 19.10 Uhr wird ein 42-jähriger Mann in der Französischen Straße von einer unbekanntenen Person rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

234 →

5. Oktober 2018 → **Berlin-Schöneberg** → Gegen 16.50 Uhr wird ein 54-jähriger Mann im Priesterweg von einem 28-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und angegriffen.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

238 →

12. Oktober 2018 → **Berlin-Steglitz** → Ein 52-jähriger Mann wird gegen 17.45 Uhr in einem Supermarkt am Teltower Damm in Lichterfelde von einem unbekanntenen Mann rassistisch beleidigt. Ein Zeuge greift ein, als der Unbekannte den 52-Jährigen schlagen will.

→
Polizei Berlin, 13.10.2018

239 →

12. Oktober 2018 → **Berlin-Mitte** → Gegen 23.45 Uhr wird ein 16-jähriger in der Rosenthaler Straße von einer unbekanntenen Person rassistisch beleidigt und mit Pfefferspray angegriffen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

240 →

13. Oktober 2018 → **Berlin-Mitte** → Ein Mann und eine Frau, die an der sogenannten Unteilbar-Demonstration teilnehmen, hören, wie ein unbekannter Mann, der am Rand steht, sie und andere Demoteilnehmer_innen rassistisch beleidigt. Nachdem die Polizei den Unbekannten vorübergehend von der Demo entfernt, werden der Mann und die Frau von dem Mann bedroht und verfolgt.

→
Register Mitte

244 →

16. Oktober 2018 → **Berlin-Reinickendorf** → Eine Transperson wird an einer Supermarktkasse in der Residenzstraße von einem unbekanntenen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt, bedroht und von hinten gestoßen.

→
Register Reinickendorf

245 →

19. Oktober 2018 → **Berlin-Hohenschönhausen** → Gegen 3.30 Uhr wird ein 26-jähriger Mann in der Wartenberger Straße in Alt-Hohenschönhausen von einem 21-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

246 →

20. Oktober 2018 → **Berlin-Friedrichshain** → Am Samstagnachmittag wird eine 25-jährige Frau von einer 27-jährigen Frau aufgrund eines Verkehrsdelikts in der Landsberger Allee Ecke Petersburger Straße rassistisch beleidigt, geschlagen und verletzt. Die 25-Jährige wird von dem 33-jährigen Begleiter der Angreiferin zu Boden geschlagen und von beiden getreten, bis ein Zeuge eingreift.

→
Polizei Berlin, 21.10.2018
Tagesspiegel, 21.10.2018
B.Z., 23.10.2018

250 →

26. Oktober 2018 → **Berlin-Treptow** → Im Rodelbergpark wird auf einem Aufkleber „Antifa-Buden besuchen“ die Adresse einer Privatperson veröffentlicht. Danach wird ein Aufkleber, der sich gegen Antifaschist_innen richtet, an die Haustür der veröffentlichten Adresse geklebt.

→
Register Treptow-Köpenick

251 →

1. November 2018 → **Berlin-Mitte**
U-Bahnhof Friedrichstraße → Eine Frau wird gegen 18.15 Uhr am U-Bahnhof Friedrichstraße von einem Mann, der in Begleitung einer Frau ist, rassistisch und sexistisch beleidigt, gestoßen und massiv bedroht. Als der Freund der Frau erscheint, entfernen sich die Angreifer_innen.

→
Register Mitte

252 →

2. November 2018 → **Berlin-Wilmersdorf** → Ein 34-jähriger Mann wird gegen 12.00 Uhr in einem Hotel von einem 59-jährigen Mann rassistisch beleidigt, geschlagen und gewürgt.

→
Polizei Berlin, 02.11.2018

229 →

29. September 2018 → **Berlin-Mitte** → Gegen 9.30 Uhr wird ein 31-jähriger Mann in der Torstraße von zwei unbekanntem Männern aus antisemitischer Motivation geschlagen, getreten und verletzt. Ein 28-jähriger Täter wurde durch Videoauswertung ermittelt.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

230 →

1. Oktober 2018 → **Berlin-Neukölln** → Am S-Bahnhof Neukölln wird ein Junge, beim Einsteigen in die S-Bahn, von einer Frau mit dem Ellenbogen so gegen den Kopf gestoßen, dass seine Brille ins Gleisbett fällt und er verletzt wird. Die Mutter des Jungen wird von der Frau aus antiziganistischer Motivation beleidigt, als sie die Polizei holen will. Am S-Bahnhof Schöneeweide greifen zwei Zeug_innen ein, damit die Frau nicht unerkannt den Bahnhof verlassen kann, bevor die anwesenden Polizist_innen die Aussagen aufnehmen können.

→
Register Neukölln
Amaro Foro

231 →

3. Oktober 2018 → **Berlin-Kreuzberg** → Die Kirche in der Wassertorstraße, in der sich geflüchtete Menschen aufhalten, wird wiederholt von unbekanntem Täter_innen aus rassistischer Motivation mit Steinen beworfen. Die Kirche wird deshalb zeitweise von der Polizei geschützt.

→
Register Friedrichshain-Kreuzberg

235 →

6. Oktober 2018 → **Berlin-Friedrichshain** → Ein 40-jähriger Mann wird gegen 5.30 Uhr in der Scharnweberstraße von einem 59-jährigen Mann rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

236 →

6. Oktober 2018 → **Berlin-Wedding** → Gegen 23.20 Uhr wird ein 28-jähriger Mann bei dem Oktoberfest auf dem Festplatz am Kurt-Schumacher-Damm von einem anderen 28-jährigen Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt. Der Täter versucht, den 28-Jährigen von der Sitzbank zu stoßen.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

237 →

12. Oktober 2018 → **Berlin-Neukölln**
U-Bahnhof Lipschitzallee → Zwei Frauen werden gegen 17.00 Uhr auf dem U-Bahnhof Lipschitzallee in Gropiusstadt von einer unbekanntem Frau, mit nicht angeleintem Hund, rassistisch beleidigt. Eine Frau wird von der Unbekanntem an den Haaren gezogen und die andere wird getreten.

→
Kleine Anfrage 18/17 666

241 →

14. Oktober 2018 → **Berlin-Tempelhof** → Am Nachmittag wird ein 50-jähriger Mann im Volkspark Mariendorf von einer unbekanntem Hundehalterin rassistisch beleidigt und im Vorbeigehen gestoßen.

→
Tagesspiegel, 14.10.2018

242 →

15. Oktober 2018 → **Berlin-Charlottenburg** → Ein 48-jähriger Obdachloser wird in der Nacht zu Montag von zwei 14 und 15 Jahre alte Jugendlichen und einem 23-jährigen Mann in der Hardenbergstraße geschlagen, beraubt und verletzt.

→
Berliner Morgenpost, 15.10.2018
Berlin.de, 16.10.2018

243 →

16. Oktober 2018 → **Berlin-Spandau** → Gegen 11.30 Uhr wird eine 15-Jährige, die mit einer Gruppe unterwegs ist und ein Kopftuch trägt, in der Moritzstraße aus muslimfeindlicher Motivation von einem Unbekanntem beleidigt und gestoßen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

247 →

20. Oktober 2018 → **Berlin-Tiergarten** → Einem 26-jährigen Mann wird im Großen Tiergarten von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 12.12.2018

248 →

20. Oktober 2018 → **Berlin-Steglitz** → Gegen 22.10 Uhr wird in der Albrechtstraße ein 37-jähriger Mann von einem 19-jährigen rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

249 →

21. Oktober 2018 → **Berlin-Köpenick**
S-Bahn → Ein 58-jähriger Mann wird in der S-Bahn in der Nähe des Bahnhofs Wuhlheide von einem unbekanntem Mann aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und bespuckt.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

253 →

5. November 2018 → **Berlin-Neukölln**
U-Bahnhof Boddinstraße → Gegen 15.30 Uhr wird ein unbekanntem, obdachloser Mann auf einem Bahnsteig des U-Bahnhofs Boddinstraße von einem 34-jährigen Mann, der von einem anderen Mann begleitet wird, nach Geld gefragt und dann mehrmals ins Gesicht geschlagen.

→
Polizei Berlin, 06.11.2018
Tagesspiegel, 06.11.2018
Berliner Zeitung, 06.11.2018
Berliner Morgenpost, 06.11.2018

254 →

5. November 2018 → **Berlin-Mitte** → Eine 28-jährige Transfrau wird gegen 22.00 Uhr in einem Supermarkt in der Alex-Wedding-Straße von unbekanntem Tätern mit einem Getränkebecher beworfen.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

255 →

7. November 2018 → **Berlin-Weißensee** → Gegen 8.35 wird ein 40-jähriger Mann in der Amalienstraße von einem 35-jährigen Mann rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen.

→
Polizei Berlin, 01.02.2019

256 →

7. November 2018 → **Berlin-Mitte** → Ein Mann wird von einem anderen Mann, der mit Schildern mit antisemitischem Inhalt vor dem Bahnhof Friedrichstraße steht, antisemitisch beleidigt, da er den Inhalt kritisiert, und mit dem Schild mehrmals auf den Kopf geschlagen. Der Mann kann dem Faustschlag des Angreifers ausweichen.

→

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

257 →

11. November 2018 → **Berlin-Reinickendorf** → Gegen 10.00 Uhr wird eine 62-jährige Frau in der Oranienburger Straße von einem 34-jährigen Mann rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen.

→

Polizei Berlin, 1.02.2019

258 →

13. November 2018 → **Berlin-Wedding**

S-Bahnhof Gesundbrunnen → Eine Frau wird aufgrund eines Pro-Israel-Beutels von einem unbekanntem Mann auf einer Treppe im S-Bahnhof Gesundbrunnen aus antisemitischer Motivation bespuckt. Sie kann der Spucke ausweichen und in die S-Bahn entkommen.

→

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS)

262 →

19. November 2018 → **Berlin-Mitte** → Am Rande einer BärGiDa-Kundgebung werden Antifaschisten von BärGiDa-Teilnehmern angegriffen. Ein Angreifer wird festgenommen.

→

Register Mitte

263 →

21. November 2018 → **Berlin-Prenzlauer Berg** → Ein 28-jähriger Mann wird gegen 16.15 Uhr in der Storkower Straße von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und mit einem Gürtel geschlagen.

→

Polizei Berlin, 1.02.2019

264 →

21. November 2018 → **Berlin-Mitte**

Tramlinie M8 → Gegen 23.00 Uhr werden zwei 18-jährige Männer in einer Tram der Linie M8 am Rosenthaler Platz von einem unbekanntem Mann aus LGBTQ-feindlicher Motivation beleidigt und einem 18-jährigen wird ins Gesicht gefasst. Dem anderen 18-jährigen wird von einem weiteren Unbekannten ins Gesicht geschlagen. Ein Zeuge greift ein und verhindert einen weiteren Angriff.

→

Polizei Berlin, 22.11.2018

Tagesspiegel, 22.11.2018

Berliner Zeitung, 22.11.2018

Berliner Morgenpost, 22.11.2018

queer.de, 22.11.2018

berlin.de, 22.11.2018

268 →

30. November 2018 → **Berlin-Schöneberg** → Eine 39-jährige Frau und ein 43-jähriger Mann werden gegen 16.30 Uhr in der Tauentzienstraße von einem 36-jährigen Mann aus antisemitischer Motivation bedroht. Der 36-Jährige versucht den 43-Jährigen zu schlagen.

→

Polizei Berlin, 1.02.2019

269 →

2. Dezember 2018 → **Berlin-Tiergarten** → Zwei Männer im Alter von 22 und 26 Jahren werden gegen 6.30 Uhr an der Kreuzung Beussel- Ecke Turmstraße von einem 30-jährigen Mann aus LGBTQ-feindlicher Motivation beleidigt. Der Angreifer schlägt beiden Männern ins Gesicht. Dabei wird der 22-Jährige verletzt und die Brille des 26-Jährigen beschädigt. Zeug_innen rufen die Polizei.

→

Polizei Berlin, 2.12.2018

Tagesspiegel, 2.12.2018

Berliner Zeitung, 2.12.2018

queer.de, 2.12.2018

270 →

3. Dezember 2018 → **Berlin-Treptow** → In der Brückenstr. wird ein Mann, der einen anderen Mann beim Abkratzen eines Aufklebers für Vielfalt beobachtet und anspricht, von diesem bedroht. Der Unbekannte rennt auf ihn zu und will ihn schlagen. Der Mann kann dem Schlag ausweichen. Der Unbekannte versucht nochmals zuzuschlagen und verfolgt den Mann.

→

Register Treptow-Köpenick

275 →

10. Dezember 2018 → **Berlin-Friedrichshain**

U-Bahnhof Frankfurter Allee → Ein 54-jähriger Mann, der gegen 21.20 Uhr die Treppe des U-Bahnhofs Frankfurter Allee reinigt, wird aus einer Gruppe heraus von einem 35-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mehrmals mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Als der 54-Jährige auf die Treppe fällt, wird ihm von dem 35-Jährigen gegen den Kopf getreten. Zeug_innen greifen ein und alarmieren die Polizei.

→

Berliner Zeitung, 12.12.2018

berlin.de, 11.12.2018

bz-berlin.de, 11.12.2018

276 →

11. Dezember 2018 → **Berlin-Reinickendorf** →

Gegen 16.30 Uhr wird eine 29-jährige Radfahrerin von einem unbekanntem Mann in der Auguste-Viktoria-Straße vom Fahrrad gestoßen, rassistisch beleidigt, mit einer Taschenlampe auf den Kopf geschlagen und verletzt.

→

Polizei Berlin, 12.12.2018

Neues Deutschland, 12.12.2018

Berliner Morgenpost, 12.12.2018

274 →

8. Dezember 2018 → **Berlin-Mitte** → Gegen 8.15 Uhr versucht ein 28-jähriger Mann, der in Begleitung eines 21-Jährigen ist, in der Panoramastraße die Decke eines 38-jährigen, schlafenden Obdachlosen anzuzünden. Eine 31-jährige Zeugin greift ein, so dass der 38-Jährige unverletzt bleibt.

→

Polizei Berlin, 8.12.2018

Tagesspiegel, 8.12.2018

280 →

20. Dezember 2018 → **Berlin-Lichtenberg**

U-Bahnhof Frankfurter Allee → Zwei Frauen im Alter von 34 und 45 Jahren werden gegen 20.45 Uhr auf dem U-Bahnhof Frankfurter Allee von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und die Treppe hinunter gestoßen.

→

Polizei Berlin, 1.02.2019

281 →

25. Dezember 2018 → **Berlin-Neukölln** → Ein

25-jähriger Mann und sein Freund werden nachmittags in der Weserstraße aus einer Gruppe von drei Männern heraus homophob beleidigt. Einer der Unbekannten versucht den 25-Jährigen zu schlagen.

→

Polizei Berlin, 26.12.2018

282 →

26. Dezember 2018 → **Berlin-Lichtenberg** → Gegen

2.40 Uhr werden ein 31-jähriger und ein 28-jähriger Mann an einer Bushaltestelle in der Weitlingstraße aus einer fünfköpfigen Gruppe heraus rassistisch beleidigt. Der 31-Jährige wird gestoßen, getreten und verletzt.

→

Polizei Berlin, 26.12.2018

Spiegelonline.de 26.12..2018

Tagesspiegel.de, 26.12.2018

259 →

14. November 2018 → **Berlin-Neukölln**

U-Bahnhof Boddinstraße → Kurz nach Mitternacht wird ein 33-jähriger Mann auf dem U-Bahnhof Boddinstraße von einem 52-jährigen Sicherheitsdienstmitarbeiter der BVG aus rassistischer Motivation mit der Faust ins Gesicht geschlagen. Drei Zeug_innen beobachten und filmen den Angriff.

→

Polizei Berlin, 14.11.2018
rbb24.de, 14.11.2018

260 →

17. November 2018 → **Berlin-Neukölln** → Gegen 0.35 Uhr wird ein 37-jähriger Mann vor seinem Wohnhaus in der Sonnenallee aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und ins Gesicht geschlagen.

→

Polizei Berlin, 1.02.2019

261 →

17. November 2018 → **Berlin-Mitte** → Ein 44-jähriger Mann wird gegen 15.00 Uhr auf dem Alexanderplatz von einem unbekanntem Mann rassistisch beleidigt und mit der Faust geschlagen.

→

Polizei Berlin, 1.02.2019

265 →

24. November 2018 → **Berlin-Marzahn** → Eine Frau, die Kopftuch trägt, steht gegen 9.40 Uhr in Begleitung einer anderen Frau vor dem S-Bahnhof Ahrensfelde an einer Ampel. Ihr wird von einem unbekanntem Mann aus antimuslimischer Motivation ins Gesicht gespuckt. Die Frau erstattet keine Anzeige.

→

Register Marzahn-Hellersdorf

266 →

24. November 2018 → **Berlin-Köpenick** → Gegen 18.00 Uhr wird eine 17-jährige Jugendliche, die ein Kopftuch trägt, in der Oberspreestraße von zwei unbekanntem Männern aus antimuslimischer Motivation beleidigt und getreten.

→

Polizei Berlin, 1.02.2019

267 →

28. November 2018 → **Berlin-Wilmersdorf**
S-Bahnhof Grunewald → Gegen 15.45 Uhr wird ein 33-jähriger Mann am S-Bahnhof Grunewald von einem Unbekanntem antisemitisch und homophob beleidigt und geschlagen, so dass er zu Boden fällt und verletzt ist.

→

Polizei Berlin, 29.11.2018

271 →

5. Dezember 2018 → **Berlin-Wedding** → Gegen 18.00 Uhr werden ein 49-jähriger und ein 52-jähriger Mann in einem Supermarkt in der Müllerstraße von drei Frauen im Alter von 24, 25 und 30 Jahren aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und geschlagen.

→

Polizei Berlin, 01.02.2019

272 →

6. Dezember 2018 → **Berlin-Prenzlauer Berg** → Ein 31-jähriger Mann wird in einer Obdachlosenunterkunft in der Storkower Straße von einem unbekanntem Mann rassistisch und homophob beleidigt und geschlagen.

→

Polizei Berlin, 01.02.2019

273 →

7. Dezember 2018 → **Berlin-Lichtenberg** → Gegen 23.15 Uhr wird ein 45-jähriger Taxifahrer in der Atzpodienstraße von einer 38-jährigen Frau rassistisch beleidigt und im Gesicht gekratzt.

→

Polizei Berlin, 01.02.2019

277 →

15. Dezember 2018 → **Berlin-Köpenick**

Tramhaltestelle → Ein 14-jähriger Jugendlicher wird gegen 19.10 Uhr an einer Tramhaltestelle vor dem S-Bahnhof Köpenick aus LGBTIQ-feindlicher Motivation beleidigt und mit der Faust in den Rücken geschlagen.

→

Polizei Berlin, 01.02.2019

278 →

15. Dezember 2018 → **Berlin-Hellersdorf** → Ein 34-jähriger Mann wird gegen 21.00 Uhr auf dem Cecilienplatz von einem 43-jährigen Mann rassistisch beleidigt und mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

→

Polizei Berlin, 01.02.2019

279 →

20. Dezember 2018 → **Berlin-Friedrichshain** → Gegen 1.00 Uhr wird in der Jessnerstraße ein 20-jähriger Mann von drei unbekanntem Männern aus rassistischer Motivation angegriffen.

→

Polizei Berlin, 01.02.2019

ADRESSEN

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz)

Lausitzerstr. 10, 10999 Berlin
Tel.: +49 (0)30 611 62 49
Mail: mail@apabiz.de
Web: www.apabiz.de, rechtsaussen.berlin

Each One Teach One (EOTO) e.V.

Togostraße 76, 13351 Berlin
Tel.: +49 (0)30 513 041 63
Mail: info@eoto-archiv.de
Web: www.eoto-archiv.de

Deutsche Aidshilfe e.V.

Wilhelmstr. 138, 10963 Berlin
Tel.: +49 (0)30 69 00 87 0
Fax: +49 (0)30 69 00 87 42
Mail: dah@aidshilfe.de
Web: www.aidshilfe.de

Die Vielen e.V.

Mariannenplatz 2, 10997 Berlin
Mail: mail@dievielen.de
Web: www.dievielen.de

Kontakt- und Beratungsstelle für Flüchtlinge und Migrant_innen e.V. (KuB)

Oranienstr. 159, 10969 Berlin-Kreuzberg
Tel.: +49 (0)30 614 94 00
Fax: +49 (0)30 615 45 34
Mail: kontakt@kub-berlin.org
Web: www.kub-berlin.org

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR)

Gleimstraße 31, 10437 Berlin
Tel.: +49 (0)30 817 985 810
Fax: +49 (0)30 817 985 829
Mail: info@mbr-berlin.de
Web: www.mbr-berlin.de

OPRA - Psychologische Beratung für Opfer rechtsextremer, rassistischer & antisemitischer Gewalt

Beusselstrasse 35 (Hinterhaus), 10553 Berlin
Tel.: +49 (0)30 92 21 82 41
Fax: +49 (0)30 69 56 83 46
Mail: info@opra-gewalt.de
Web: www.opra-gewalt.de

ReachOut - Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Berlin

Beusselstr. 35 (Hinterhaus 4. Etage),
10553 Berlin
Tel.: +49 (0)30 69 56 83 39
Mail: info@reachoutberlin.de
Web: www.reachoutberlin.de

LITERATUR- HINWEISE

115

antifaschistisches pressearchiv und bildungszentrum berlin e.V. (apabiz):

magazine [Publikationsreihe zur Analyse extrem rechter Printpublikationen]; kostenloser Download unter:
www.apabiz.de/publikationen/magazine/

Autor*innenkollektiv „Feministische Intervention“ (AK Fe.In): Frauen*rechte und Frauen*hass.

Antifeminismus und die Ethnisierung von Gewalt, Verbrecher Verlag, Berlin 2019

Berlin rechtsaußen (Redaktion): Nazi-Rochade in Berlin; 21. August 2018; online unter:

<https://rechtsaussen.berlin/2018/08/nazi-rochade-in-berlin/>

Berliner Träger aus dem sozialen Bereich: Für Menschenrechte und eine demokratische Kultur

– Erklärung Berliner Träger aus dem sozialen Bereich; online unter:

<https://www.licht-blicke.org/wp-content/uploads/2018/07/18-07-16-Traegererklaerung-Unterzeichnerinnen-final-endgueltig.pdf>

Die Vielen e.V.: Berliner Erklärung der Vielen – Kunst schafft einen Raum zur Veränderung der Welt, Berlin 2018;

online unter: <https://www.dievielen.de/erklaerungen/berlin/>

Drohse, Franziska und Klaus-Martin Groth: Rechtliche Möglichkeiten im Umgang mit Parteien seitens staatlich

finanzierter Projekte von Nichtregierungsorganisationen im Kampf gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Rechtspopulismus und Antisemitismus, Berlin 2016

Fach- und Netzwerkstellen Berlins: Nachgefragt! Gestärkt für ein solidarisches Miteinander –

Interviewreihe der Fach- und Netzwerkstellen Berlins, Dezember 2018; online unter:

www.licht-blicke.org/wp-content/uploads/2019/01/nachgefragt_Interviewreihe_Brosch_web.pdf

Gilroy, Paul: The Black Atlantic. Modernity and Double-Consciousness, Verso Books 1993

Interview mit Miriam Chebaibai Koch (EOTO): „Ein Raum, in dem sie sein können, wie sie sind“; online unter:

Die Plumpe – Weddinger Kiezzeitung, Nr. 1 von November 2018; <https://plumpe.noblogs.org/archive/254>

Jakob, Christian: Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern;

Ch. Links Verlag, Berlin 2016

Jentsch, Ulli: Der Staat als „Partner“? Helfen Sonderrechte gegen Nazis?, monitor – Rundbrief des apabiz e.V., Nr. 43 von Dezember 2009; online unter:
https://www.apabiz.de/wp-content/uploads/Monitor_Nr43.pdf

Krügener, Hanna, Manuel Armbruster und Susann Thiel (bildungbewegt)*: Refugees welcome!
– Herausforderungen solidarischer Unterstützungsarbeit; in: Berliner Zustände 2015
– Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, S. 10-20;
https://rechtsaussen.berlin/files/2017/05/Schattenbericht_2015.pdf

Metzger, Frank: Heß-Revival in Berlin, 26. August 2017; online unter:
<https://rechtsaussen.berlin/2017/08/hess-revival-in-berlin/>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Diffamierung zivilgesellschaftlichen Engagements als rechtspopulistische Strategie, (Januar 2018); kostenloser Download:
<https://www.mbr-berlin.de/aktuelles/diffamierung-zivilgesellschaftlichen-engagements-als-rechtspopulistische-strategie/?lang=de>

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Einschüchterung als Strategie; online unter:
Berliner Zustände 2017 – Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, S. 6-19;
<https://rechtsaussen.berlin/files/2018/06/Berliner-Zustaeende-2017.pdf>

Mohrfeldt, Johanna und Sebastian Friedrich: „Das ist normal“ – Mechanismen des institutionellen Rassismus in polizeilicher Praxis; in: Opferperspektive (Hg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt – An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2015, S. 194-203

Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Berlin (RIAS) und Verein für Demokratische Kultur in Berlin e.V. (VDK): Antisemitische Vorfälle 2018, Berlin 2019; kostenloser Download:
<https://report-antisemitism.de/media/bericht-antisemitischer-vorfaelle-2018.pdf>

Schwartz, Helge und Philipp Ratfisch: Antimigrantische Politik und der „Sommer der Migration“ [Analysen Nr. 25; Schriftenreihe der Rosa-Luxemburg-Stiftung], Berlin 2015;
<https://www.rosalux.de/publikation/id/8653/antimigrantische-politik-und-der-sommer-der-migration>

Sturm, Michael: „Neutralität“ als Kampfbegriff. Herausforderungen für die politische Bildung; in: Außerschulische Bildung 1/2019, S. 37-40

Verein für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus Berlin (MBR): Alles nur Theater? Zum Umgang mit dem Kulturkampf von rechts, 2., überarbeitete Auflage, Berlin 2019; online unter:
https://www.mbr-berlin.de/wp-content/uploads/2019/03/190313_mbr_Broschüre_Kulturkampf_Auflage2_Online.pdf



ES WIRD EIN STATEMENT VON FRAU KUBÁSIK GEBEN, UND KEINE NACHFRAGEN.

ICH BITTE SIE, DAS ZU RESPEKTIEREN.



ICH WILL WISSEN, WIE GENAU MEIN VATER ALS OPFER AUSGEWÄHLT WURDE. ICH WILL WISSEN, WARUM ES BIS HEUTE KEINE RICHTIGEN ERMITTLUNGEN ZU WEITEREN HELFERN GIBT.

UNSERE ANWÄLTE SOLLEN DAZU ENDLICH ALLE AKTEN BEKOMMEN.



UND ICH WILL, DASS DER VERFASSUNGSSCHUTZ ENDLICH SAGT, WAS ER WEIß, WARUM VERTUSCHEN DIE DAS? ALLE AKTEN MÜSSEN AUF DEN TISCH.

DANKE.



Berliner Zustände 2018

Ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus

Die Texte sowie alle bisherigen Ausgaben von „Berliner Zustände – ein Schattenbericht über Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ sind unter schattenbericht.de und mbr-berlin.de abrufbar.

Herausgeber*innen:

apabiz & MBR Berlin



V.i.S.d.P.: Christoph Schulze c/o apabiz e.V. Lausitzer Str. 10, 10999 Berlin

Druck: Drucktechnik Altona

Layout und Covergestaltung: Zanko Loreck | Pudelskern.

Illustrationen Innenteil: Paula Bulling

Lektorat: Birgit Lulay

Schutzgebühr: 4 Euro

Weitergabe oder Vervielfältigung

Diese Publikation wird Ihnen für nicht kommerzielle Zwecke kostenlos zur Verfügung gestellt. Die Herausgebenden und Autor*innen behalten sich das Urheberrecht vor. Für den Inhalt der jeweiligen Artikel sind die Autor*innen verantwortlich. Um neben der weiblichen und männlichen auch alle anderen Geschlechtsidentitäten zu berücksichtigen, mitzudenken und zu adressieren, erfolgt eine gendersensible Schreibweise. Die Form wurde den Autor*innen überlassen und kann daher differieren.

Eine Weitergabe oder Vervielfältigung, auch in Teilen, ist nur in nicht kommerziellen Publikationen bei Angabe der Quelle sowie Zusendung eines Belegexemplars gestattet. Bitte senden Sie uns im Fall der Weiterverarbeitung in anderen Dokumenten vorab die entsprechenden Passagen zur Autorisierung zu. Die Weiterverwendung in kommerziellen, insbesondere mehrwertsteuerpflichtigen Publikationen bedarf der ausdrücklichen schriftlichen Zustimmung der Herausgebenden und Autor*innen.

Diese Publikation enthält Links zu Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Deshalb können wir für diese fremden Inhalte keine Gewähr übernehmen. Entsprechende Seiten wurden zum Zeitpunkt der Verlinkung auf mögliche Rechtsverstöße überprüft. Rechtswidrige Inhalte waren zum Zeitpunkt der Verlinkung nicht erkennbar. Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist jedoch ohne konkrete Anhaltspunkte einer Rechtsverletzung nicht zumutbar. Bei Bekanntwerden von Rechtsverletzungen werden wir entsprechende Links umgehend entfernen.

Die herausgebenden Projekte werden gefördert durch das Landesprogramm „Demokratie. Vielfalt. Respekt. Gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus“ der Berliner Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung.

